



Der Schulungsbrief

Um Blut
und Boden

HS

Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

Bauernspruch

Ein freier Mann, dem ein Schwert gehört
Und ein Stück Land mit Weib und Kind
Und Brüder, die gleichen Blutes sind,
Das ist wie ein Schwur, den die Erde schwört.

Wo aber der Sinn verlorengeht
für Hof und Tat und das hohe Geschlecht,
Das ist wie ein Fluch, der im Weltbaum weht
Alt, uralte und hart und gerecht.

Reinhold Sommerburg

Inhalt dieser Folge:

Günther Dörmann:

Vom Adelsrecht zum Reichserbhofgesetz 334

Vorkämpfer gegen die Leibeigenschaft 349

Wilhelm Staudinger:

Nationalsozialistische Agrarpolitik 363

Die deutsche Erzeugungsschlacht 366

Das deutsche Buch 368

Preis des Heftes 15 Rp f.

Berlin, V. Jahrgang
10. Folge 1938



Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAf. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAf.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Vergeßt nie, daß das heiligste
Recht auf dieser Welt das Recht
auf Erde ist, die man bebauen will,
und das heiligste Opfer das Blut,
das man für diese Erde vergießt

Adolf Hitler

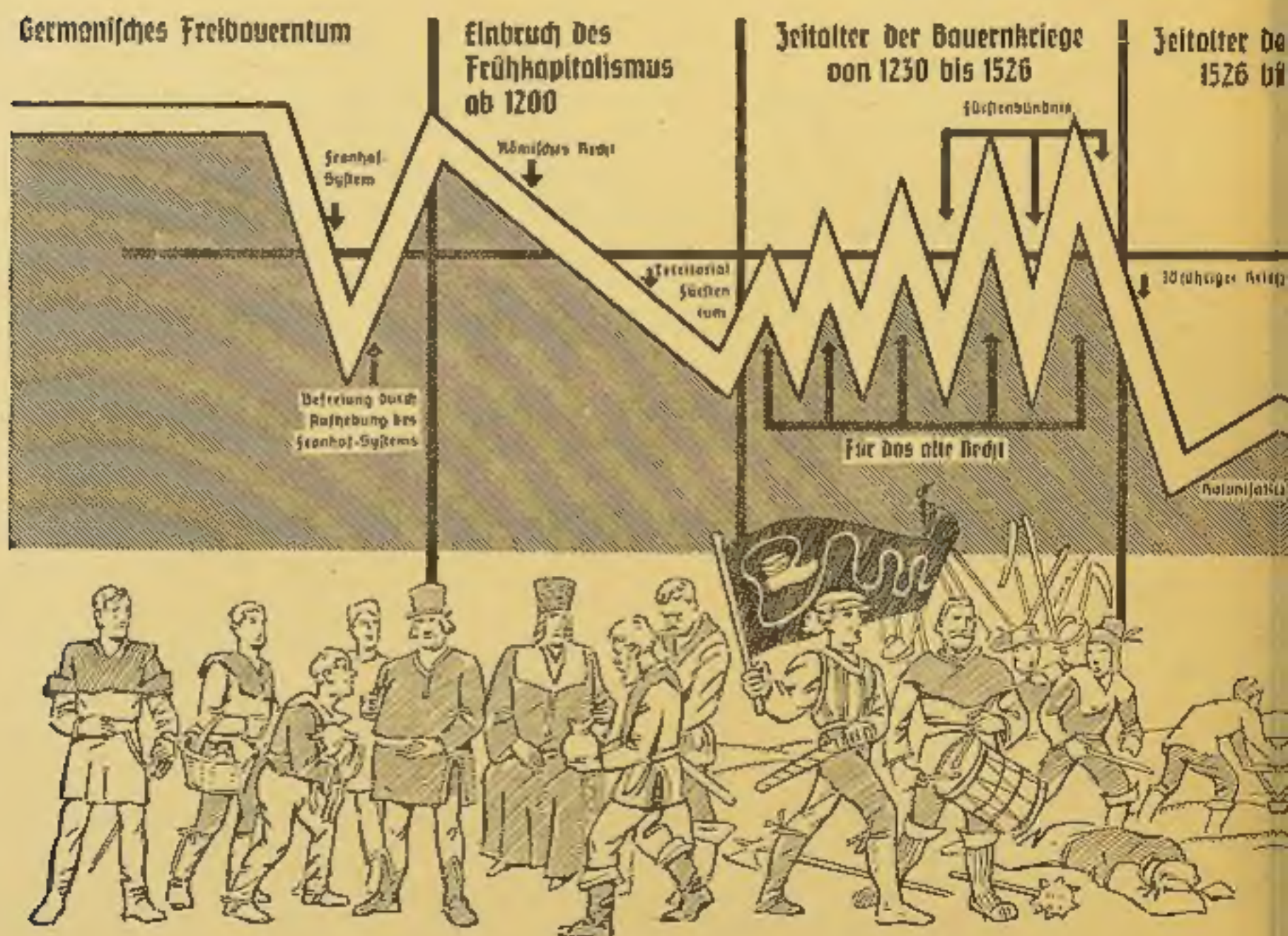
Die Vollendung der Bauernbefreiung.

Wir knüpfen wieder organisch an die Politik des Reichsfürsten vom Stein an und überwinden die liberalistische Knebelung des Bauerntums unter der Ära des Staatskanzlers Hardenberg. Wir wollen unserem Bauerntum wieder ein deutsches Bauernrecht schaffen. Wir stellen der pessimistischen Geisteshaltung einer abendländischen Untergangsstimmung den unbeugsamen Lebensmut eines gesunden Bauerntums als Rückgrat unseres Volkes entgegen.

Die Bauernkriege früherer Jahrhunderte waren in ihrem eigentlichen Kern nichts anderes als eine verzweifelte Rebellion, eine instinktive Abwehrbewegung gegen ein dem deutschen Bauern aufgezwungenes, artfremdes Recht, und so ist auch die nationalsozialistische Bauernbewegung der Kampf gegen ein undeutsches Recht, gegen den erdrückenden Schuldturm einer kapitalistischen Verschuldung, die jene alten heiligen Gesetze der Erbfolge über den Haufen warf, den Boden zur Ware und aus dem Bauernhof eine Getreidefabrik, eine Farmwirtschaft, eine Warenerzeugungsmaschine machte. Das neue deutsche Reichserbhofgesetz leitet eine entscheidende Epoche deutscher Agrargeschichte ein. Die Erbhöfe sollen wieder die Keimzellen der rassistischen Wiedergeburt des deutschen Volkes werden.

A. Walther Darré

Der Freiheitskampf des

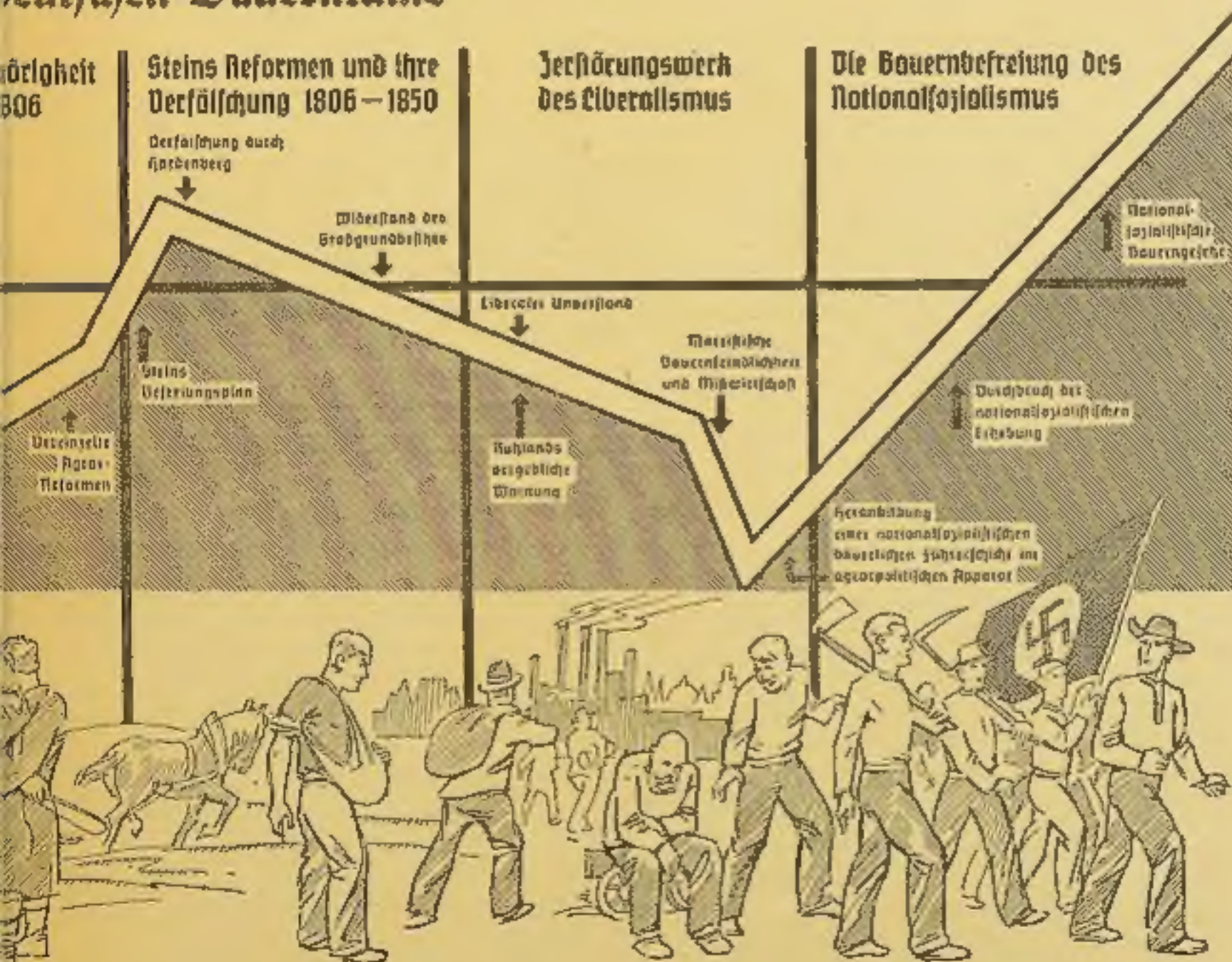


Zähe Treue zum völkischen Recht.

Die Heßbronner Forderungen des Bauernführers Wendelin Hippler, 1525.

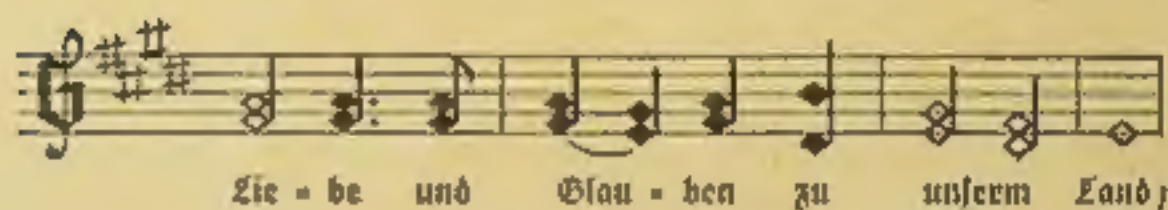
1. Alle Geweihten, hohen und niederen Standes und Namens, werden reformiert und erhalten ziemliche Nothdurft, ihre Güter fallen zu gemeinen Nutzen.
2. Alle weltlichen Herren werden reformiert, damit der arme Mann nicht über christliche Freiheit von ihnen beschwert werde: gleiches schleuniges Recht dem Höchsten wie dem Geringsten. Fürsten und Edle sollen die Armen schützen und sich brüderlich halten, gegen ein ehrliches Einkommen.
3. Alle Städte und Gemeinden werden zu göttlichen und natürlichen Rechten nach christlicher Freiheit reformiert: keine alte oder neue menschliche Erfindung mehr. Alle Bodenzinse sind ablösbar.
4. Kein Doktor römischen Rechts kann zu einem Gericht oder in eines fürsten Rat zugelassen werden; nur drei Doktoren des kaiserlichen Rechts auf jeder Universität, um sie in vorkommenden Fällen um ihren Rat zu befragen.
5. Kein Geweihter, hohen oder niederen Standes, kann in des Reiches Rat sitzen oder als anderer fürsten und kommenen Rat gebraucht werden, keiner kann ein weltliches Amt bekleiden.
6. Alles weltliche Recht im Reich, das bisher gebraucht wurde, ist ab und tot, und es gilt das göttliche und natürliche Recht, damit der arme Mann soliel Zugang zum Recht habe als der Oberste und Reichste. Es sind 64 freigerichte im Reich mit Beisitzern aus allen Ständen, auch aus dem Bauernstand, 16 Landgerichte, 4 Hofgerichte und kaiserliches Kammergericht deutscher Nation, auch diese mit Beisitzern aus allen vier Ständen. Von jedem Gericht ist Appellation an das andere.
7. Alle Zölle, alle Geleite hören auf, außer den Zöllen, die zu Brücken, Wegen und Stegen nötig sind.
8. Alle Straßen sind frei, alles Ungeld (Neckse) ist ab.
9. keine Steuer, als alle zehn Jahr einmal die Kaisersteuer (Matth. 22)
10. Nur eine Münze in deutscher Nation
11. Gleiches Maß und Gewicht überall.
12. Beschränkung des Wuchers der großen Wechselhäuser, die alles Geld in ihre Hände ziehen und Arm und Reich ihres Gefallens beschämen und beschweren.
13. Freiheit des Adels von jedem geistlichen Lehensverband.
14. Aufhebung aller Bündnisse der fürsten, Herren und Städte: überall nur Schirm und Schutz des kaisers.

Deutschen Bauerntums



Nichts kann uns rauben.

Worte von Rarl Bröger, Weise: Max Bischoff



Mögen wir sterben!
Unseren Erben
gilt dann die Pflicht:

Es zu erhalten
und zu gestalten:
Deutschland stirbt nicht!



Hinter Pflug und Schraubstock
schaffen Menschenhände
aus dem Segen deutscher Erde
ihrem Volke Brot und Freiheit.

Aufn. Scharl



Einmal in seinem Leben muß jeder
Deutsche der Scholle dienen; denn es
ist ein ewiges Gesetz, daß nur dem,
der sie bebaut, der Boden gehören soll.

Adolf Hitler, Bayreuth

Nahrungsfreiheit ist gesichert!

Im Ausland sagt man: Die Ernährung sei der schwächste Punkt des Reiches. Man denkt daran, erinnert sich zurück an die Jahre der Blockade. Man erinnert sich zurück an die verhungerten Menschen, man erinnert sich zurück, wie man damals mit dieser feigen Abschneidung nicht nur den deutschen Mann, sondern auch die Frau und das deutsche Kind getroffen hat. Man weiß, daß das einmal tatsächlich der schwächste Punkt des Reiches gewesen ist...

Um so glücklicher bin ich nun natürlich, euch heute wirklich Günstiges melden zu können...

Wir Deutschen wissen: Es gibt nichts Fürchterlicheres für ein Volk, als seine Ehre preiszugeben. Unsere Ehre werden wir nie, nie mehr preisgeben. Und damit sie gesichert ist, haben wir diese ganzen Arbeiten vollzogen und werden sie auch weiter vollziehen. Es soll nicht mehr möglich sein, zuerst das Volk auszuhungern, dann durch Lügen aufzubekommen und schließlich zum Zusammenbruch zu bringen. Die Zeiten sind vorbei, die Tatsachen haben uns eine zu furchtbare Belehrung gegeben...

Die Ernte ist gut. Der liebe Gott ist uns hier zu Hilfe gekommen, und jetzt steht es so, daß zu den Zahlen, die euch gestern genannt wurden und die im Messort des Parteigenossen Darré liegen, noch die Vorräte hinzutreten, die ich im Rahmen des Vierjahresplanes gesammelt und aufgekauft habe. Und wenn ich überall, meine Volksgenossen, gegen das Hamstern vorgegangen bin, hier habe ich selbst gehamstert, davon könnt ihr fest überzeugt sein.

Wenn schon die gewaltige Ernte dieses Jahres uns einen Vorrat von über zwei Jahren geliefert hat, so haben die Zukäufe, die wir bereits getätigt haben, uns einen Vorrat gebracht, der uns auf viele Jahre, fast möchte ich sagen auf unabsehbare Zeit, genügt, um zusätzlich alles tun zu können. Das heißt, wenn wir jetzt eine schlechte Ernte bekommen und im zweiten Jahre und auch im dritten wieder, so reichen die Vorräte aus, um den Ausfall sicherzustellen durch die Vorräte, die wir bereits haben...

Wenn gestern davon gesprochen wurde, daß wir Fettvorräte für siebenzehnhalb Monate haben, dann möchte ich euch darüber aufklären, was das heißt. Das bedeutet nicht, daß wir lediglich einen Vorrat haben, der nur noch für siebenzehnhalb Monate reicht, sondern das bedeutet, daß zu der eigentlichen Fettmenge, die im Reich erzeugt wird, zusätzlich durch

Käufe usw. Vorräte hinzukommen, die siebenzehnhalb Monate reichen würden, wenn heute plötzlich überall die ganze Fettzeugung eingestellt werden würde, das heißt, wenn es im ganzen Reich keine Milch, keine Schweine usw. mehr gäbe.

Das heißt also, diese Reserve von siebenzehnhalb Monaten, die als Vorrat da liegt, gestattet zusätzlich zu dem auch bei schlechten Zeiten anfallenden Fett eine Zeit der Manipulation von Jahren. Das ist das Entscheidende. Das wollte ich euch nur sagen, damit hier keine falsche Auffassung entstehen kann.

Nun die Kartoffeln! Wir haben im letzten Jahre eine Rekorderte an Kartoffeln gehabt, und die diesjährige Ernte wird der letzten nicht nachstehen. Wir haben sogar vom letzten Jahre noch Vorräte und werden nun wieder neue Vorräte bekommen, die uns in der Lagerung erhebliche Schwierigkeiten bereiten werden. Kartoffeln wachsen bei uns sehr gut. Die Dümmsten haben die besten, weil sie die größten haben. Aber das kommt ja der Allgemeinheit zugute, man muß auch immer gerecht sein.

Nun zum Zucker! Auch Zucker, meine Volksgenossen, haben wir in solcher Menge, daß wir bereits exportieren könnten.

Wir haben außerdem Konserven aller Art gelagert, besonders Fischkonserven. Wir haben eine große Fischflotte aufgebaut. Unsere Fischflotte ist zum ersten Male hoch oben fischen gegangen. Wir sind nicht mehr das kleine Volk, das hinten dran sitzt. Wir haben in diesem Jahre zum ersten Male unsere Walfangflotte ausgesandt, und sie ist mit gewaltigen Ergebnissen zurückgekommen. So ist alles geschehen, was geschehen konnte, und ich kann Sie versichern, die Lagerräume, die wir heute haben, sind „proppevoll“. Das deutsche Volk braucht nichts zu fürchten. Aber trotzdem ermahne ich euch zu dem, was der Führer sagte: Weiter sparsam sein.

Ich habe die Vorräte nicht angesammelt, damit sie vergrudet werden, sondern damit sie in Zeiten der Not dem deutschen Volke sein tägliches Brot sichern. Diese günstige Situation soll die Landarbeiter nicht etwa dazu verleiten, zu glauben, sie könnten jetzt vom Lande weggehen in die Fabrik, weil sie dort angeblich etwas mehr Lohn bekommen. Nein, jetzt erst recht auf dem Lande geblieben und gearbeitet! Eine Ernte muß besser werden als die andere, dann sind wir unüberwindbar und unbesiegbar geworden.



Der Kampf um Blut und Boden

In den Annalen gibt Tacitus in seiner knappen, dramatisch zugespitzten Art einen Bericht über das Schicksal des germanischen Volkstammes der Ampsivarier, der uns einen tiefen Einblick in das bäuerliche Wesen der Germanen überhaupt gestattet. Durch Landnot zur Wanderung gezwungen, floßen die Ampsivarier auf weite Flächen brachliegenden Landes im römischen Grenzgebiet und wollten es unter den Pflug nehmen. Als die Römer dieses Vorhaben zu verhindern versuchen, kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem römischen Statthalter Publius Avitus und dem Sprecher der Ampsivarier, Boiocal. Dieser verteidigt die Absicht seines Stammes als sein gutes Recht: Wie der Himmel den Göttern, so sei die Erde dem Menschengeschlecht gegeben, und alles Land, das herrenlos sei, könne jedermann unter den Pflug nehmen. — Dann blickte er zur Sonne empor, rief sie und die übrigen Gestirne an und fragte — wie Tacitus wörtlich berichtet —, als ob sie persönlich zugegen wären, ob sie auf ein menschenleeres Land niederschauen wollten: sie sollten doch lieber das Meer darüber hinfluten lassen, um diesen Räubern von Grund und Boden das Handwerk zu legen.

Die Begründung des Boiocal für den Rechtsanspruch seines Volkes auf das unbebaute Land ist kennzeichnend germanisch. In ihr spiegelt sich, in allen wesentlichen Zügen deutlich erkennbar, die germanisch-bäuerliche Rechtsauffassung von Grund und Boden wider, die in dem germanischen Odalsrecht ihre Urformung gefunden hat.

Ebenso kennzeichnend wie die Rede des Boiocal für germanische Art ist die Antwort des römischen Statthalters Publius Avitus für das Spätromertum. Mit schlecht verhüllter Ironie beruft dieser sich auf das Recht des Stärkeren, das den Römern die Entschei-

dung, was sie vom Boden geben oder nehmen wollten, in die Hand gegeben habe, und verweigert den Ampsivarier das geforderte Land. Boiocal selbst aber versucht er durch Bestechung zu gewinnen. Dieser jedoch weist das als Lohn für Verrat ihm angebotene Ackerland mit den stolzen Worten zurück: „Fehlen kann mir Land zum Leben, aber nicht zum Sterben!“ Und so kommt es zu einem Kampf auf Leben und Tod, der diesmal noch mit Vernichtung der Ampsivarier endet.

Das Schicksal der Ampsivarier zeigt uns das bäuerliche Lebensgesetz, das von jeher wesensbestimmend und richtunggebend für die Entwicklung und Geschichte der germanischen Völker, insbesondere auch des deutschen Volkes, gewesen ist. Die Römer hätten in den Ampsivarier treue Freunde und Bundesgenossen gewinnen können. Daher übertrifft zunächst die strikte Zurückweisung ihrer Landforderungen, um so mehr, als die Römer innerhalb ihrer Reichsgrenzen ödes Land genug zur Verfügung hatten, um nicht nur den Landhunger der Ampsivarier zu befriedigen.

Da dieser Vorfall aber keineswegs vereinzelt dasteht, muß ein tieferer Grund für das Verhalten der Römer ausschlaggebend gewesen sein. Wir müssen ihn in der grundverschiedenen Rechtsauffassung suchen, die Römer und Germanen von dem Verhältnis des Menschen zur Scholle hatten. Der Germane kennt nicht die schrankenlose Ich-Freiheit der Einzelpersonlichkeit, die die spätrömischen Besitzverhältnisse bestimmt. Der Hof ist für die Germanen kein Gut, mit dem der einzelne nach Belieben schalten und walten kann, ist kein „Privatbesitz“. Der Hof ist für germanische Rechtsauffassung die Lebensgrundlage des angestammten Geschlechtes, ist Gemeinbesitz, der um der Zukunft dieses Geschlechtes willen zu selbstlosem Dienst verpflichtet.

So vereinigen sich in der germanischen Bodenrechtsauffassung Blut und Boden zu fester, pflichtgebundener Einheit. Diese Rechtsauffassung aber erhält durch die Vorstellung des Gotteslebens (der *Botocal* ist berechteter Ausdruck vielmehr) geradezu religiöse Weihe.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Römer, so fremd ihnen diese Rechtsauffassung auch war, mit sicherem Instinkt vorausahnten, daß der religiös sittliche Gehalt des germanischen Bodenrechtes diesem eine Stosskraft verlieh, die, wenn der Germane erst auf römischem Gebiete Fuß faßte, zu einer revolutionären Umgestaltung der sozialen Verhältnisse des Römerreiches und damit zum Zusammenbruch der Römerherrschaft führen mußte. Die kapitalistische Verfeinerung des römischen Staats- und Wirtschaftsgefüges war zur spätantiken Zeit bereits so weit fortgeschritten, daß für die römischen Machthaber die Möglichkeit einer inneren Reform ohne Gefährdung ihrer eigenen Herrschaft nicht mehr gegeben war. Sie handelten also unter dem Druck einer Zwangslage, wenn sie gegen den Aufsturm der landstreichenden germanischen Völker lediglich ihren militärischen Abwehrapparat einsetzten. Der gewaltige Bau des Rimes ist kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche. Der Ausgang des germanisch-römischen Kampfes bestätigt die alte Erfahrungstatsache, daß das höhere Recht auf die Dauer immer den Sieg behält; denn es ist Ausdruck einer größeren Lebenskraft, die sich mit äußeren Machtmitteln nicht niederlassen läßt.

Das Schicksal des deutschen Volkes und seiner germanischen Vorfahren ist daher ohne gründliche Kenntnis des germanisch-deutschen Bodenrechtes unverstandlich. Der Geist dieses Bodenrechtes hat die innere und äußere Entwicklung unseres Volkes in allen entscheidenden Stufen bestimmt. Seine Verleugnung bedeutete stets Entartung und Gefahr der Selbstvernichtung. Es ist daher kein Zufall, sondern sicheres Zeichen der Selbstbesinnung auf unsere völkischen Urkräfte, daß zu den ersten Taten der nationalsozialistischen Staatsführung eine grundstürzende Bodenrechtsreform gehörte, die durch das preussische Erbhofgesetz eingeleitet wurde und im Reichserbhofgesetz ihre Krönung fand. Wenn wir uns daher im folgenden der Betrachtung der Entwicklung vom germanischen Odalrecht zum nationalsozialistischen Reichserbhofgesetz zuwenden, so versuchen wir damit, Einblick in die schicksalsbestimmende Lebensgeschichte unseres Volkes zu gewinnen.

Das Odal als Sonnenleben

Das germanische Odalrecht ist der uralte Ausdruck für die Bodengebundenheit der Germanen. Odal ist das Sippengut. Sein Name setzt sich aus zwei Begriffen, „Od“ und „Al“, zusammen, die auch in dem ebenfalls das Sippenverhältnis bezeichnenden Begriff „Allod“, nur in unangelegter Zusammenziehung, vorkommen. Od heißt schlechtthin Gut und ist auch in

dem noch heute gebräuchlichen Wort „Almohde“ enthalten. Durch die Hinzufügung des Begriffes „Al“ aber wird zum Ausdruck gebracht, daß der Erbhof ein Leben des Alts, das heißt Gottes und der Sonne, als Ursprung und Quelle alles Lebens auf der Welt ist (K. Walther Darré, „Alte Wesen“, S. 21).

Wie tief eingewurzelt diese Vorstellung im germanisch-deutschen Volksempfinden war, haben wir bereits aus der Rede des Botocal entnehmen können. Durch den Begriff des Sonnenlebens wird Bauernarbeit zum Gottesdienst und zu höchster sittlicher Verpflichtung. Nichts zeugt stärker von der tiefinnerlichen, das Leben beherrschenden Religiosität der Germanen als diese Auffassung. Mit dem Eindringen des Christentums ist der Begriff des Sonnenlebens wohl verblasst und zum Teil in christliche Form umgeprägt worden, doch war er für die bauerlich-germanische Lebensauffassung so wesensbestimmend, daß er sich überall, wo er nicht geradezu mit Gewalt ausgerottet wurde, in seinem Kern behauptet hat.

Der Begriff als solcher kommt naturgemäß in den in christlicher Zeit entstandenen Urkunden und Urkunden nur noch vereinzelt vor. So wird gelegentlich die Unabhängigkeit des Besitzes ausdrücklich damit begründet, daß er „von der Sonne als Leben empfangen“ sei. (So in dem Weistum aus Nischol a. d. Maas, 1469, ferner in einem Weistum aus Schöps im Altburgischen gegen Ende des 15. Jahr-



Daß die Wahrnehmung der Sippen- und Stammesangelegenheiten unzweifelhaft einen wichtigen Teil des Lebensinhalts eines germanischen Ackerbauers ausmachen konnten (Adolf Bartels „Der Bauer“ – Eugen Diederichs Verlag, Jena), war nicht zuletzt der bedeutenden Stellung und untadeligen Haltung der germanischen Frau zu verdanken.

(„Der Schulungsbrief“, 2/1937, hat dazu Einzelheiten behandelt.)

hundert und noch in einer Urkunde von 1629 aus Schonen bei Aachen.) Mit dieser Rechtsauffassung hängt auch offensichtlich die Eusee zusammen, die Schoppus in seinem 1673 in Halle erschienenen Werke „De allodius“ aus der Herrschaft Warberg (zwischen Helmstedt und Woffenbüttel) berichtet: Beim Austritt der Herrschaft ritt in aller Frühe der neue Besitzer geharnischt und mit bloßem Degen gegen Morgen, tat, sobald sich die Sonne erhob, drei Striche kreuzweis in die Luft und warf Geldstücke unter's Volk.

Doch bedürften wir dieser Hinweise auf die Spuren des Sonnenleben-Begriffes, die die Gebrüder Grimm in ihren „Deutschen Rechtsaltertümern“ sorgfältig aufgezeichnet haben, nicht, um sein Fortleben auch im christlichen Zeitalter zu erkennen. Von seinem Fortwirken zeugt ja schon die Tatsache, daß die Erbfolge im bauerlichen Bodenrecht völlig der freien Willensbestimmung entzogen und an die Kette der Geschlechterfolge gebunden bleibt. Damit aber ist sie letzten Endes, wie alles Werden und Vergehen auf der Erde, in tiefstem Sinne des Wortes unter dem Willen Gottes gestellt.

Der Massengedanke im Odalsrecht

So ist das Odal die von Gott verliehene Lebensgrundlage der bauerlichen Familie, und das Odalsrecht dient dem Schutze dieser Lebensgrundlage. Da aber

für germanisch-deutsches Rechtsempfinden Recht und Pflicht eine organische und daher unlösliche Einheit bilden, ist auch im Odalsrecht die Pflicht der Familienerhaltung als ein untrennbarer Bestandteil mit eingeschlossen. Dieses Pflichtgefühl war dem germanisch-deutschen Bauern eingeboren und die Verpflichtung zur Erhaltung der Familie eine Selbstverständlichkeit. Sie brauchte daher auch nicht ausdrücklich ausgesprochen zu werden, wie ja überhaupt das germanisch-deutsche Recht über solche eingeborene Selbstverständlichkeiten zu schweigen pflegt. Diese Tatsache hat, nebenbei gesagt, in einer Zeit, wo die dem germanisch-deutschen Menschen eingeborenen Selbstverständlichkeiten unter aufstrebendem Einfluß verblaßt oder womöglich völlig erloschen waren, die Erkenntnis des Wesensgehaltes des germanisch-deutschen Rechts fast unmöglich gemacht. Man suchte nach „Beweisen“ in der Form von ausdrücklichen Formulierungen, wo es dieser Formulierungen gar nicht bedurfte, weil sie sich aus der inneren Logik des germanisch-deutschen Rechts von selbst ergaben. Das Fehlen dieser formalen Beweise aber verleitet zu dem Trugschluß eines Mangels, der lediglich bei den Forschern selbst bestand.

Das gilt auch von der im Odalsrecht begründeten Pflicht der Erhaltung der bauerlichen Familie als Geschlechterfolge. Indem das Odalsrecht die Erbfolge an die Geschlechterfolge band, ent-



hielt es die Strafe für eine Vernachlässigung der Pflicht der Familienfortpflanzung bereits in sich. Im Odalsrecht lag aber nicht nur die Pflicht der Erhaltung der bauerlichen Familie, sondern auch ihrer rassistischen Keimerhaltung begründet.

Dieser Rechtsgrundsatz hat sich auch gegenüber den Bestrebungen, den religiösen Gedanken der Gleichheit aller Menschen vor Gott im Himmel, den das Christentum lehrte, auf die irdischen Rechtsverhältnisse zu übertragen, mit einer Zähigkeit behauptet, die der instinktiven Erkenntnis entsprang, daß die Behauptung dieses Grundsatzes ein Gebot der Selbsterhaltung war. Das zeigt sich nicht nur in der Tatsache, daß der geschlechtliche Verkehr mit Juden oder Jüdinnen nach dem Sachsenspiegel mit dem Feuertod bestraft wird. Würde diese Strafbestimmung für sich allein stehen, so könnte man mit einem gewissen Recht unserer Auffassung entgegenhalten, daß sich diese Strafbestimmung auch lediglich aus religiös-christlichen Motiven erklären läßt, zumal ja der Sachsenspiegel sich diese ausdrücklich zu eigen macht.

Unverkennbar aber ist das Bestreben nach Keimerhaltung des Blutes in den Gesetzesbestimmungen, die die Erbfähigkeit von Kindern aus nichtehelichen Ehen ausschließen. In fast wörtlicher Übereinstimmung bestimmen die uns erhaltenen Weistümer, daß die

Kinder stets der „ärgeren Hand“ folgen. Diese Bestimmungen haben keinerlei Verwandtschaft mit dem materialistischen Standes- und Klassendunkel, wie er sich unter der Herrschaft des Wirtschaftsliberalismus herausgebildet hat, sondern haben ihren Ursprung in einer Zeit, wo die soziale Gliederung des deutschen Volkes noch ein Ergebnis der Rassenauslese war. (Vgl. „Sch.-Br.“ 2/38, Seite 47.) Sie werden ergänzt durch die Bestimmungen, welche Blöde (so ist wohl der im Sachsenspiegel befindliche Begriff „altvile“ zu deuten), Zwerge, Krüppelkinder und Auslassfranke von der Erbfähigkeit ausschließen.

Der Vorwurf grausamer „Barbarei“ aber, den das entartete und verschwommene Humanitätsgefühl des liberalen Zeitalters solchen rassistischen Bestimmungen zu machen pflegte, wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß gleichzeitig der Sachsenspiegel die vorwiegende Pflege dieser Kranken den Erben und nächsten Verwandten zur Pflicht machte. Auf keinen Fall aber dürfte das an sich verständliche Mitleid mit diesen Kranken dazu verführen, daß durch sie, was bei Zuerkennung der Erbfähigkeit der Fall gewesen wäre, die Gesund- und Lebenserhaltung der Bauernfamilie gefährdet worden wäre. Diese Abgewogenheit des Rechtes gibt uns einen tiefen Einblick in das echte Gerechtigkeitsgefühl, das alle germanisch-deutsche Rechtschöpfung beherrscht.



Nicht auf Bärenhäuten faulenzend, sondern seit Jahrtausenden im Ackerbau und in der Viehzucht schaffend lebten unsere Vorfahren in hoher Kultur in Mitteleuropa.

Unser Bild zeigt in strenger Anlehnung an historische Funde eine handwerklich betriebene Metallschmelze mitten des germanischen Dorfes vor drei und mehr Jahrtausenden. - Das langsame zarte Vordringen dieses hochkultivierten germanischen Bauerntums bis an die Alpen, an die Vogesen und die Seine bleibt dauerhaft über ein Jahrtausend, während die gewaltigen Anstrengungen der Völkerwanderung keinen dreackigen Bestand hatten.

Das Odalrecht als Sicherung des Sippengedankens

Sollte das germanisch-deutsche Bodenrecht seine lebensgerechte Funktion der Erhaltung germanisch-deutscher Bauernkraft erfüllen, so mußte es jede Willkür ausschalten, die diese Funktion gefährden konnte. Es mußte die notwendige Burgschaft dafür schaffen, daß der jeweilige Besitzer des Erbhofes sich als Sachwalter seiner Familie betätigte, und den notwendigen Schutz dagegen, wenn sich ein einzelner als ungetreuer Sachwalter erwies. Das ist der tiefe Sinn all der Bestimmungen, die eine willkürliche Verfügungsgewalt des jeweiligen Besitzers über seinen Hof ausschließen. Nur über das selbstarbeitete Gut kann er daher frei verfügen. Der Hof selbst als die Lebensgrundlage der bäuerlichen Familie ist Gemeinbesitz und der Verfügungsgewalt des einzelnen entzogen.

Angesichts der sich allmählich herausbildenden kapitalistischen Wirtschaftsformen war es daher notwendig, daß das deutsche Bodenrecht Abwehrmaßnahmen entwickelte, die den gemeinnützigen Charakter des bäuerlichen Besitzrechtes sicherten. Daher finden wir in allen altdeutschen Rechtsammlungen immer wieder den Grundsatz ausgesprochen, daß ohne der Erben Erlaubnis niemand seinen angestammten Grund und Boden vergeben dürfe. Er darf ihn weder durch Testament außerhalb der gesetzlichen Erbfolge vererben, noch verkaufen, noch „verlumpen“. Verstößt er aber gegen dieses Recht, so sollen sich seine Erben dieses selbst nehmen, „als ob der Mann schon tot wäre, der es gab und es doch nicht geben durfte“. Das Odal, der bäuerliche Erbhof, ist also Familiengut und als solches unverkäuflich, unbeleihbar und unbelastbar.

Sollte aber das Odal seine Funktion als Lebensgrundlage der bäuerlichen Familie erfüllen, so mußte es auch unteilbar sein. Es zu zerstückeln, verketen so schon die Tatsache, daß der einzelne Bauernhof selten größer war, als zum Unterhalt einer Familie nötig war. Daher finden wir, soweit unser Blick in die Geschichte zurückreicht, bei den Germanen die Gewohnheit

der geschlossenen Vererbung des Hofes. Das ist zwar auch bei vielen slawischen Völkern Brauch gewesen. Entscheidend für die besondere Entwicklung des germanischen und des aus ihm sich herausbildenden deutschen Bodenrechtes aber war die Tatsache, daß von den Erben nur einer der Söhne auf dem Hufe einen Hausstand gründen durfte. Für jeden andern schloß die Gründung eines Hausstandes den Zwang in sich, von dem väterlichen Hofe zu weichen und einen neuen Hof zu schaffen. Daß dem Weichenden bei seinem Vermögen, einen neuen Hof zu gründen, die volle Unterstützung seiner Sippe zuteil wurde, war bei dem festen Zusammengehörigkeitsgefühl der germanischen Sippen eine Selbstverständlichkeit, die mehr war als die Aufwertung bloßen Wohlwollens, die vielmehr ein in der Lebensanschauung der Germanen fest begründetes Recht darstellte.

Die Tatsache, daß der Bauernhof bei den Germanen stets nur aus einem Hausstand bestand, zeigt, daß das frühgermanische Bodenrecht alles andere als jene Art von Familienkommunismus ist, die bei den Slawen entweder zu der Bildung von Großfamilien oder zur Realteilung, fast immer aber zur Proletarisierung des Bauerntums geführt hat. Wenn nur einem der Erben gestattet ist, auf dem väterlichen Hofe einen Hausstand zu gründen, so liegt darin auch gegenüber den andern auf dem Hofe verbleibenden, in „gemeiner Hand“ wirtschaftenden Miterben ein klares Führungsverhältnis begründet.

Zugleich aber offenbart sich uns das germanisch-deutsche Bodenrecht als Triebkraft zu einer steten Neubildung deutschen Bauerntums. Da es keine Zersplitterung der bäuerlichen Höfe und damit ein Versinken in die kümmerliche Selbstgenügsamkeit eines Zwergbauerntums zuließ, wurde es zum Motor deutscher Lebenskraft. So gewaltige Vorgänge wie die Völkerwanderung und die Wiederbesiedlung des Ostens, die das Gesicht Europas völlig veränderten, sind Ströme von Bauernjungen auf der Suche nach Neuland. Solange daher das germanisch-deutsche Bodenrecht unverfälscht blieb, blieb auch die raumgestaltende Lebenskraft des deutschen Volkes erhalten, und die

Germanen erfanden den Räderpflug, pflügten den Ackerbau im Dreifelder-system (ein Feld Sommerform, das zweite mit Winterform, das dritte brach ausruhend), züchteten Getreide, Gemüse und 6. Verfrüchte. Prachtvolle Lurte, Wagen und Geräte und Tragen sie ihrer hohen schopfenreichen Kultur. Nach germanischem Recht (Älterer Westgötalag, Schweden Mitte des 13. Jahrhunderts) gehört freventliche Vernachlässigung des eigenen Grund und Bodens zu den „unbüßbaren Sachen“, d. h. keine Strafe ist schwer genug, um diese Nachlässigkeit zu ahnden. (Pacyna).



Verfälschung seines Bodenrechtes beschwor nicht nur die Gefahr der Entartung des deutschen Bauerntums, sondern des ganzen deutschen Volkes heraus.

Das Auerbenrecht als Abwehrwaffe gegen den Frühkapitalismus

Die lebenssichernde Notwendigkeit der ungeteilten Vererbung des Hofes an einen Erben war so tief in deutschbäuerlicher Art verwurzelt, daß diese Rechtsübung sich auch gegenüber den Einflüssen des Frühkapitalismus zu behaupten verstand und seinem allgemeinen Siegeszug zum Heile des deutschen Volkes gerade an dem Punkte Halt gebot, wo kein völliger Durchbruch zwangsläufig zur Zerstörung der deutschen Volkssubstanz hätte führen müssen. Das aus dem Odalsrecht sich herausbildende Auerbenrecht bedeutet nichts anderes als die allmähliche Anpassung des frühgermanischen Bodenrechtes an die sich entwickelnde Geldwirtschaft. Je stärker sich das Geld als Wertmaßstab aller Güter durchsetzte, um so mehr ergab sich die Notwendigkeit, dieser Entwicklung durch Ausbildung neuer Bodenrechtsformen Rechnung zu tragen und die verhängnisvollen Folgen der immer stärker um sich greifenden Geldwirtschaft mit ihrer Hilfe abzuwehren oder wenigstens einzudämmen. Das Auerbenrecht regelte auch die im frühgermanischen Rechte stets anerkannten Ansprüche der weichenben Erben gegenüber dem Auerben. Die ungeteilte Vererbung des Hofes unter einer Hand wurde aufrechterhalten.

Um dies zu sichern, wurden zwar die Auslassungs- und Unterhaltungsrechte der weichenben Erben in Geldwerte überseht, zugleich aber wurde die Leistungsfähigkeit des Hofes auf das sorgfältigste beachtet. Zu diesem Zwecke führte man eine Schätzung des Hofwertes ein, die sogenannte Brüder- und Schwesterntaxe, die, unabhängig von den kapitalistischen Schätzungsmethoden, ausschließlich die Leistungsfähigkeit des Hofes berücksichtigte und die daher in einer Zeit, wo der Boden längst zur Ware entwürdigt worden war, in der Regel tief unter dem kapitalistischen „Verkehrswert“ lag. Sondern spricht man von einem Wert „unter Brüdern“. Die Brüder- und Schwesterntaxe war also ein der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung angepaßtes Wehlfsmittel, um die zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus abzuwehren.

Angesichts des immer stärkeren Vordringens der Geldherrschaft war sie zweifellos ein brauchbarer Ausweg, um die Unantastbarkeit der bäuerlichen Scholle nach Möglichkeit zu sichern; aber es darf nicht übersehen werden, daß schon die kapitalistische Form der Brüder- und Schwesterntaxe, die zunächst nur als schützende Mummie in der kapitalistischen Umwelt gedacht war, genügte, um in einer Zeit, die den Ustun der Brüder- und Schwesterntaxe, die Erhaltung der Lebensfähigkeit des Bauernhofes, zu vergessen drohte, einen gefährlichen Anknüpfungspunkt zur kapitalistischen Verfälschung des Auerbenrechtes zu bilden. Daher war es nur folgerichtig, wenn das nationalsozialistische Reichserbhofgesetz diese Einbruchsstelle

kapitalistischen Denkens verbot, die Brüder- und Schwesterntaxe durch Wiederherstellung der ursprünglichen Umverteilung, Ausbaldung und Ausweisung der weichenben Erben erledigt und auf diese Weise die Erhaltung der Lebensfähigkeit der bäuerlichen Erbhöfe als Lebensgrundlage der Bauernfamilien für alle Zeiten sicherte.

Abgesehen von der eben behandelten Einschränkung, die die Ansprüche des einzelnen der Notwendigkeit der Erhaltung des Hofes als der Lebensgrundlage der bäuerlichen Familie unterordnete, behandelte aber das Auerbenrecht, entsprechend dem germanisch-deutschen Gerechtigkeitsgefühl, alle Erben gleich. Diese Gleichheit darf aber nicht verwechselt werden mit der schematischen Gleichmacherei des überwundenen demokratischen Zeitalters. Germanisch-deutschem Wesen war stets das Verwursten eingeboren, daß Rechte sich nur auf Leistungen gründen können. So bestand stets eine Abstufung der Vererbung. Derjenige stand am höchsten, der für die Gesamtheit am meisten wert war. Wie stark das aus dem Odalsrecht sich entwickelnde Auerbenrecht aber im germanisch-deutschen Rechtsbewusstsein verwurzelt war, beweist die Tatsache, daß es sich auch dort bis in die jüngste Zeit als Sitte erhalten hat, wo die liberale Rechtsauffassung sich in den Gesetzesbüchern durchgesetzt hatte.

Das Odalsrecht als Grundlage der germanischen Volksordnung

Wenn wir uns, noch einmal kurz zurückblickend, das Wesen des germanischen Odalsbegriffes und seine Fortentwicklung im altdenklichen Rechte vergegenwärtigen, so können wir zusammenfassend feststellen: Der Odalsbegriff ist Ausdruck des dem germanisch-deutschen Menschen angemessenen Rechtsverhältnisses vom Menschen zur Scholle, vom Blut zum Boden. In dem Odalsbegriff stoßen wir zuerst auf den echten deutschen Rechtsauffassung kennzeichnenden Eigentumsbegriff, der Recht und Pflicht zu harmonischer Einheit zusammenfügt, indem er die Einzelpersonlichkeit einordnet in die Geschlechterfolge der bäuerlichen Familie und sie ihren Lebensnotwendigkeiten dienlich macht. Indem das Odalsrecht von der Bedeutung des bäuerlichen Hofes als Lebensgrundlage des angestammten Geschlechtes ausgeht, schaltet es von vornherein eine Rechtsauffassung aus, die den bäuerlichen Hof als Privatbesitz betrachtet, mit dem der jeweils lebende Inhaber nach Belieben schalten und walten kann. Der Erbhof ist für das Odalsrecht Gotteslehen. In dieser Vorstellung findet nicht nur die dem germanisch-deutschen Bauern angeborene Freiheitsliebe ihre stärkste Stütze, sondern auch die Bauernarbeit selbst ihre sittliche Weiche. Die angestammte Scholle ordentlich zu bebauen, ist daher sittliche Pflicht, deren Vernachlässigung ehelos macht.

Der jeweils lebende Inhaber des Erbhofes ist also vor Gott und den Menschen Amtsträger, in zwe-



Ostgermanisches Vorhallenhaus

Schon früh wurden Wohnraum und Stallungen getrennt. Das ostdeutsche Haus behielt zum großen Teil über die slawische Zwischenzeit hinweg den Vorhallenbau des östiger romanischen Bauernhauses. Die Inneneinrichtung war sehr einfach, der Freude am Schmuck und Zier blieb jedoch immer freier Spielraum.

Nach Dr. Buhler „Der deutsche Bauer im Wandel der Zeiten“ Schöffer-Verlag, Köln a. Rh. 1928.

facher Beziehung verantwortlich: seinen Ahnen gegenüber, die ihm einst den Hof in treuen Händen übergeben, seinen Kindern gegenüber, deren Zukunft die Zukunft des Geschlechtes bedeutet. So stoßen wir schon im Odalsbegriff auf den beherrschenden Grundgedanken alles deutschen Rechtes, für den der Nationalsozialismus die Formel geprägt hat: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Diese Grunderkenntnis beherrscht auch die Bestimmungen über die Allmende oder gemeine Mark, die im Zusammenwirken mit den das Odal betreffenden Rechtsbestimmungen das Fundament der germanischen Volksordnung bildeten. Die Allmende bestand nach germanischer Rechtsauffassung aus Wald und Wasser, Heide und Moor, den Weiden, den Wegen und Stegen sowie allen Bodenschätzen, die tiefer liegen, „als der Pflug säurft“. Sie ist entweder Gemeindebesitz oder Volksbesitz und bildete somit die Grundlage des germanischen Eigentumschaftsrechtes. In der gemeinsamen Verwaltung und Nutzung der Allmende findet der das ganze germanische Rechtsleben durchziehende Gemeinschaftsgast seinen sichtbarsten Ausdruck. So wird das germanisch-deutsche Völkerecht zum Ausgangspunkt der germanischen Volksordnung überhaupt, einer Volksordnung, die in schroffem Gegensatz zu der spätromisch-byzantinischen Staatsauffassung den Staat nicht als Selbstzweck aufstellte, sondern ihn als Diener des Volkswohls betrachtete.

Die Zerstörung des Odalsrechtes durch die Merowinger und Karolinger

Nach dem Eindringen des spätromischen Rechtes beherrscht dieser Gegensatz die ganze deutsche Geschichte. Ebensovienig wie deutsche Rechtsauffassung die schrankenlose Selbstfreiheit der Einzelpersönlichkeiten anerkennt,

sondern stets dem gemeinen Nutzen unterordnet, eben so wenig erkennt heute die Rechtsauffassung den Staat als Selbstzweck an, sondern sieht in ihm den Hüter und Träger des gemeinsamen Nutzens. Zu dieser Rechtsauffassung steht das spätromische, ebenfalls beeinflusste Rechtsdenken in unvereinbarem Widerspruch. Hier stoßen wir auf einen Staatsbegriff, der in dem Staat lediglich ein ungeheures Lebewesen für sich erblickt, das die Einzelpersönlichkeiten nur als Mittel untergeordnet und seinem Zwecke dienstbar macht. Der Staat wird zu einer Last, gegen die sich zu wehren schon der Selbstbehauptungsinstinct der Einzel-

persönlichkeit gebietet. Wir sehen hier die geistliche Quelle jenes Cäsarenwahns, der um eines Herrschers willen eine Stadt wie Rom in Brand stecken ließ. Die zwangsläufige Folge dieser Staatsauffassung ist die Herausbildung eines Privatrechtes, das kein anderes Ziel kennt, als die Grenzen jenes Bezirks, in dem sich die Einzelpersönlichkeiten frei bewegen darf, möglichst weit zu strecken. Von diesem Bestreben ist nur noch ein kleiner Schritt zu jener unbegrenzten, staatszerstörenden Rechtsauffassung, die schließlich alles erlaubt ist, was nicht verboten ist. Einen Schlüssel zum Verständnis, nicht aber etwa zur Rechtfertigung dieser Rechtsauffassung vermögen wir nur in der Tatsache zu finden, daß das römische Staatsrecht die Selbstbehauptungswaffe einer kleinen völkischen Minderheit und Herrenschicht gegenüber der wachsenden Überzahl der unterworfenen fremden Völker war. Diese Feststellung zeigt uns gleichzeitig die Unnatur und den Widerspruch all der zahlreichen Versuche, das unter so völlig andersgeordneten Verhältnissen entstandene römisch-byzantinische Recht auf den germanisch-deutschen Volksstaat mit seinem unigen Verhältnis von Führern und Gefolgschaft zu übertragen.

Es ist kennzeichnend, daß der erste Versuch der Übertragung des römisch-byzantinischen Staatsrechtes auf germanisch-deutsche Verhältnisse, der unter den Merowingern und Karolingern unternommen wurde, die bäuerliche Rechtsgrundlage des germanisch-deutschen Volksstaates, das Odalsrecht, zunächst und vor allem angriff. Dieser Angriff wurde in dreierlei Richtung vertragen:

1. Alles Land wird Königsland, das heißt, der König ist sein Oberigentümer. Dieser Eigentumsanspruch wirkte sich praktisch zunächst in der immer stärker üblich werdenden Vergebung großer Land-

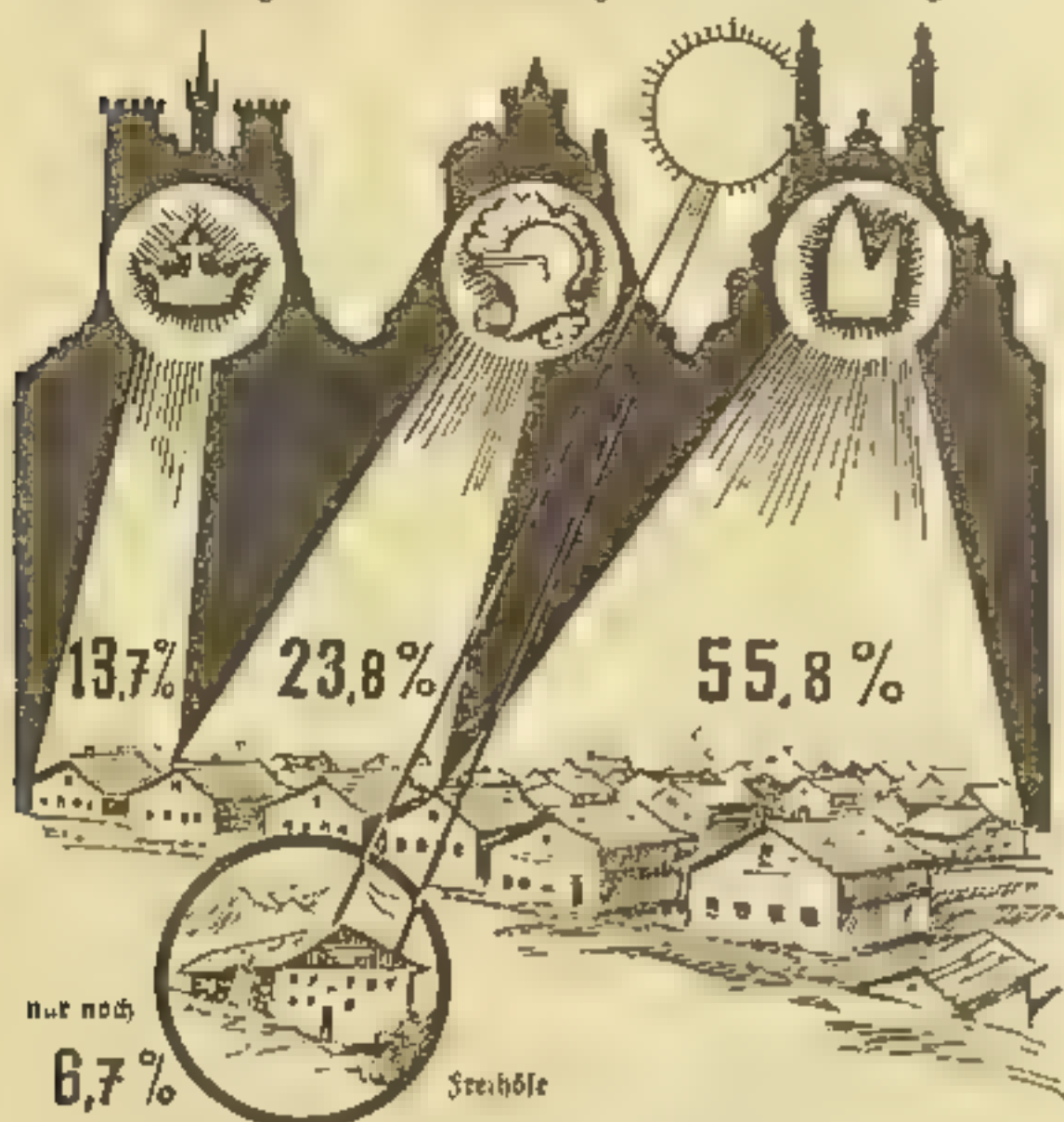
Die soziale Lage des Bauerntums vor Aufhebung der Hörigkeit

Im Kurfürstentum Bayern waren gegen Ende des 18. Jahrhunderts von den Bauernhöfen

dem Landesherren
untertänig

dem Adel
untertänig

der Kirche
untertänig



„Nach rechter Wahrheit hat Leibeigenschaft ihren Ursprung in Zwang und in Gefangenschaft und in unrechter Gewalt, die man von altersher als unrechte Gewohnheit herangezogen hat und nun für Recht erachten will.“ -

Vergebens waren diese leidenschaftlichen Versuche des großen germanischen Rechtswahrers Eike von Repkow (13. Jahrhundert), die germanische Bauernfreiheit zu erhalten. „Denn der Papst kann kein Recht sehen, womit er unser Landrecht und Lohnrecht verschlechtert.“

(Eike von Repkow zu den Beschlüssen des 3. Laterankonzils von 1215).

flachen aus dem Gemeindegeld und Vollsbesitz, der Allmend., an die Wäallen des Königs aus. Diese beanspruchten sehr bald in steigendem Maße über die umliegenden Bauernhöfe das Oberzgentum, das zunächst nur dem König zustand. So wird der freie Bauer zunächst der königlichen, im weiteren Verlauf der Entwicklung der grundherrlichen Gewalt der Grafen und anderen Wäallen unterworfen. Diese Entwicklung wurde durch die zahlreichen Kriege, besonders unter Kaiser Karl und seinen Nachfolgern, stark gefördert. Dem Bauern wurde es immer schwerer, die von ihm geforderten Kriegsdienste an den fernen Grenzen des Reiches zu leisten. So wuchs auch bei ihm die Meinung, sein Land von

sich aus dem nachstehenden Grundherren anzufragen und gegen Ablösung von der Wehrpflicht, die für ihn nun der Grundherr mit seinen Knechten übernahm, als unspflichtiges Leben wie der zu übernehmen. Durch diese Entwicklung wird das germanisch-deutsche Freibauerntum in seinem Grundbestand getroffen.

2. Nach der Lehre Eilodwigs durchbricht auch der Einfluss der christlichen Kirche sehr bald und immer häufiger den tragenden Grundlag des germanischen Obalsrechtes, daß der Hof unveräußerliches Eigentum der bäuerlichen Familie bleibt. Die christliche Kirche beansprucht für sich das Recht des Seelgerates. Danach kann der jeweilige Hofbesitzer einen Teil des Hofes oder auch den ganzen Hof zur Rettung seiner Seele aus dem Fegefeuer der Kirche vermachen. Wenn auch in den meisten Fällen das Seelgerät in der Form geleistet wurde, daß der sterbende Hofbesitzer das Eigentum des Hofes insgesamt der Kirche übertrug, die Erben es dann aber von der Kirche wieder zu Lehen nahmen, so wurde doch damit aus dem freien Eigentum eine beschränkte Abzuehmung und auch von dieser Seite das germanisch-deutsche Freibauerntum in seinem Grundbestand bedroht.

3. Am schwersten aber wurde das germanisch-deutsche Freibauerntum in den von Kaiser Kar. unterworfenen Gebieten durch die Einführung des Fronhofsystems getroffen. Das Fronhofsystem unterwirft die gesamte Dorfgemeinde der Herrschaft des sogenannten Meiers und macht sie der Verwaltung des inmitten der Gemeindemark liegenden Fronhofes, die dem Meier obliegt, dienstbar. So offenbart sich das Fronhofsystem als ein raffiniert ausgeklugelter kolonialer Ausbeutesystem, und unter diesem Gesichtspunkt sind auch die landwirtschaftlichen Betriebsverbesserungen in erster Linie zu betrachten, die Kaiser Karl mit so großem Eifer anstrebte.

Beide Methoden, sowohl die der schleichenden Entrechtung (Nr. 1 und 2) wie auch die der offenen Gewalt (Nr. 3), haben auf die Grundlagen des deutschen Freibauerntums gleich zerstörend gewirkt. Mit dem Zusammenbruch der Karolinger-Herrschaft zerfiel auch allmählich das Zehnthoffsystem, so daß in dieser Beziehung wieder eine langsame Besserung der bäuerlichen Rechtslage eintrat. Die unter 1 und 2 geschilderten Verfassungen aber hatten, wie Johann von Leers („Der große deutsche Bauernkrieg — Wer hatte recht?“ in der Monatschrift *Odal*, 1934, Heft 3) mit Recht betont, die Tendenz zu dauernder Steigerung. „Diese Steigerung war dort am stärksten, wo die kleinen Grafen und Herren immer mehr landesherrliche Rechte an sich zogen. Das ist der Grund, warum der Schwerpunkt der Bauernunruhen in Deutschland fast jeder im Gebiet der kleinen Fürsten und Herren von Süd- und Südwestdeutschland lag, während im Osten die größeren Landesherrschaften die Bauern gegenüber den kleinen Herren viel stärker schützten, die viel stärkere geistliche Macht in Süd- und Südwestdeutschland verwarfte auch dort den wirtschaftlichen Druck auf den Bauern in steigendem Maße.“

Kennzeichnend für die Volksfremdheit, d. h. Entartung der liberalen Geschichtsschreibung ist nun die Tatsache, daß sie nicht vermochte, ein inneres Verhältnis zu dem Unrecht unseres völkischen Weltens, dem deutschen Bauerntum, zu gewinnen. Dem entspricht es z. B., daß sich bisher die Kunst, die mit Vorliebe in Anspruch nimmt, die „eigentliche“ Geschichtswissenschaft zu vertreten, noch immer den Ergebnissen der frühgeschichtlichen Forschung so gut wie verschlossen hat. Indem sie die germanisch-deutsche Krausgeschichte zur „Vor-“geschichte der Nation, scharte ne zwischen sich und ihr einen künstlichen Abstand, der es gerechtfertigt erscheinen ließ, wenn sie von ihr keine Kenntnis nahm. Dieses Verfahren hat nicht nur die Ausbreitung und Festigung der politischen Zwickelung von dem angeblichen Barbarentum unserer Vorfahren im Bewusstsein unseres Volkes außerordentlich gefördert, sondern es hat vor allem auch zu einer völligen Nichtachtung der schöpferischen, die deutsche Entwicklung bestimmenden Leistung des germanisch-deutschen Bauerntums geführt; denn deutsche Frühgeschichte ist Bauerngeschichte.

Allenfals würdigt man das Bauerntum als den Hüter alter Kultur und Sitte, deren Entstehung jedoch anderen Kräften zu verdanken sei. Selbst dieses Lob aber ist doch in den meisten Fällen ein sehr zweifelhaftes; denn diese, alte Kultur bewahrende Eigenschaft des Bauerntums ist ja in den Augen vieler „Wohlwollenden“ lediglich die angenehme Kehrseite einer sonst recht bedauerlichen Rückständigkeit. Für die Gestaltung der Gegenwart ist die kultur-erhaltende Kraft des Bauerntums zudem nach der üblichen Ansicht dieser Kritiker unwesentlich; denn sie stehen meistens dem alten bäuerlichen Kulturgut lediglich mit dem Interesse des Antiquitätenjägers gegenüber. So wird das Bauerntum in der üblichen

Geschichtsbetrachtung, soweit es nicht völlig unberührt bleibt, bestenfalls als bewahrende, nie als schöpferische, meistens als hemmende Kraft bewertet. Ein Musterbeispiel dafür bietet die übliche Beurteilung der Bauernkriege.

Die Bauernkriege und ihre Ursachen

„Der große Fehler in der deutschen Geschichte ist, daß die Bewegung des Bauernkrieges nicht durchgedrungen ist.“ Dieses Wort von Alexander von Humboldt, das die politisch schöpferischen Kräfte des deutschen Bauerntums wenigstens ahnen läßt, gehört zu den seltenen Ausnahmen, die in der Tat nur die Regel bestätigen. So ist es kennzeichnend, daß man mit Vorliebe die Bauernkriege als einen schnell vorübergehenden Zwischenfall behandelt, den man nicht gut übergehen kann, weil er immerhin eine Zeitlang die Fürsten und Bischöfe des Reiches in Atem gehalten hat. Bestenfalls sieht man in den Bauernkriegen eine Kette solcher Zwischenfälle, ohne aber den großen inneren Zusammenhang zu erkennen. Zwischen den ersten Bauernunruhen in der Ursepie (1230) und dem Höhepunkt der Bewegung im Bauernkrieg (1524/25) liegen fast drei Jahrhunderte wechselvoller Kämpfe. Schon dieser einfache Tatsachensatz sollte Beweis genug dafür sein, daß die Bauernkriege mehr sein müssen als lediglich eine Episode in der Geschichte unseres Volkes.

Außerlich betrachtet sind die Bauernkriege in erster Linie Abwehrbewegungen gegen den Frühkapitalismus und seinem gefährlichsten Bundesgenossen, das römische Recht. Doch schon diese Feststellung verleiht den Bauernkriegen eine schicksalbestimmende Bedeutung; denn sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß in den Bauernkriegen der deutsche Bauer für die Selbsterhaltung deutscher Art unter Einsatz seiner ganzen Kraft stritt. Dadurch allein schon wurden die Bauernkriege über die Bedeutung des Selbstbehauptungskampfes lediglich eines Standes — und sei er auch noch so wichtig für das Volksganze — hinaus, und die starke Anziehungskraft wird erklärlich, die die Sache der Bauern auf die Wesen der Nation ausübte.

Die Auswirkungen des Frühkapitalismus

Um das verstehen zu können, ist es notwendig, sich kurz die verhängnisvolle Wende zu vergegenwärtigen, die der Einbruch des Frühkapitalismus und des römischen Rechtes für das gesamte deutsche Volks- und Staatsleben bedeutete. Der Gesinnungswandel, der diese Wende begleitete und überhaupt erst ermöglichte, trieb sich vielleicht am eindrucksvollsten im deutschen Sprachwort vor und nach dem Einbruch des Frühkapitalismus wider. Dieses zeigt uns, daß das ganze deutsche Volk an dem Kampfe für oder gegen die Machtentfaltung des Frühkapitalismus aus lebhaftester Beteiligung war und mit leidenschaftlicher Polemik in ihn eingriff. Eine Betrachtung der Sprachwortbildung in dieser Kampfeszeit erspart lange gelehrte Darlegungen. Ich bringe daher im folgen-



Zinsablieferung an den Lehnsherrn

Der nach der Einführung der karolingischen Meier-Höfe bekanntgewordene Unterschied zwischen Unfreien, Hörigen und Freien erscheint ungefähr so, daß der Unfreie ohne seine Hufe, von der Scholle weg, der Hörige mit seiner Hufe, der Freie aber weder allein noch mit seiner Hufe, wohl aber die Schutzherrschaft (Vogtei) über ihn verkauft werden konnte. (H. Dacela „Der Bauer“)

den eine Gegenüberstellung, die zuerst auf einer geschichtlichen Lehrschau der Brunen Woche, Berlin 1934, gezeigt wurde.

Gesinnungswandel bei Einbruch des Frühkapitalismus
im Spiegel des deutschen Sprichwortes

Vor dem Einbruch

Adel ist vom Bauern her
Arbeit ist des Mutes Balsam.
Wucher ist von unserm Herrgott verboten.
Gemeinnutz geht vor Eigennutz.
Das Recht ist so heilig, daß man es mit
Kaufem nicht verunehren soll
Ein Mann — ein Wort.
Freiheit geht über allen Reichtum.
Kein scharfer Schwert, denn das für die
Freiheit streut.

Nach dem Einbruch

Alt Geld macht edel.
Geld ist das ewige Blut des Menschen.
Wer sagt, daß Wucher Sünde sei,
der hat kein Geld, das glaube frei.
Jeder ist sich selbst der Nächste.
Ein Quentlein Gold wiegt mehr als ein
Zentner Recht.
Niemand ist Sklave seines Wortes.
Vor Geld ist die Lösung.
Goldener Hammer bricht eisernes Tor

Diese Gegenüberstellung spricht für sich selbst und bedarf keiner näheren Erläuterung. Sie ließe sich auf alle Lebensgebiete des deutschen Volkes erweitern, aber schon die wenigen Beispiele zeigen, daß der Einbruch des Frühkapitalismus mehr als einen Wandel der deutschen Wirtschaftsstruktur bewirkte, daß er vielmehr Zersetzung der deutschen Art schlechthin

bedeutete. Das erhellt auch die aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu erklärende Tatsache, daß die Widerstandsbewegung gerade in Gegenden am besteuerten war, die sich noch immer eines gewissen Wohlstandes erfreuten, für die also wirtschaftliche Motive zum mindesten nicht ausschlaggebend sein konnten. Und die Träger der Bewegung waren nicht etwa die Dorfarmen, sondern überall die sozial gehobenen Schichten des deutschen Bauerntums, Schultheißen und Richter, wohlhabende Bauern sowie Gastwirte und Schmiede, mit deren Beruf sich in der Regel ebenfalls ein oft recht beträchtlicher Wohlstand verband. In diesen Schichten hatte sich ein gesundes Selbst

bewußtsein behauptet, das naturgemäß eifrig darauf bedacht war, die alten bäuerlichen Rechte, insbesondere die Freiheit der bäuerlichen Selbstverwaltung und Eigengerichtbarkeit, zu wahren und zu schützen.

Alle diese Tatsachen aber beweisen noch nicht, daß die Bauernkriege mehr waren als lediglich eine Widerstandsbewegung, und ihr unglücklicher Ausgang scheint dafür zu sprechen, daß den kämpfenden Bauern die siegreichere Kraft einer zukunfts-gestaltenden Idee fehlte, scheint die geschichtliche Erfahrungstatsache zu bestätigen, daß Konservatismus allein, auch wenn seine Erhaltungsbestrebungen der besten Sache gelten, nicht die Kraft besitzt, sich zu behaupten, geschweige denn zukunfts-gestaltend zu wirken. Zweifellos ist der Ausgangspunkt der Bauernbewegung der Kampf um Erhaltung des alten Rechtes unter scharfer Abwehr an das auf den verschiedensten Schleiswegen eindringende römische Recht.

Der Kampf der Bauern gegen das art-fremde „römische Recht“

Dieser Gesichtspunkt tritt so scharf hervor, daß es geradezu unverständlich ist, daß es noch immer Wasser-schaitler gibt, die diese Kampfeinstellung glauben leugnen zu können. Gewiß taucht in keiner Re-schwerdeschrift und in keinem Reformprogramm der Begriff des römischen Rechtes als solcher auf, wohl aber wenden diese sich einmütig, direkt oder indirekt, gegen die Repräsentanten des römischen Rechtes, die gelehrten Richter, die „doctores“, und die stete Verknüpfung dieser Beschwerden mit der Forderung nach Wiederherstellung des alten Rechtes zeigt deutlich, daß sich diese Beschwerden nicht in erster Linie gegen persönliche Mängel der Richter wenden, sondern gegen das volksfremde Recht, das sie vertreten. Daher bedarf es eigentlich kaum noch des

Hinwerfes, daß gelegentlich in Flugschriften dem schlichten, rechtlichen Bauernmann die „Romanisten und Sophisten“, d. h. die fremden Rechtsverbreiter, entgegengestellt werden. Auch ist in dieser Zeit bereits das Sprichwort weit verbreitet:

„Welche Rechte und Juristen
ehren Gott in ihren Risten.“

Dabei ist es in diesem Zusammenhange unwesentlich, daß das sogenannte römische Recht eine spät-römisch-byzantinische Verbildungsform darstellt, die den Grundcharakter des ursprünglichen römischen Rechtes völlig verfälscht hatte. Diese Ehrenrettung des römischen Rechtes darf jedenfalls nicht die Aufmerksamkeit von der Tatsache ablenken, daß die zerstörende Wirkung auf die deutsche Rechtsentwicklung von einem artfremden Recht ausging, das sich selbst als römisches Recht präsentierte und daher unter diesem Namen in das polenische Bewußtsein unseres Volkes übergegangen ist. Daß es diesen Namen zu Unrecht trägt, mag für den historischen Philologen eine Kammermusik sein. Für eine politische Geschichtsbetrachtung, die ihre Aufmerksamkeit auf die treibenden Kräfte unserer Volks- und Staatsentwicklung konzentriert, ist diese Unterscheidung von keiner Bedeutung.

Wesentlicher für die Betrachtung der deutschen Rechts- und Staatsentwicklung wäre dagegen die Schärfung der Erkenntnis gewesen, daß das „alte“ Recht, wofür die Bauern kämpften, ebenfalls bereits eine Verbildung darstellt, und zwar eine Verbildung des urdeutschen Bauernrechtes, des germanischen Odalsrechtes. Wohl lebt dieses echte alte Recht unausrottbar in dem Rechtsgefühl des deutschen Bauerntums, der Rechtszustand aber, den die aufständischen Bauern zu verteidigen gezwungen sind, beschränkt Recht und Freiheit des deutschen Bauertums bereits in weitgehendem Umfange. Zunächst beschränkt sich das Streben der Bauern darauf, eine weitere Verschlechterung dieses Rechtszustandes, den sie gegenüber dem eindringenden römischen Recht als „alt“ bezeichnen, zu verhindern, und erst allmählich erwacht, wie wir sehen werden, in diesem Kampfe die Rückbesinnung auf das deutsch-germanische Urrecht.

Wenn es trotzdem bei den zahlreichen Unruhen und Aufständen der Folgezeit zwar zunächst nur in Ausnahmefällen zu Forderungen gekommen ist, die, über die Wahrung des alten Rechtes hinausgehend, eine zeit-

gemäße Fortbildung der Rechtsverhältnisse erstrebten, so liegt das in erster Linie daran, daß es den kirchlichen und weltlichen Territorialfürsten gelang, die meisten bäuerlichen Aufstandsbewegungen schon in dem Anfangsstadium der Entwicklung niederzuwerfen. Auf diese Weise konnte die bäuerliche Freiheitsbewegung ihre rechtschöpferische Kraft überhaupt nicht erst entfalten und zur Geltung bringen. Hinzu kommt, daß unsere Kunde besonders über die ersten Bauernerhebungen vielfach nur auf den Protokollen der über die Aufständischen zu Gericht sitzenden Schlichter beruht. Diese aber hatten naturgemäß, waren sie doch Angeklagte und Richter zugleich, ein dringendes Interesse daran, die aufständischen Bauern als kleinliche Querulanten und räuberisches Gesindel erscheinen zu lassen.

Doch ist es kennzeichnend, daß überall dort, wo die bäuerliche Freiheitsbewegung durch anfängliche Siege oder andere besondere Umstände wenigstens vorübergehend zur freien Entfaltung kam, sich sofort auch die rechtschöpferische und damit echt revolutionäre Kraft der Bewegung geltend macht. Am deutlichsten zeigt sich das bei dem Kärntner Aufstand von 1478. Sein rascher Erfolg stellte die bäuerliche Freiheitsbewegung vor ihre eigentliche, gestaltende Aufgabe. Wie immer, so galt es auch hier, daß der Sieg nur eine wirklich zukunfts-gestaltende Bewegung nicht das Ende, sondern so recht erst den Anfang ihres Werkes darstellt. Auch in diesem Falle begnugten sich die kämpfenden Bauern nicht lediglich mit der Wahrung des alten Rechtes, sondern planten, wie ein zeitgenössischer Chronist be-



Zinsablieferung an den Geistlichen als Grundherren

Geistliche und weltliche Grundherren bildeten ein Bauernschinderntum aus, das die furchterliche Wut der Bauern in den Bauernkriegen leicht verständlich macht. Das stillosch am wenigsten zu verdamnende Verfahren war noch die Parzellierung und Verpachtung in kleinsten Teilen, weil schlimmer war die Aufhebung der Freizügigkeit für die heilloslose kopflässige bäuerliche Bevölkerung. Sie wurden leibeigert, und die Sklaverei lebte so wieder auf in den Jahrhunderten um 1400. Sie empfing ihre scheinbar gesetzliche Stütze durch das römische Recht, indem die von der Sklavenswirtschaft des alten Roms hergenommene Begriffe auf die völlig andersgearteten deutschen Verhältnisse übertragen wurden.

Holzf. Bartels „Der Bauer“)

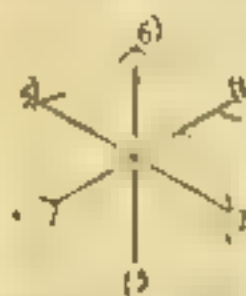
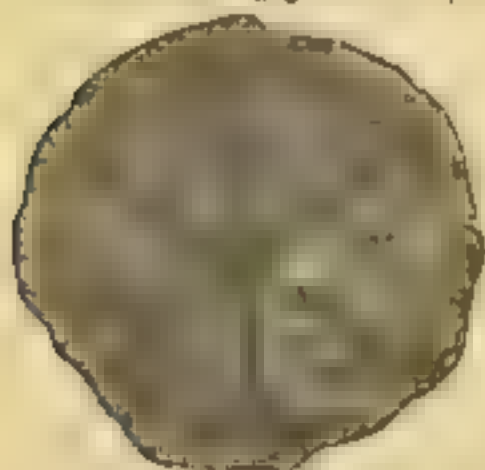


Handwritten musical notation on a five-line staff, featuring a treble clef and a key signature of one flat (B-flat). The notation includes a series of eighth and sixteenth notes, with some notes beamed together. The handwriting is in ink and appears to be a personal sketch or a working draft.

Die Komponenten des neuen Schaltungsplans befinden
sich in einem anderen Teil der Baugruppe. Die
neue Baugruppe ist also eine separate Baugruppe
und kann separat als Modul hergestellt werden.

In zahlreichen Darstellungen und Flugchriften äußerte sich der gesunde Haß des Bauernthums gegen das noch dazu häufig mißbrauchte fremde Recht.

richtset, es „nach der treu-
lo- en Schweizer Disziplin
halten zu halten“. So be-
gegnet wir auch hier dem
von den Schweizer Bauern
im Freiheitskampf der Ur-
kantone und in den Appen-
zeller Kriegen verfolgten Be-
streben nach einer Neu-
ordnung der staatsrechtlichen
Verhältnisse auf der Grund-
lage bäuerlicher Selbstver-
waltung unter einheitlicher
kaiserlicher Führung. Den
wachsenden Machtansprüchen
des Territorialfürstentums,
die durch Übernahme des
artfremden sogenannten römi-
schen Rechtes sich mit dem
Schein der Neutralität um-
gaben, wurde in den kaiserlichen
Artikeln mit der klaren
Evidenz begegnet, die
ihre Sache gegen sich
hat, ein dem staatsrechtlichen



Geheimes Siegel der aufreuerischen Bauern

[illegible]

Die nachfolgende, ihrem Recht vergebende Erleichterung wird vom Ba. den mit dem Symphonien besetzten das. F. ihre Missionen mit erledigt, aber den starken Welpen angelohnt ist - Es befehlen Befehl, aber das. einander der. ne. Pacht nicht zahlte, mit dem Stand um den Hals zu dem Gläubiger kommen mußte. Dieser hatte das „Recht“, ihn zu hängen oder ledig zu geben.

(H. Bartsch)

(M. Bartlett)



Im Jahre 1497 wird erstmals der Bundschuh als Zeichen der Bauern-
erhebung gemeldet. - Hier wird ein Ritter von aufständischen Bauern gesteuert
(Holzschnitt 1593, Augsburg, Steyner)

gedanke, wurzelnd in dem alten deutschen Bauernrecht, entzogen gestellt. Von ihm führt eine gerade Linie zu der nationalsozialistischen Staatsauffassung von heute.

Mit zielbewusster Folgerichtigkeit werden aus dem Gesamtplan die Einzelforderungen abgeleitet. Dabei treten kennzeichnenderweise die politischen, auf die Reform der Staatsverfassung abzielenden Forderungen beherrschend in den Vordergrund.

Der Kärntner Bauer will keine völlige Freiheit, keine Bevorrechtung. Er will neben den anderen Ständen einen gleichberechtigten Stand bilden, der nur einem Herrn dienstbar ist, dem Kaiser, dessen vornehmste Pflicht es ist, für den gemeinen Nutzen zu sorgen.

Ehe sich diese Neuordnung festigen konnte, brach über das Kärntner Land der Turkensturm herein. Mit der Niederlage bei Tarvis brach auch die Hoffnung auf eine Neuordnung der Verhältnisse aus bauerlicher Kraft zusammen. So wurde die Adels Herrschaft im Kärntner Lande durch den Turken gerettet. Der Gedanke an eine Reichsreform, die das alte deutsche Bauernrecht zur Grundlage hatte, aber ging nicht verloren. Er wurde in dem Bauernkriege von 1525 von den politisch weitblickenden Führern wieder aufgenommen und gab ihrem Kampfe seine eigentliche Bedeutung. Darauf kommt ich später noch zurück.

Zunächst aber gilt es festzuhalten Die bauerliche Freiheitsbewegung, die schließlich in dem Bauernkriege von 1525 gipfelte, ist schon in ihren Anfangsstadien nicht lediglich eine Widerstandsbewegung, sondern bereits überall, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, auch dort, wo es sich zu-

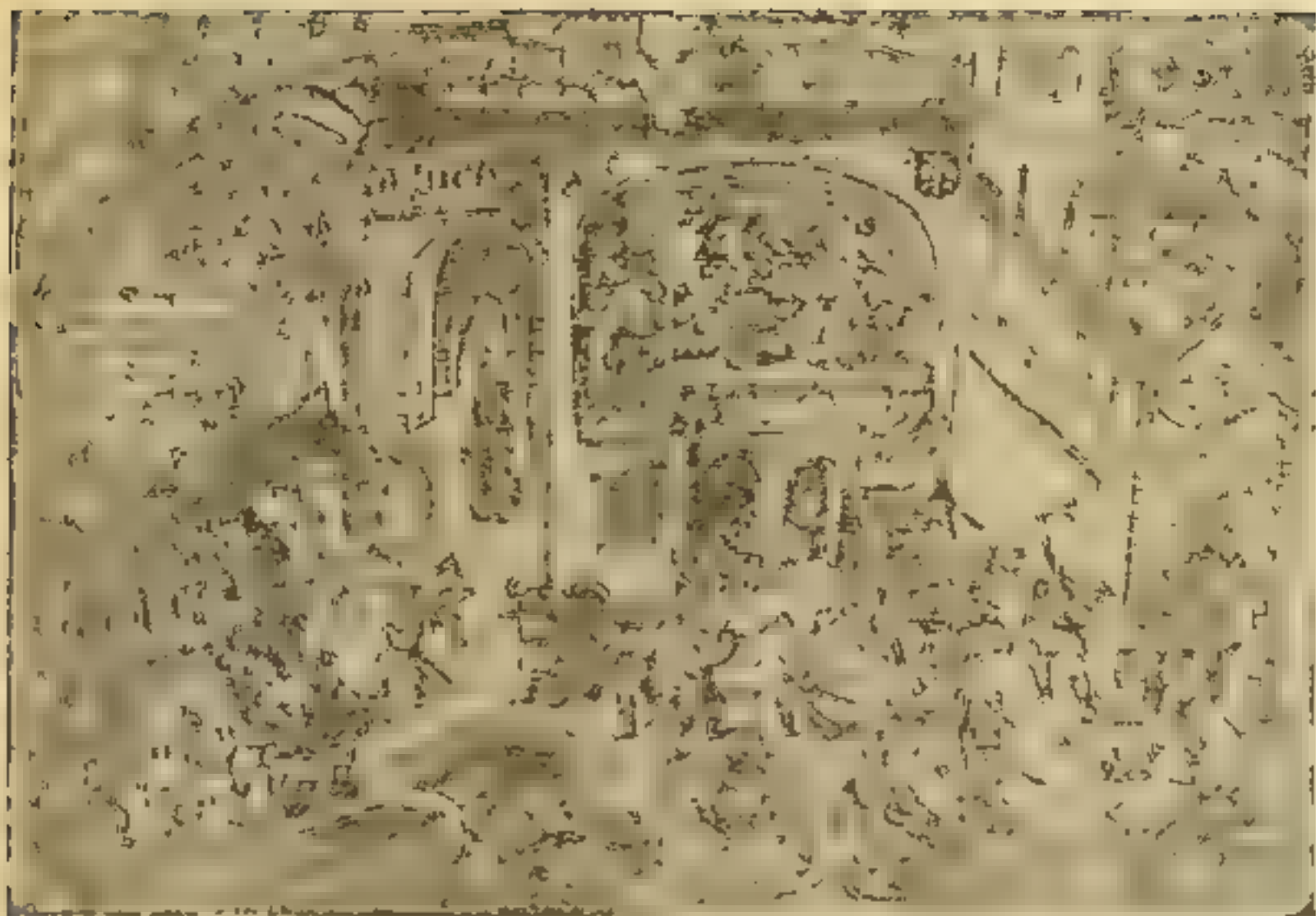
nächst nur um die Wahrung alten Rechtes handelt, ihre redende pierende Staatsreformerische Kraft. Der Grund für das Scheitern der bauerlichen Freiheitsbewegung muß also in andern Ursachen gesucht werden als in dem Fehlen zukunftsgebender Ideen. Im Gegenteil wird man eher ein Zuviel als ein Zuwenig feststellen können. Das war um so verhängnisvoller, als der bauerlichen Freiheitsbewegung die zusammenfassende Kraft eines überragenden Führers fehlte, die ihre widerstrebenden Elemente zu einem Heile zusammenbrachte.

Diese überströmende Gärung zeigt sich besonders in den dem Bauernkriege von 1525 vorausgehenden Erhebungen, die unter dem Zeichen des Kampfes um das sogenannte göttliche Recht standen. Ihr Ausgangspunkt waren, was für ihr Wesen von entscheidender Bedeutung ist, soziale Unruhen in den Städten, die sich zunächst gegen die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden der Juden richteten. Da diese den Bauern aber ebenso wie den städtischen Schuldnern bis aufs Blut aussaugten, griff die Bewegung sehr schnell auf das flache Land über.

So erhoben sich schon 1391 die Bauern in der Umgegend von Meißen gegen den jüdischen Zinswucher und forderten die Vertreibung der Juden, die mit ihren an die Bauern ausgeliehenen Kapitalien einen selbst in den schlimmsten Zeiten unerhörten Wucher trieben und bis zu 80 Prozent Zinsen forderten. Diese Ausbeutung aber geschah unter der stillschweigenden Duldung der weltlichen und kirchlichen Obrigkeit, denn die Wuchergewinne der Jüdischen waren eine recht ergiebige Einnahmequelle ihrer weltlichen und geistlichen Schutzherrn. Die daraus fließenden Einnahmen waren, genau betrachtet, eine indirekte Besteuerung der christlichen Untertanen, die man auf direktem

Aufständische Bauern werden abgeurteilt
(Holzschnitt aus Stumpf, Schwetzerherzog, Zürich 1548)





Wanderung eines Klosters als Folge der Auslehnung gegen geistliche Willkürherrschaft

Der Erzbischof von Salzburg ließ 1537 einen Mann wegen Jagdvergehens in eine feilche Hirschhaut nähen und den Hunden zerreißen. Der Fürstbischof von Preising ließ seine Untertanen für solche Vergehen mit den Ohren an die Bäume nageln. (H. Dertels)

Zeichnung aus: J. Marnett, Bauernkrieg um Wolfenau

Wege nicht noch härter zu belassen wagte. Sie bot zudem den Vorteil, zu jeder Zeit, wenn die Verhältnisse unhaltbar wurden, einen Prügelknaben zur Hand zu haben. Der Kampf gegen die römischen Ausbeutungsmethoden hatte also seine höchst politische Seite, und es ist daher auch nicht verwunderlich, daß sich bei ihm von vornherein pfaffenfeindliche Unterströmungen bemerkbar machen, da ja die Schultheierrschaft besonders der geistlichen Herren über die Judenschaft in einem krassen Widerspruch zu der von ihnen gepredigten Lehre stand, der jedem auffallen mußte.

Der Kampf um das „wahre, göttliche Recht“

Auch sonst standen ja die Regierungsmethoden der Kirchenfürsten zu der christlichen Lehre in einem so offenen Gegensatz, daß es außerordentlich nahelag, diesen Regierungsmethoden das wahre göttliche Recht entgegenzuhaltten; scheute doch z. B. der Fürstbischof von Kempten nicht davor zurück, vor einem Schiedsgericht, das den gegen ihn aufständischen Bauern durch päpstliche Drohungen aufgezwungen worden war, die von ihm vorgenommene Rechtsverletzung durch einen gefälschten Stiftungsbrief Karls des Franken und einen Meineid zu erbaren.

Das mußte natürlich das Vertrauen der Bauern auf die von der Kirche vertretene Ordnung in fernen

Grundfesten erschüttern, zumal ganz allgemein die geistlichen Herren jede Gelegenheit zur weiteren Rechtsverletzung und stärkeren Unterdrückung der Bauern benutzten, wenn auch nicht immer mit der offenkundigen Strampellei des Fürstbischofs von Kempten. In dieser Zeit entsteht das Sprichwort: „Je näher dem Kloster, desto ärmer der Bauer“, und die Überzeugung wächst: „Wir können vor den Pfaffen nicht genehen“, und mit dieser Überzeugung wächst der Wille, „der Gerechtigkeit Verstand zu tun“.

Die Forderung nach Wiederherstellung der bauerlichen Selbstverwaltung und Eigengerichtsbarkeit kleidet sich bei der unter der zu vielen sektiererischen Irrungen und schweren Schäden für die Sache führenden Parole des „göttlichen Rechts“ kämpfenden Bewegung in Formulierungen, die äußerlich in der Vorstellungswelt einer urchristlichen Gemeinde wurzeln, bei näherem Zusehen aber ihren ausgesprochenen germanisch-bäuerlichen Charakter offenbaren. Dementsprechend ist auch beiden Bewegungen die scharfe Kampfesstellung gegen das artfremde sogenannte römische Recht gemeinsam, das überall in der deutschen Geschichte als der Zwillingbruder des Christentums auftritt. Beide Bewegungen gipfeln in ihrer ausgeprägten Form in der Forderung nach einheitlicher kaiserlicher Führung. „Ein Gott — ein Kaiser“ — so fordert die gottesrechtliche Bewegung. Während

das immer mehr erstarkende Territorialfürstentum „Kaiser in seinem Lande“ werden will, sind für die gegen diese aufkommenden Gewalten um ihr Recht kämpfenden Bauern „alle Fürstentümer Dienstämter des Kaisers“, und es ist durchaus folgerichtig, wenn die kämpfenden Bauern die Befreiung der nach absoluter Souveränität strebenden Fürsten verlangen; denn dieses Streben erweist sie als ungetreue Diener ihres angestammten Herrn, des Kaisers.

Es ist daher kein Zufall, daß auf die unter der Parole des göttlichen Rechtes kämpfende Bewegung keine Reformandrift so tiefgehenden Einfluß ausübte wie die, die sich in die Form einer „Reformation des Kaisers Sigismund“ kleidete. Erst als die kaiserliche Führung im Kampfe um die zerfallende Reichsgewalt offenkundig versagte, siegen hier und da radikale Strömungen, die Abiegung des Kaisers fordern, weil er sein Recht auf Herrschaft sträflich vermisst habe, aber doch nur, um gleichzeitig zu neuer Kaiserkrone aufzurufen.

Der in der Handchrift des Kaiserrechts von 1372 formulierte Grundsatz „Gemeiner Ding fremd dem Kaiser“ war stets das Fundament des germanisch-deutschen Führergedankens und beherrschte die politische Vorstellungswelt des um Recht und Freiheit kämpfenden Bauerntums. Diese Grundvorstellung veranlaßt die aufständischen Bauern, den Kaiser gegen die aufkommende Fürstengewalt anzuwerfen, die nicht nur das bauerliche Recht, sondern auch die kaiserliche Führungsgewalt zu zerstören drohte und in der Folgezeit wirklich zerstörte. Diese Grundvorstellung mußte aber auch, als der Kaiser in entscheidender Stunde versagte, fast zwangsläufig zu der letzten Folgerung: Abiegung des Kaisers und neue Kaiserwahl, führen; denn „das Volk macht einen Kaiser, und der Kaiser macht mit das Volk“, wie es in einer bauerlichen Kampfschrift aus der Zeit Maximilians I. heißt.

So sehen wir, daß ebenso wie die altrechtliche Bewegung auch die für das sogenannte göttliche Recht kämpfende in urdeutschem — und das ist gleichbedeutend mit urbauerlichem — Rechtsempfinden wurzelt. Daraus ergibt sich die gleiche Kampfesfront gegen das artfremde römische Recht. Daraus entwickeln sich vor allem auch, weil den gleichen organischen Entwicklungsgelegenheiten gehörend, im wesentlichen gleichgerichtete Reformpläne. Durch die Entartungserscheinungen, die sich aus der Ableitung der gottesrechtlichen Forderungen aus der andersgearteten christlichen Vorstellungswelt für die bauerliche Freiheitsbewegung ergeben, entsteht ein Mißverhältnis zwischen Inhalt und Form, zwischen Wollen und Leistung, das vielfach auch den von urdeutscher Art bestimmten Grundcharakter der bauerlichen Freiheitsbewegung umgibt und verbildete. Trotzdem ist die in der letzten Zeit üblich gewordene scharfe Trennung zwischen der auf dem alten Rechte und der auf dem sogenannten göttlichen Rechte fußenden Bewegung falsch. Sie hat zu einer Unterschätzung der inneren Zusammenhänge, zu einer ungenügenden Beachtung der gemeinsamen deutsch rechtlichen Wurzel und der daraus organisch erwachsenden

gleichen Ausrichtung der verschiedenen, aber ständig ineinander übergehenden Strömungen der bauerlichen Freiheitsbewegung verführt.

Soweit die sogenannte „objektive“ Geschichtswissenschaft überhaupt die Frage nach Recht und Unrecht in der Geschichte stellt — sie hat eine entsprechend ihrem Charakter sehr begreifliche Abneigung dagegen —, ist sie ohne weiteres geneigt, dem jeweiligen Sieger Recht zu geben und sich auf den Boden der vorliegenden Tatsachen zu stellen. Auch hierin offenbart sie sich als eine Ausgeburt undeutschen Geistes.

Das hat auch Alexander von Humboldt erkannt, als er sein in der Einleitung erwähntes Wort sprach: „Der greife Fehler in der deutschen Geschichte ist, daß die Bewegung des Bauernkrieges nicht durchgedrungen ist.“ Mit dieser Feststellung ist aber eigentlich auch die Frage nach Recht und Unrecht im Bauernkriege bereits beantwortet. Schon die Betrachtung seiner Vorgeschichte hat uns gezeigt, daß der Kampf des deutschen Bauerntums ein Kampf um die Erhaltung deutscher Art, d. h. um die Grundlage deutscher Kraftentfaltung, um das Fundament deutscher Staatlichkeit war. Diese Tatsache sollte an sich für die Bewertung der bauerlichen Freiheitsbewegung genügen.

Der entscheidende Grund für die bauerliche Niederlage

Trotzdem wird vielfach eingewendet: Zugabe, daß dem so ist, so muß doch aber festgestellt werden, daß den kämpfenden Bauern die schöpferische Kraft fehlte, ihrer Widerstandsbewegung eine zukunftsgestaltende Stosskraft zu verleihen. Auch diesen Einwand widerlegt bereits die Vorgeschichte des Bauernkrieges. Wir haben gesehen, daß es der bauerlichen Freiheitsbewegung keineswegs an zukunftsgestaltenden Ideen mangelte. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß an entscheidender Stelle und in entscheidender Stunde der Einbruch einer äußeren Macht, der Türkensturm, die bauerliche Kraft lähmte, bevor die von den bauerlichen Führern geschaffene Neuordnung Zeit hatte, sich so zu festigen, daß sie den notwendigen Rückhalt gegen den Europa ständig in Mitleid und Schrecken haltenden äußeren Feind bot.

Außerdem schloß es den für Recht und Freiheit kämpfenden Bauern nicht an Führern, aber es fehlte ihnen in entscheidender Stunde der Führer. (Oder noch richtiger: es fehlte dem ganzen Volke die Führerpersonlichkeit, die aus diesen Spannungen eine gemeinsame Kraft zu gestalten vermocht hätte. Schriftleitung des „Schulungsbriefs“.)

Der letzte Akt: des bauerlichen Freiheitskampfes

Damit wenden wir uns dem letzten Akt des bauerlichen Freiheitskampfes, der Tragödie des Großen Bauernkrieges zu. Zu Beginn der zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts weisen alle Vorzeichen auf den Ausbruch des allgemeinen Sturmes hin. Das ganze deutsche Volk treibt in Erwartung der endlichen Entscheidung. Astrologen und Theologen überbieten sich in

(Fortsetzung Seite 231)



In Jahr-
tausenden
verwurzeltes
Bauertum
pflegt den
deutschen
Boden

Nordischer Bauern-
hof um 2000 v. d. Zt.
Mettnau am Bodensee
Wiederherstellung
nach Ausgrabung
im Federsee-Moor

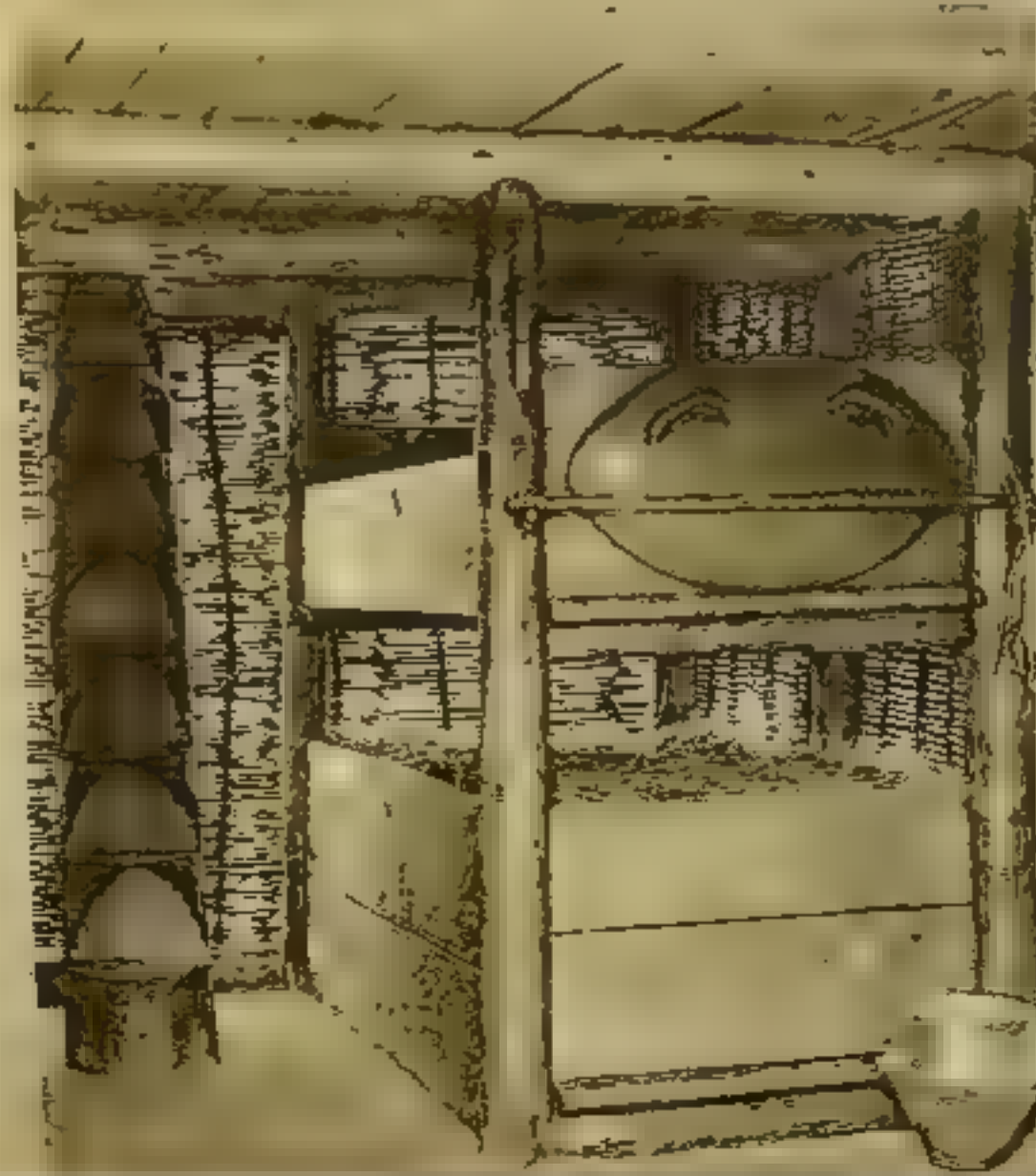
Aus: Freizeitmuseum
Mettnau, Westschweiz
Land: Prof. Dr. von H. J.
Lindner, W. H. Paulsen



Deutschlands älteste Getreidesorten
Fund aus jungsteinzeitlichen Dörfern um
2000 v. d. Zt. Von links nach rechts: Ver-
schiedene Weizenarten, Gerste u. Kolbenhirse



Bauer und Soldat
Wehrhaft und erdbeerwachsend
seit jeher



Getreidespeicher
vor 4000 Jahren
Dorn eine Wurf-
schüssel, mit der die
Spreu vom Korn
geschieden wurde



1



2

INGEISBRUN

Manne neagegeündeter Döetee



4



1. Ein Berg-Bauer-Kind, das einen
groß Bauer-Kind (174) und

2. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

3. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

4. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

5. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

6. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

7. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

8. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

9. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

10. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

11. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

12. Ein Kind, das einen großen
Bauer-Kind (174) und einen
groß Bauer-Kind (174)

Der einß freie Bauer wird zum hõrigen Pächter

Ritter
mit a
Der R



Kirchhoff und Kirche vermachten unter den Nachfolgern Karls des Großen mit allen Mitteln ihren Grundbesitz. Die kirchliche Einführung des „Ewigkeitsgesetzes“ erniedrigt den Freibauern zum Hinterschaten.

Ich, Hanns Alf der ich krank darniederliege
 und die Hoffnung auf ein weiteres Leben
 aufgegeben habe, habe für die Sünden, die
 ich unter dem Einfluß des Sausens in
 gesunden Tagen mir habe zuschulden kommen
 lassen, mein Eigenthum und Noth das mir
 mein Vater als Fehden hinterlassen, für
 die heilige Stätte geschenkt, um in ent-
 sprechendem Maße den Nachlaß meiner
 Sünden beim gnädigen Gott zu erwirken.

7. In der Zeit der Revolution wurde den Bayern
für op. Arbeit ge-
zahlt. Die Bayern
gibt durch die
Bayerische
Landesbank

Herzog Ernst von Bayern.
 Der noch liegt an des Za Ertzherzog,
 Dem der Kaiser den Hof z abberufen,
 Durch seine Unthat hat das gerichtet

Im zehnten Jahrgang. Dritte Seite vom 18ten October.
Das erste Heft des Regierungsblasses vom 11. Sep-
tember 1806 über die Freiehebung des Leibe-
zigenstandes im Bayern. Daraus heisst es u. a.
§ 3. Durch die kaiserliche kaiserliche Aufhebung
des Verhältnisses zwischen dem Leibeigenen
und der Herrschaft ist zu vermeiden nicht nur die
Schwierigkeit, wie die Herrschaft zu dem Leibeigenen
verhältnissen haben, und die Leibeigenen geistlichen
Verhältnisse, wo sie noch bestanden haben,
auszuheben sondern auch die Bestimmung
gegeben. Daß auch in der Folge in einem
weiteren Ausmaß, nach der Freiheit
nach dieser Verfassung das Recht der Leibe-
zigenstandes über einen Unterthan zu erheben
nicht auch jemand sich in den Stand der
Leibeigenen begeben könne.

Aug. Reichthumsland 4,

[illegible]

Vorkämpfer gegen die Leibeigenschaft

Schon 1688 hatte der Graf Christoph von Kanyau auf Hohenfelde, Ovelgönne und Schoneel den ersten Anstoß zur Abschaffung der Leibeigenschaft gegeben, als er seinen Untertanen die Schulden erließ, ihnen freien Abzug bewilligte und seinen Vögten befahl, mit ihnen „wie ein Vater mit seinen Kindern“ umzugehen. Warum? Weil er, so sagte der Graf, „Mitleid mit dem schlechten und miserablen Zustand der Leibeigenen fühle und die Leibeigenschaft weder durch die göttliche Schrift noch durch Vernunft begründet sei“. Ein anderer Träger des gleichen Namens, Graf Hans von Kanyau auf Kischberg, gab 1740 gar Gutsland an tüchtige junge Leibeigene unter Erteilung der Freiheit ab, ein Beispiel, das die dortige Regierung zur Nachahmung veranlasste. Auf Grund dieser Tatsache konnte dann der Kammerrat Kämpfener 1787 in einer Schrift erklären: „Nach diesem Vorgange habe der Staat das gegründete Recht, von jedem Eigentümer solcher Güter, deren Untergeborige unter der Leibeigenschaft seufzen, zu fordern, daß er der Stimme der Natur und der Vernunft Gehör gebe und Menschen ihre natürlichen Rechte nicht länger vorenthalte, die ihnen unrechtmäßigerweise bloß durch gewaltsame Anmaßungen entzogen worden seien.“ Und noch mehr solcher Bauernfreunde sind hier zu nennen: Ein Pennig von Lamotte auf Orseld, dessen Vorbild 1765 zur Befreiung der Leibeigenschaft in der Landschaft Angeln führte; ein Graf Holt auf Eibhof, der 1786 seine Bauern nicht nur aus der Leibeigenschaft befreite, sondern ihnen vorher auch noch eine Ausbildung anstehen ließ, damit sie als selbständige Erbpächter den Lebenskampf desto leichter bestehen könnten; ein Herr von Schallburg auf Mülschau bei Oldesloe, der 1781 seinen Untertanen ihre Hofsitze auf Erbins übertrug; ein Herr von Ahlefeld (1704); in Mitteldeutschland folgte Graf Christian Sünther von Stollberg 1790 diesen Beispielen.

War es in Schleswig und Holstein der Adel selbst, der das Ende der Leibeigenschaft einleitete, eine „Elite germanischen Edelungstums bester Art“ (Veers), so trugen das Banner des Kampfes gegen die Leibeigenschaft in Pommern und Rügen Bürger- und Bauernsohne. Es muß das deutsche Bauerntum mit besonderer Freude und Stolz erfüllen, daß es ein Bauernsohn, Ernst Moritz Arndt, war, der die Feder zu seiner furchtbaren Anklage gegen den Feudalismus ergriff und in seiner 1803 erschienenen Schrift über die „Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen“ schonungslos alle Mißstände aufdeckte. „Wann wird man begreifen“, so schrieb der wackere Mann an anderer Stelle, „daß es gleich schändlich und dumm, eine Sünde an Gott, der Erde und den Menschen ist,

Menschen als Sklaven zu gebrauchen?“ Es ist interessant und sei hier am Rande vermerkt, daß Arndt durch sein freimütiges Auftreten alsbald als „Leute verderber und Bauernaufbecker“ verächtet ward, wie ihm seine Absage an „die fanatischen Platinen, die den ultramontanischen Teufel im Leibe haben und den deutschen Leib zerhacken“ schon damals die Predigten „Barbar, Heide und Unchrist“ eingetragen hat. Allein das alles scherte den tapferen Kämpfer wenig, und er konnte sich später auf Grund der Übersendung seines Buches an den schwedischen König mit Recht rühmen, er habe mit dazu beigetragen, daß die Leibeigenschaft in Pommern und Rügen nach einigen Jahren aufgehoben wurde. Ist der Name Arndt bislang nicht vergessen, so ist dieses Geschick zweien seiner Vorkämpfer beschieden gewesen – zunächst dem Propositor Johann Gottlieb Picht

Welche Bedeutung übrigens Ernst Moritz Arndt selbst, zu dessen Freundeskreis Picht gehörte, seinem Wirken innewohnt hat, beweist die Tatsache, daß er ihm in seiner Geschichte der Leibeigenschaft einen großen Raum widmete, indem er u. a. die Sage schrieb: „Von öffentlichen Freilassungen wüßte ich kein Beispiel, als das des Pastoratunternehmens in Hingst auf Rugen, wo ebendort die Luft leibeigen machte. Die Einwohner hatten unter den Vorgängern des jetzigen Propositor Picht die Leibeigenschaft abzuschütteln gesucht, aber alle ihre Projekte verloren. Als Picht, dieser satige und alles Gute eifrig befördernde Mann, dahin berufen ward, las er alle diese Akten durch und machte den Plan, die Leute frei zu geben... Es kostete ihm beinahe drei Jahre Zeit, Arbeit und Kosten, ehe seine Vorschläge bestätigt werden konnten.“ Wie Picht, so muß noch ein brutter Verkämpfer gegen die Leibeigenschaft aus dem Freundeskreise Ernst Moritz Arndts Erwähnung finden: Moritz (v.) Dyke. Auch er war übrigens wie Arndt ein deutscher Bauernsohn. Aber während Arndt der Kämpfer mit der Feder war, sprach dieser Mann, der es bis zum schwedischen General gebracht hat, durch die eigene Tat, indem er die Leibeigenschaft praktisch auf seinem Gut vollständig beseitigte, weil er die Bauern als die „hauptsächliche Pflanzschule der arbeitenden Menschenklasse“ erkannt hatte und an die Stelle der Fesselung an die Erde „die Liebe zur Heimat“ treten lassen wollte.

Mit starken Worten hat sich schließlich auch ein Bürgersohn, der Kammerrat J. D. (v.) Reichenbach in seinen bekannten „Patriotischen Beiträgen“ (1784 ff.) gegen die Leibeigenschaft gewandt. Es gehörte in seiner Stellung als Beamter schon einiger Mut dazu, folgende Sätze zu schreiben, die in diesem Zusammenhang angeführt sein sollen: „Ist nicht“, so fragt also Reichenbach, „das ursprüngliche Vorrecht

aller Menschen Freiheit und Gleichheit? ... Wir hingegen ... dulden Kollisions, daß ein Teil unserer Brüder an den Erdenkloß, worauf er geboren ward, gleichsam gekettet ist, daß er wie das Vieh sich nur verkaufen, vertauschen oder verschenken lassen, daß er als Selbsttrieb keine Lebensart, keine Heimat wählen, kein Handwerk, keine Kunst erlernen, kein Bürgerrecht gewinnen, kein öffentliches Amt bekleiden, nicht heiraten, kurz, in geringsten keine Beziehung annehmen, ja nicht einmal die Muskete tragen darf ... Die Apologisten der Leibeigenschaft werden zwar einwenden, daß, wenn auch diese Schilderung an sich getroffen, dennoch unleugbar sei, sie passe nicht überall und unbedingt. Jede vernünftige, gutdenkende Herrschaft betrachte sich ja wohl als ihrer Untertanen Vater, nicht als ihr Tyrann, halte sie mehr für Hausgenossen wie für Knechte ... Wieviel Landbegüterte (aber) gibt es, die, wäre schon ihr Grund und Boden noch so klein, ... sich nicht für eine Art von regierenden Herren und ihre Untertanen für Gescköpfe hielten, die ... in ihren Augen wenig mehr Wert haben als ein guter Jagd- oder Hühnerhund "

Übrigens soll nicht verkannt werden, daß die vorstehend angeführten Männer nicht die einzigen waren, die den Kampf gegen die Leibeigenschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten. Eine Anzahl von weiteren Namen findet man z. B. in den Schriften Ernst Moritz Arndts. In Mecklenburg wieder begann 1774 der Enkel eines Freigelassenen, Johann Heinrich Voß, mit seinen Werken die Gewissen aufzurütteln. Der Professor Jakob Friedrich Könning (1781) und der Ammann Karl Leopold Eggers (1784) erhoben ebenfalls laut ihre Stimmen. Und wie in Holstein fanden sich hier ebenfalls Männer des Adels, so ein Herr von Langermann, die für die Bauern eintraten. 1783 verließ der Landschaftsdirektor von Bülow den Bauern in den der Lüneburger Ritter- und Landschaft geborigen Dörfern Jassowitz und Mierdorf Freiheit und Eigentum und gab ihnen die Landeretten zu unveränderlichem Erbsitz, wie er ähnliche Maßnahmen in seinen eigenen Dörfern Wahrstorf und Hohenkirchen traf. Seinem Beispiel folgten der Geheimre Justizrat Baron von Biel und 1790 der Hofrat Schnelle, indem er sämtliche Leibeigenen seines Gutes Bestmannsförde unentgeltlich freigab.

Die Liste dieser Männer ist zweifelsohne heute noch unvollständig. Sie wäre es noch mehr, wollten wir jene Fürsten nicht erwähnen, die für die Abschaffung der Leibeigenschaft, wenn auch z. T. ohne Erfolg, eingetreten sind. Erwa Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der in einem Schreiben vom 17. Juni 1716 aus Königsberg schrieb: „Den Geheimen Etats-Rat von Creutz befehle ich hiermit an, die Leibeigenschaft von den Bauern abzuschaffen und sie zu Frey-Bauern zu machen.“ Der Fürsorge dieses Königs verdankten zahlreiche Bauern ihre Freiheit. Am 10. Juli 1719 wurde die Leibeigenschaft auf den zur Königsberger Amtskammer gehörigen Domänen, am 20. April

1720 auf den sog. litauischen Domänen aufgehoben. Diesen umfänglichen Erlaß war am 19. Januar 1719 eine Verordnung vorausgegangen, die sämtlichen Domänenbauern der dortigen Provinz die Höfe, die sie bewohnten, erb- und eigentümlich verlieh. Eine Ausdehnung dieser Bauernbefreiung auf die übrigen Bauern gelang nicht. Wir kennen heute die Kräfte, die das zu sabotieren verstanden. Es waren die gleichen Drahtzieher, die schon 1577 die von Herzog Albrecht von Preußen beabsichtigte Aufhebung der Leibeigenschaft hintertrieben hatten und ähnliche Versuche eines Friedrichs des Großen zu vereiteln wußten. Dabei sublte gerade dieser Fürst immer eine Art von Entlegen, sobald er nur das Wort „Leibeigenschaft“ aussprechen hörte. Denn mit Recht sah er darin nur eine Abart der Sklaverei. Sprach er doch oftmals schlecht- hin von der „Sklaverei der Leibeigenschaft“, ohne sich auf Unterschiede zwischen Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft einzulassen. Ja, selbst die Erbuntertänigkeit wagte er in einem Edikt vom 10. Dezember 1748 schlaunweg „dieses der Sklaverei so nahe kommende Unheil“ zu nennen. Allein auch seinen Versuchen zur Abschaffung der Leibeigenschaft war, wie gesagt, kein Erfolg beschieden, mochte er auch mit Nachdruck z. B. am 23. Mai 1763 für Pommern befehlen, daß „absolut und ohne das geringste Karbonnieren alle Leibeigenschaft von Grund an gänzlich abgeschafft werden“ sollte. Schon am 20. April 1762 hatte Friedrich dem Geheimen Finanzrat von Breitenhoff b. Pommern mitgeteilt, daß „die Leibeigenschaft der litauischen Untertanen überall gänzlich abgehoben und abgeschafft werden soll“, da sie „den dasigen Lande allzeit verderblich gewesen“ sei. Die auf Grund dieser Vorstellungen neu erlassene pommersche Bauernordnung von 1764 aber brachte nur eine formale Änderung, indem sie die Bezeichnung Leibeigenschaft mit der der Eigenhörigkeit vertauschte. Praktisch ließ sie jedoch alles beim alten! Und Friedrichs gleichlaufende Versuche in der Mark bewirkten ebenfalls nur, daß in der Geheimordnung für die Mittel-, Alt-, Uckermark und Prignitz vom Jahre 1769 die Bezeichnung Leibeigenschaft durch den Ausdruck Unterhängigkeit ersetzt wurde. In der Neumark ist es nicht einmal zu dieser Namensänderung gekommen. Allein der Verordnung vom 8. November 1773, die in Ost- und Westpreußen „alle Leibeigenschaft und Sklaverei“ aufhob, war wirklich ein Erfolg beschieden. Bis an sein Lebensende verfolgte der König diesen Gedanken. Noch in seinem Sterbemonat, am 1. August 1786, schrieb er an den Kammerpräsidenten Freiherrn von der Goltz in Königsberg: „Es ist ferner die Frage, ob nicht alle Bauern in Meinen Ämtern aus der Leibeigenschaft gesetzt und als Eigentümer auf ihren Gütern angelegt werden können. Ich erwarte darüber Eure Anzeige, was das für Diffikultäten (Schwierigkeiten) haben könne.“ Es hat noch manches Jahr gedauert, bis diese „Diffikultäten“ aus dem Weg geräumt und die Leibeigenschaft in Preußen durch das Edikt vom 9. Oktober 1807 beseitigt werden konnte, wodurch ein Zustand sein Ende fand, der eine der dunkelsten Seiten der deutschen Agrargeschichte darstellt.

bäuerlichen Weltuntergangssprophezeiungen. In zahlreichen Flugchriften — allein 1523 erschienen 51 dieser Art — wird eine neue Statistit vorausgesagt. Aus dem Nebel dieser allgemeinen Weltuntergangssimmung aber hebt sich die Sache des gemeinen Mannes, des Bauern, alle anderen Zeitfragen überragend, hervor. An ihr scheiden sich die Geister tiefer noch und einschneidender als an den kirchlich religiösen Fragen der Zeit, die zur Verwirrung der politischen Frontstellung so viel beigetragen haben. Alle fühlen, daß die Zeit zur Entscheidung reif ist: „Die Zeit ist hier, es muß einen Fortgang haben.“ So genügt ein Funken, um den aufgespeicherten Explosionsstoff zur Entladung zu bringen. Fast gleichzeitig bricht der Kampf in Tirol, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Österreich ob der Enns, in der Schweiz, im Elsaß, in Oberschwaben, in Württemberg und der Pfalz, in Franken und Thüringen los. Seine Wellen schlagen bis hinüber nach Ostpreußen, ja bis nach Estland.

Es ist nicht Aufgabe dieser Ausführungen, diesen Kampf in seinen Einzelheiten darzulegen. Die beste Zusammenstellung des Tatsachenmaterials finden wir in dem Werke von Günther Franz: „Der deutsche Bauernkrieg“. (Seiner Bewertung vermag ich allerdings in entscheidenden Punkten nicht zu folgen.) Aufgabe dieser Ausführungen ist es lediglich, wie auch schon zuvor geschehen, die Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die schicksalsbestimmende Bedeutung für die deutsche Staats- und Volksentwicklung gehabt haben.

Der Große Bauernkrieg verdient seinen Namen nicht nur deswegen, weil er die umfassendste Kampfaktion der bäuerlichen Freiheitsbewegung war. In ihm wird gleichzeitig der großartigste, wenn auch scheiternde Versuch einer Zusammenfassung der bäuerlichen Kräfte zu geschlossener Front gemacht. Zudem verdichten sich an zwei Stellen die bäuerlichen Erneuerungsbestrebungen zu Reformprogrammen, deren politisch-schöpferische Kraft der Gang der deutschen Geschichte bewiesen hat. In ihnen wurden Forderungen aufgestellt, deren politischer Weitblick und organische Folgerichtigkeit schon dadurch bewiesen werden, daß sie sich trotz aller Irrungen und Wirrungen der Folgezeit schließlich doch, weil sie zumeist in deutscher Art begründet waren, durchsetzen, durchsetzen mußten, wenn nicht das deutsche Volk untergehen sollte.

Ein wesentlicher Teil dieser Forderungen ist erst durch den Nationalsozialismus verwirklicht worden.

Die Führer der Bauernkriege

Es ist auch kein Beweis gegen die schöpferische Kraft der bäuerlichen Freiheitsbewegung, daß diese zukunfts-trächtigen Ideen, in denen sich das Schicksal der Nation verkörperte, sich nur in den Köpfen weniger Führer zu vollendeter Klarheit geläutert hatten. Das ist bei jeder großen Volksbewegung der Fall. Entscheidend aber für die Beurteilung der Bauernsache ist die Tatsache, daß sie eine so starke Anziehungskraft

gerade auf die Besten der Nation ausübte, daß diese sich entschlossen, die Bauernsache zu ihrer Sache zu machen, und nichts ist kennzeichnender für die jahrhundertelange Verzerrung unserer Geschichte, als daß die Erinnerung an diese Männer teilweise völlig aus dem Gedächtnis unseres Volkes ausgemerzt worden ist, teilweise nur in legendärer Form in der Volks-erinnerung weiterlebt. Hier hat die künftige Geschichts-schreibung viel Versäuntes wiederqutzumachen; denn wieviel Deutsche kennen wohl Männer wie Michael Gaismaier, Wendelin Hipler, Weigand von Wiltenberg, Piarrer Hubmaier auch nur dem Namen nach? Ja, was weiß die große Masse des deutschen Volkes auch heute noch von der edelsten Gestalt des Großen Bauernkrieges, von Florian Geyer?

Für die Beurteilung ihres Wirkens ist vor allem die Erkenntnis notwendig, daß diese Persönlichkeiten nicht lediglich auf sich selbst gestellt, ohne Verbindung miteinander, in der bäuerlichen Freiheitsbewegung stehen. Das verhindert von vornherein ihr sie alle auszeichnender verbindender Geist, der nach Zusammenfassung, Ordnung und Gestaltung der Gesamtbewegung drangte. Ein Mann wie Florian Geyer hatte geradezu die hohe Schule der internationalen Diplomatie durchgemacht und als Vertreter des Hochmeisters des Deutschen Ritterordens in geheimer Mission in Brüssel, Paris und London verhandelt. Michael Gaismaier hatte im Dienste des Tiroler



Marktbauern
Hauptstück von Dürer um 1500



Bauern leisten erneut den Unterwerfungseid.

Die Darstellung läßt an den Gemäldern der Schwörenden erkennen, daß keineswegs nur Landarbeiter und Kleinbauern den Großen Bauernkrieg geführt hatten. Aber erst dreizig Jahre nach dem Bauernkrieg 1525 wird mit den Bauern in Dahnmarschen die letzte freie Bauernschaft ihrer altgermanischen Rechte entkleidet und der Fürstentherrschaft unterworfen. Diese Bauern hatten noch am 17. Februar 1500 bei Hemmingstedt das gewaltige Larenheer, das bis dahin größte des europäischen Nordens, besiegt.

Landeshauptmannes und später des Bischofs von Brixen, an der deutsch-italienischen Weltzaren- und, ebenfalls reiche Gelegenheit, Einblick in die verschlungenen diplomatischen Beziehungen der damaligen Zeit zu gewinnen. Dasselbe gilt von Wendelin Hupler, der in der Kanzlei des Grafen von Hohenlohe mehrere Jahre einen leitenden Posten innehatte. Von innerem Zwange getrieben, finden sich diese Männer zu gemeinsamem, eng verbundenem Wirken zusammen, so daß es heute vielfach unmöglich ist, zu unterscheiden, welchen Anteil dieser oder jener an dem gemeinsamen Planen und Handeln hatte. Johann von Leers spricht daher mit Recht in seiner Abhandlung über Michael Garsmann (Vdal, 3. Jahrgang, Heft 4) von einem „geheimen Verband der Wissenden“ in der bäuerlichen Freiheitsbewegung.

Die Reformideen Weigands

Dieser Zusammenhang ist bisher in der Geschichtsschreibung nur zu wenig beachtet worden. Daraus erklärt sich auch die Überschätzung der sogenannten Zwölf Artikel, denen der Wismanger Kürschnergehilfe Sebastian Föcher die neueste verbreitete Formulierung gab. Sie sind eine Zusammenfassung der Maßziele der bäuerlichen Freiheitsbewegung und erstreben eine fast völlige Selbstverwaltung der Bauern. Sie umfassen daher auch dem letzten Kämpfer der Bewegung einleuchten, und daraus erklärt sich ihre ungeheure Popularität. Es ist aber völlig falsch, in ihnen den letzten Sinn der bäuerlichen Freiheitsbewegung zu sehen. Diese Feststellung wird auch nicht durch die Tatsache widerlegt, daß diejenigen Reformpläne, die eine Neuordnung des Gesamtbaus des Reiches erstrebten, nicht denselben Grad der Öffentlichkeit und populären Wirkung erreichten wie die Zwölf Artikel. Das, worauf es ankam, aber wurde durch die Zwölf Artikel völlig erreicht. Indem Föcher den bäuerlichen Kämpfern den Willen zur Wiederherstellung der

bäuerlichen Selbstverwaltung als ihr gutes Recht vor Gott und der Welt einimpfte, schuf er sozusagen das Fundament, auf dem die bäuerlichen Führer weiterbauen und die von ihnen erstrebte Reichsordnung errichten konnten. Das ist die große Bedeutung der Zwölf Artikel in psychologischer und tatsächlicher Beziehung.

Auf dieser Grundlage baute bereits Hubmaier seinen Entwurf der Errichtung eines deutschen Volksstaates auf. Auf ihr gründen auch Friedrich Weigand und Wendelin Hupler ihren Reichsreformationsplan, der der Hauptgegenstand der Heilbronner

Verhandlungen der Bauernführer des Reiches sein sollte. Daß sich dieser Plan in weitestgehendem Maße auf die sogenannte „Reformation Kaiser Friedrichs III.“ stütze, ist nur insofern von Belang, als uns die Tatsache erneut zeigt, wie eng verbunden die Pläne und Ziele der Bauernführer mit dem geheimen und tiefsten Sehnen der Zeit waren.

Von der echt revolutionären Kraft dieses Planes zeugt schon das ihn beherrschende Bestreben, über die Stunde des Sieges hinaus zu denken, die die Verwirklichung der aufgestellten Maßziele bringen sollte. Tief durchdrungen von dem Bewußtsein, daß der ererbte Sieg seine Rechtfertigung in erster Linie in der Schaffung einer neuen Rechtsordnung finden müsse, ist der Plan vor allem darauf bedacht, diese neue Rechtsordnung in ihren Grundzügen vorzubereiten. Die Gerichtsordnung, die Weigand vorschlug, hat, wenn man sich den tatsächlichen Ablauf der deutschen Geschichte vergegenwärtigt, seiner Zeit Jahrhunderte vorausgedacht; denn sie entspricht in vielen wesentlichen Punkten der erst 1877 verwirklichten deutschen Gerichtsverfassung. Aber darf man sie deswegen wirklich eine Utopie nennen? Zeugt nicht vielmehr diese Tatsache davon, welche zukunftsreiche Kraft die Reformideen der Führer des Großen Bauernkrieges hatten, indem sie mit untrüglichen Instinkt den entwicklungsgeschichtlichen Notwendigkeiten des deutschen Volkes gehorchten?

Auch die Vorschläge Weigands zur Vereinheitlichung von Maß, Gewicht und Geld haben erst im Bismarck-Reiche ihre Verwirklichung gefunden. Sie beweisen keinen auch in diesen Punkten auf das Reichsganze konzentrierten Blick. Doch sind es nicht einmal diese unzeitlichen Gedanken, die uns bei den Plänen

zur Neugestaltung der deutschen Wirtschaftsverfassung am kühnsten ansetzen. Von noch größerer Zukunftsbedeutung war die Tatsache, daß Weigands Vorschläge zur Umgestaltung der deutschen Wirtschaftsverfassung von dem Grundgedanken beherrscht werden, den gemeinen Nutzen wieder zum ordnenden Prinzip der deutschen Volkswirtschaft zu machen.

Mit Schärfe wendet sich daher Weigand gegen die eigensüchtigen Geschäftspraktiken der großen Handelsgesellschaften, die er zu verbieten beabsichtigt. Zum Schutze gegen den damals allgegenwärtigen üblen Zinswucher, der der Grund zu zahlreichen sozialen Unruhen in Stadt und Land war, ist die Bestimmung gedacht, daß die Kapitalisten ihr überschüssiges Geld zu 4 Prozent an die Stadttrate leihen sollen, die dieses nach Aufschlag einer einprozentigen Verwaltungsgebühr den Kapitalschwachen zugänglich machen sollen. Alle Bodensteuer sollen ferner in eine Kapitalamortisation umgewandelt werden. Die Einnahmen aus Zoll und Steuer sollen dem allgemeinen Nutzen zugeführt werden. Vor allem fordert Weigand die Verwendung dieser Einnahmen für einen großzügigen Wegebau.

Die Beziehungen dieser Reformvorschläge zu der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung sind so deutlich sichtbar, daß es sich wohl erübrigt, auf sie näher einzugehen.

Bevor die Pläne Weigands in Heilbronn zur Verhandlung kamen — es ist daher auch nicht bekannt, wie weit sie Syler umbildete —, trieb die Unglücksnachricht von der Niederlage der Württemberger bei Mödingen die hauerlichen Abgeordneten auseinander. Sie eilten, um zu ihren Häusern zu kommen; denn die Entscheidung war auf des Schwertes Spitze gestellt. Für der Niederlage der Bauern war auch das Schicksal der Pläne Sylers und Weigands entschieden.

Bismarck hat gelegentlich gestanden, daß ihn immer wieder das übermächtige Bedürfnis anwandte, sich den Lauf der deutschen Geschichte vorzustellen, wenn dieses oder jenes entscheidende Ereignis anders ausgefallen wäre. Daß dieses Bedürfnis gerade einen Bismarck, dessen rastloser Schaffensdrang jeder theoretischen Bedarftatrebasis fern war, immer wieder packte, sollte eigentlich schon den Vorwurf der Unfruchtbarkeit eines solchen Verfahrens widerlegen, und man kann daher der deutschen Geschichtsschreibung nur wünschen, daß sie einmal wirklich gründlich überlebe, was es für das deutsche

Schicksal bedeutet hätte, wenn die von Weigand vorgedachte Entwicklung bereits im 16. Jahrhundert zum Durchbruch gekommen wäre.

Florian Geyer, der Soldat des deutschen Volkes

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhange auch der Persönlichkeit Florian Geyers zu gedenken, weil gerade sie, wie schon betont wurde, in gebärgigster Weise entsteht worden ist und nur in der Volkslage, die mit höherem Instinkt dem Weiskern Florian Geyers gerecht wurde, als echte Heldengestalt fortlebte. Von Florian Geyer, ein reich beguteter Mann, besser Bürgschaft dem Hochmeister des Deutschen Ritterordens mehrfach Kredit verschaffen mußte, sich nicht aus Beuteluft oder sonstigen niedrigen Instinkten der Bauernsache zugewandt hat, ist inzwischen zur Genüge hergestellt worden. Damit sind aber erst die größten Schladen beseitigt, die die Erkenntnis des Weiskerns der Persönlichkeit Geyers hinderten. Man wird seinem Weiskern und Wollen auch dann noch nicht gerecht,



Florian Geyer
gestorben 9. Juni 1525



„Zum Beginn so werdet Ihr geloben und schwören: Eris und Ort einzusehen, voneinander nicht zu weichen, sondern zusammenzustehen und in allen Sachen nicht eigenen Nutzen, sondern die Ehre Gottes und den gemeinen Nutzen zu suchen!“ (Salomais Tiroler Landesordnung)
 Von Oberschwaben, der Gegend am Bodensee, sind die „12 Artikel“ und die Aufstandsbewegung um 1520 ausgegangen. Im Frühjahr 1525 brach der Aufstand fast in ganz Deutschland los.

wenn man, in Anerkennung der edlen Beweggründe Seyers, dieses mit dem sanften Glorianschein einer Humanität umgibt, die lediglich von den religiös-sozialen Tendenzen seiner Zeit getrieben wurde.

In zweierlei Beziehung versucht er, die Stosskraft der bäuerlichen Freiheitsbewegung zu stärken. In unermüdlichen Verhandlungen mit den Städten und einzelnen Fürsten ist er bestrebt, die Basis des bäuerlichen Freiheitskampfes zu erweitern und zu festigen. Seine in dieser Beziehung erzielten Erfolge zeugen von der Gewandtheit und Überzeugungskraft seiner Verhandlungsführung. Bei diesen Verhandlungen dürfte – das kann wohl als sicher angesehen werden – nicht nur die Frage der künftigen Ständeordnung, sondern auch das Problem des Reichsneubaus eine hervorragende Rolle gespielt haben. Vor allem aber bemüht sich Florian Seyer, den bäuerlichen Kriegshaufen das Rückgrat einer festen militärischen Disziplin zu verleihen. Ihre Bedeutung hatte er ja bereits als Landknechthauptmann erkannt, galt er doch mit Recht als ein zu Fuß und Rosse wohlverfahrener Kriegermann. Doch muß sein Bestreben, die bäuerlichen Kriegshaufen militärisch zu ordnen und auszubilden, noch durch eine besondere Art ausgezeichnet gewesen sein, die so starken Eindruck machte, daß sie, als nach dem Zusammenbruch des Bauernkrieges ihr die Möglichkeit praktischer Auswirkung genommen war, zum Anknüpfungspunkt einer reichen Sagenbildung wurde.

Worum bestand nun die besondere Art Florian Seyers? In erster Linie darin, daß er den Begriff der militärischen Disziplin verband mit dem Gedanken des Dienstes für die Gerechtigkeit. Diese Unterordnung im Dienste einer großen Idee war vor allem geeignet, den kriegerischen Ehrbegriff umzubilden und ihn zur besten Waffe des gemeinen Mannes zu machen. So wird die Entwicklung vom Söldner zum Soldaten-

beer angebahnt. Einen gleichgerichteten Vorgang können wir z. B. bei Cromwells Eisentexter beobachten. Auch bei ihnen bestand das Geheimnis ihrer Sonderart und militärischen Überlegenheit in dieser Verbindung von militärischer Disziplin, Unterordnung unter eine große Idee und Entwicklung eines soldatischen Ehrbegriffes. Es zeugt von dem unerschütterlichen Instinkt des Volksempfindens für alles Echte, daß gerade an diese Bemühungen Florian Seyers die deutsche Volks Sage anknüpfte.

Auch mit seinen militärischen Bestrebungen ist Florian Seyer gescheitert. Sie wurden vielfach gehemmt durch kleinliches Mißtrauen. Auch darf nicht übersehen werden, welche kurze Zeitspanne ihm persönlich zur Durchsetzung seiner Bestrebungen blieb. So nahe die Stunde der Entscheidung, ehe diese sich einigermaßen entfalten konnten. Er-

mußte den völligen Zusammenbruch der bäuerlichen Freiheitsbewegung erleben, ehe ihn der Dold der auf seine Spur gehetzten Schergen dahintraffe.

Ebenso scharfsichtig wie die Liebe des Volkes aber war der Haß seiner Gegner. Seine über den Tod hin auswirkende aufrüttelnde Kraft glaubten sie nicht besser vernichten zu können als durch resloße Ausmerzung jeder Erinnerung an ihn oder durch Entstellung seiner Persönlichkeit bis zur Unkenntlichkeit.



Schlicht und Crommleer aus dem Bauernkrieg
 Kupferdruck v. Hans Fehald Beham

Reich und Gut zusammen zu setzen, von einander nicht zu weichen, sondern zu einander zu halten, doch allzeit nach Not zu handeln, Eurer vorgesetzten Obrigkeit treu und gehorsam zu sein, und in allen Sachen mit eigenen Muth, sondern zum ersten die Ehr Gottes und danach den gemeinen Nutzen zu suchen."

Die Landesordnung Gaismairs ist daher nichts weniger als eine nachträgliche Konstruktion, wie gelegentlich vermutet worden ist.

Solang Michael Gaismair noch hoffen durfte, in dem Tiroler Landtage ein brauchbares Werkzeug für die Verwirklichung seiner Reformpläne zu haben und durch Verhandlungen sein Ziel zu erreichen, geniesst es ihm, sich bei seinen Anhängern und Mitkämpfern in möglicher Zusammenarbeit Gehör und Geltung zu verschaffen. Erst als es gilt, den Versuch zu machen, den letzten Mann aufzubieten, um das drohende Schicksal noch einmal zu wenden, schleudert Gaismair sein Flugblatt von der Tiroler Landesordnung in die Menge. Wir sehen daraus, wie gefährlich gerade für eine Zeit wie die der Bauernkriege — etwa bei einer Persönlichkeit wie Florian Geyer — die so beliebte Beweisführung *ex silentio* ist. Die Legendenbildung des Volksempfindens kommt hier der geschichtlichen Wahrheit fast immer näher als die geistige Dürftigkeit eines wissenschaftlichen Materialismus, der nur auf dem glaubt aufbauen zu dürfen, was urkundlich belegbar ist. Hätte Michael Gaismair der Dolk seines von Habsburg gedungenen Mörders schneller niedergeworfen, — so würde diese Art von Geschichtsschreibung wahrscheinlich auch bei ihm den Mangel an politisch ideologischer Leistung betreffen, ohne einen Blick für die Spuren seines Wirkens zu haben, die nicht im Geschriebenen bestehen.

Dafür wird er jetzt von ihm vielfach als ein über-radikaler Utopist angesehen. Auch dieses Urteil lässt das notwendige Fingerzeigengefühl für die Besonderheit der Lage, aus der heraus Michael Gaismair wirkte, vermischen. So wird beispielsweise seiner Tirolischen Landesordnung utopischer Republikanismus deswegen verworfen, weil sie einen aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangenen Regenten an der Spitze des Staates vorsieht, und im Gegensatz dazu die Mäandrigkeit des Tiroler Landtages betont, weil dieser den Erzbischof an der Spitze Tirols belassen wollte. Solche Werturteile verkennen völlig den Wechsel der Situation infolge der Niederlage der bäuerlichen Freiheitsbewegung. Der Tiroler Landtag durfte noch auf die Einmütigkeit Erzbischof Ferdinands hoffen, zumal ja die bäuerlichen Reformvorschläge in vieler Beziehung sogar eine Verstärkung der landesherrlichen Gewalt bedeuteten, denn nichts lag der bäuerlichen Freiheitsbewegung ferner als Autorittsfeindlichkeit an sich.

Michael Gaismair dagegen, der die Verdrängungs-taktik des Habsburgers frühzeitig erkannt hatte, schreibt sein Flugblatt von der Tirolischen Landesordnung in einem Augenblick, da es offenkundig ist, daß die Hei-

mung des Tiroler Landtages bittere Taufe war, daß nur rücksichtsloser Kampf die erstrebte Reform erzwingen konnte. In der Stunde des unheilgreifenden Zusammenbruches geschrieben, konnte das Flugblatt aber nur dann die erstrebte aufrüttelnde Wirkung erzielen, wenn es mit seinen Forderungen aufs Ganze ging. Der Zeitpunkt war voruber, wo Michael Gaismair, seiner eigenen Meinung folgend, noch hoffen durfte: „Langsam geht man auch weit.“ So verdanken wir einer besonderen Kampfsituation das Dokument, das uns den tiefsten Einblick in die bewegenden Kräfte und Ziele der bäuerlichen Freiheitsbewegung gewährt. Daß ihm die Siegermacht Wiederaufnahme dieses Kampfes trotz der allgemeinen Niederlage zu trauen, zeigt die Zähigkeit ihrer Verfolgung.

Die nationalwirtschaftlichen Ziele der Bauernbewegung

Der Entwurf einer Tirolischen Landesordnung von Gaismair ist ein eindrucksvolles Beispiel praktisch angewandten Sozialismus. Das zeigt sich nicht nur bei dem besonders stark ausgebauten Abschnitt über die Armenfrorge: Den Zehnten will Gaismair, soweit er nicht zur Durchführung der von ihm geforderten festen Pflanzenerbsoldung notwendig ist, für die Armenfrorge verwenden. — Die noch fehlenden Mittel sollen durch eine Vermögenssteuer aufgebracht werden, deren geplante Abstufung uns durchaus neuzeitlich anmutet. Die Klöster sollen in Krankenhäuser, Altersheime oder Waisenhäuser für Arme umgewandelt werden. Zudem soll die gesamte Armenfrorge verwaltungsmäßig mit dem Gerichtswesen eng verbunden werden, so daß für eine stndige Aufsicht gesorgt ist.

Vor allem aber legt Michael Gaismair in fast vollkommener Übereinstimmung mit Friedrich Weyand das Hauptgewicht auf die Durchführung des gemeinen Nutzens gegenüber dem immer skrupelloser sich breitmachenden kapitalistischen Eigennutz. Dabei darf nicht vergessen werden, daß gerade Tirol die unerjhrliche Raubbaut der frhkapitalistischen Schmarozker an einigen besonders kräftigen Beispielen erlebte. Die Tiroler Silberbergwerke waren die Beute der Zigger geworden, deren Vermögen sich in wenigen Jahrzehnten vervielfachte, um dann allerdings infolge verfehlter Spekulationen ebenso rasch wie errafft wieder zusammenzusinken. Besonders aufreizend wirkte auch das Verhalten des aus Spanien stammenden Juden Gabriel Salamanca, der, mit Erzbischof Ferdinand ins Land gekommen, dessen besonderer Günstling war, weil er es immer wieder verstand, die stets leeren Kassen Ferdinands zu fllen. Daß er selbst dabei nicht nur idyllisch überreich wurde, sondern vor allem es auch fertigbrachte, seinen Protektor in immer drckendere Abhängigkeit von sich zu bringen, versteht sich für den, der das traurige Kapitel der Juden an deutschen Frstenhofen kennt, von selbst. Die konsequente Rücksichtslosigkeit Michael Gaismairs in seinem Kampfe gegen

den Kapitalismus entsprach also nur der Gefährlichkeit der bereits eingetretenen kapitalistischen Verfeumdung.

Die freie Marktwirtschaft will er völlig beseitigen und an ihrer Stelle einen staatlich geregelten Verkehr einrichten. Dadurch soll vor allem die Preisbildung von dem Einfluß der Spekulation, des Wuchers und des Zwischenhandels befreit und, aufbauend auf den Selbstkostenpreis, nach sozialen Gesichtspunkten bestimmt werden. In notwendiger Ergänzung dieser Maßnahmen beabsichtigt er, auch die Einfuhr staatlicher Regelung zu unterwerfen. Aus ihrer Verletzung will er gleichzeitig den notwendigen finanziellen Erlass nur von ihm geforderten Wegfall aller Binnenzölle ableiten.

So kann man überall das Vorherrschende nationalwirtschaftlicher Gesichtspunkte beobachten. Nicht nur das abhreckende Beispiel der Fuggen legte ihm den Gedanken der Verstaatlichung der Bergwerke nahe — das war schließlich nur der äußere Anlaß, ebenso wie die Forderung der Münzvereinheitlichung ihren Auslöß durch die üblich gewordenen Betrugereien mit Hilfe willkürlichen Wechsels der Währung oder plötzlicher Wertvermindierungen erhalten haben dürfte —, sondern die Forderung der Verstaatlichung der Bergwerke ist eine zwangsläufig sich ergebende Forderung des von Baismair geplanten sozialistischen Wirtschaftsaufbaus. Eßt sozialistisch gedacht ist es vor allem auch, wenn Baismair in erster Linie bestrebt ist, die natürlichen Kräfte des eigenen Landes zu entwickeln. So sollen die Moore und Oblande urbar gemacht werden, damit mehr Weiz gehalten und mehr Getreide gebaut und so die fremde Einfuhr beschränkt werden kann.

Für die Wirklichkeitsnahe und die innere Notwendigkeit der volkswirtschaftlichen Forderungen Baismairs spricht die Tatsache, daß gerade sie in den Meraner Artikeln der Tiroler Bauern sich besonders deutlich widerspiegeln. Wie wenig sie der gelegentlich erhobene Vorwurf einer einseitig agrarischen Städtefeindlichkeit trifft, geht gleichzeitig aus der Tatsache hervor, daß sich die bürgerlichen Ständevertreter die Meraner Artikel vorbehaltlos zu eigen machten. Noch hatte sich das Bürgertum ein untrügliches Gefühl dafür gewahrt, daß es mit den kapitalistischen Emporkömmlingen, ob sie nun Fuggen oder Salomancos hießen, nicht das geringste zu tun hatte. Daß noch in neuester Zeit gerade diese Kampfes Einstellung Baismair den Vorwurf, Reaktionär zu sein, eingetragen

hat, ist ein weiterer Beweis dafür, wie stark noch immer unsere Sozialismandart, bewußt oder unbewußt, im liberalistischen Denken befangen ist. Die Entwicklung unseres Volkes und Staates wäre wahrlich gesunder gewesen, wenn ihm der „Fortschritt“ der Fuggerei erspart geblieben wäre, und wieder zeugt es von der Unzuverlässigkeit des deutschen Volkswirtschafts, der unserer zeitigen Wissenschaft so oft fehlt, daß in manchen Gegenden unseres Vaterlandes noch heute ichachern und betrügen mit „fuggern“ bezeichnet wird.

Der bäuerliche Kampf um die Erhaltung deutscher Art

Baismairs Kampf war ein Kampf für edle deutsche Art, das beweist auch die von ihm erstrebte Rechtsform. Mit Heftigkeit wendet er sich gegen die Richterweisheit, die Paragraphenerei der gelehrten Richter. In schwarzlichtiger Erkenntnis der Artfremdheit der von ihnen vertretenen Rechtsanschauungen sind für ihn Juristerei und Sophisterei untrennbare Begriffe. Daum ist der letzte Beweis erbracht, daß sich der bäuerliche Freiheitskampf gegen das römische Recht als so richtig richtet; denn auch diese Forderungen Baismairs fanden bei den Tiroler Bauern und weit über ihr Land hinaus nachhaltigen Widerhall.

Von dem ausgeprägten Sinn Baismairs für die staatlichen Lebensnotwendigkeiten zeugten vor allem auch die Ansätze zu einer Heeresverfassung, die nur in seiner Landesordnung finden. Er ist nicht nur auf eine gute finanzielle Rüstung durch Rücklage erheblicher Geldsummen für den Fall des Krieges bedacht, sondern auch bestrebt, eine geordnete Kriegsführung durch die Einrichtung ständiger Hauptleute zu sichern. Baismair selbst ist trotz seiner ursprünglichen Schreiberarbeit ein hervorragender Kriegermann gewesen, der es verstand, aus seinen Leuten schier Menschenunmögliches herauszubolen, und für den trotzdem seine Leute durch Feuer gingen. So vereint er in mancher Beziehung die Eigenschaften von Florian Geyer und Wendelin Hupler in seiner Person. Die Gewalt seiner Persönlichkeit war so stark, daß die Fürsten ihn, solange er lebte, als ständige Drohung empfanden, bis sie endlich die Mörder, zwei Spanier, fanden, die ihn im Schlaf ermordeten.

Schlummer aber fast noch als der wirtschaftliche und rechtliche Druck, der auf dem deutschen Bauernstand



lastete, war der seelische Druck, die moralische Verfeinerung, unter der das Bauerntum litt, war es doch den Siegern gelungen, durch eine zielbewusste Strengepropaganda die Schuld ausschließlich auf die Schultern der Bauern abzuwälzen, so daß sogar die fürstliche Häfiorate, die sich nach der Niederlage aus Norden und Brennen unter den wehrlosen Bauern ausobte, mit einem Schein des Rechts bekleidet war.

Das Ende der Bauernfreiheit bedeutete das Ende des alten Kaiserreichs

Der Zusammenbruch der bauerlichen Freiheitsbewegung aber wirkte sich nicht nur auf die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage des Bauerntums für Jahrhunderte entscheidend aus. Die Unterschätzung der politisch schöpferischen Kraft der bauerlichen Freiheitsbewegung hat fast allgemein dazu geführt, die allgemeinpolitische Bedeutung der bauerlichen Niederlage zu übersehen. Besonders die liberale Geschichtsschreibung ließ sich in Änderung der Macht der vollwogenen Tatsachen dazu verleiten, das Aufkommen des Territorialfürstentums als eine zum mindesten als Zwischenstadium notwendige Stufe deutscher Staatsentwicklung anzusehen. Der Reichsgedanke, den die wertvollsten der bauerlichen Führer vertraten, und sein von ihnen erstrebter rechtlicher Ueberbau waren daher in den Augen der herrschenden Geschichtswissenschaft von vornherein eine unfruchtbare Mischung von Reaktion und Utopismus. Zudem glaubte man, gerade diese Pläne als für die bauerliche Gesamtbewegung unerhebliche Nebenerscheinungen abtun zu können. So erschien es überflüssig, sich einmal die Frage vorzulegen, was ein Sieg der bauerlichen Freiheitsbewegung nicht nur für die Entwicklung des deutschen Bauerntums selbst, sondern vor allem für die deutsche Volks- und Staatsentwicklung insgesamt bedeuten hätte.

Die bauerliche Freiheitsbewegung war nicht die einzige, die im Gegensatz zu dem aufkommenden Territorialfürstentum eine Stärkung der Reichsgewalt erstrebte. In diesem Ziele begegnete sie sich mit verschiedenen Ritter- und Städtebündnissen. Einzig die bauerliche Freiheitsbewegung aber war geeignet, eine genügend breite Grundlage für die erstrebte Reichsreform zu bieten.

Steins Bauernbefreiung und ihre Verfälschung durch den Liberalismus

Gegen diese Erkenntnis spricht auch nicht die Tatsache, daß aus dem Territorialfürstentum, dessen aufkommende Macht das mittelalterliche Kaiserreich zersprengte, ein Geschlecht hervorgegangen ist, dessen beste Männer die Voraussetzungen für Bismarcks Werk schufen. Die Geschichte gerade ihres Wirkens zeigt uns, wie gefährdet ein Staatsbau zu jeder Stunde ist, der sich nicht auf ein gesundes Bauerntum gründet. Männer wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben das auch selbst deutlich erkannt. Doch

ihre Agrarreformpläne scheiterten nicht nur an dem offenen und heinlichen Widerstand des preussischen Junkertums. Das Bauerntum selbst war durch die jahrhundertelange Knechtung so zermürbt, daß der Reform von oben nicht der notwendige Wellenstrom von unten entgegenkam. Die politische Kraft des Bauernstandes war so erschöpft, daß er völlig aufgehört hatte, Subjekt der Politik zu sein. Er war nur noch Objekt der königlichen Reformpläne, und seine Passivität war mit ihr schwerstes Hindernis.

Dafür nur ein fernliegendes Beispiel. Die Veruche Friedrich Wilhelms I., wenigstens die übliche Mißhandlung der Hofdienst leistenden Bauern durch Peitschen- und Stockschläge abzustellen, scheiterte an der im allgemeinen alles in dumpfer Ergebenheit hinnehmenden Passivität der Bauern. Auch die direkte königliche Aufforderung an die Bauern, „mit Peitschen- und Stockschlägen sich bei ihrem Hofdienst sklavisch zu verhalten widerstrebte, sich gehörig darüber zu beschweren“, die auf Anordnung des Königs in allen Dorfküngen öffentlich angeschlagen werden mußte, hatte nur geringen Erfolg.

Auch das Reformwerk des Reichsfürstentums vom Stein litt unter der Tatsache, daß das Bauerntum selbst infolge seiner jahrhundertelangen Entwürdigung und Entredung vielfach nicht in der Lage war, die Tragweite der Steinischen Befreiungsstat auch nur zu beurteilen, geschweige denn sein Werk zielbewußt zu unterstützen. Dabei lehnten sich die Bauern in Gegenden, wo es ihnen wirtschaftlich einigermaßen erträglich ging, sogar gelegentlich gegen die Steinischen Reformen auf. An Zwang und Druck von Jugend an gewohnt, wußten sie mit der ihnen besicherten Freiheit nichts anzufangen, empfanden die plötzliche Verantwortlichkeit als Last und hatten sie gern gegen das verantwortungslose Gehorchen von früher eingetauscht, sofern ihnen nur das tägliche Brot sicher war. Diese Tatsache hat nicht unwesentlich die Legendenbildung besonders des ostdeutschen Großgrundbesitzes von der sozialen Harmonie der patriarchalischen Verhältnisse unterstützt.

Die Verproletarisierung der deutschen Bauern

Weil dem Bauerntum, besonders in den preussischen Provinzen, das selbständige Bewußtsein der eigenen Art ausgeprägt worden war, konnte es auch aus sich heraus nicht die notwendige Gegenkraft gegen die liberale Verfälschung des Steinischen Reformwerkes entwickeln. Dadurch wurde es möglich, daß das gutberthene Bauernlegen unter selbstthätiger Ausnutzung der neuen Rechtsverhältnisse in großem Stil weiterging. Fürst vom Stein selbst, dem ja bei seinem Reformwerk das Bild des westfälischen Bauerntums vorlag, das sich sein altes Freiheitsbewußtsein zu

bewahren gemußt hatte, hat die Gefahr dieses Rechtsmißbrauches zunächst nicht erkannt und ist erst später auf Grund dieser traurigen Erfahrungen zu der Forderung der Einrichtung von bäuerlichen Erbhöfen gekommen. Besonders der ostdeutsche Bauer aber besaß vielfach nicht das Selbstvertrauen, um die neugewonnene Freiheit auch nur als wundervoll anzusehen. Ein so kluger Beobachter wie A. v. Harthausen berichtet in seiner 1839 erschienenen Schrift über „Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen“:

„Während in Deutschland der Bauer es für einen großen Makel hielt, sein Gut anzugeben und Tagelöhner zu werden, ein freiwilliger Verkauf für eine Art Schande galt, sind in Preußen Tausende von Bauern ohne große Schwierigkeiten ausgelauft worden. Der Übergang zum Instmannstande wird weder für uns mindesten herabwürdigend, noch für unvorteilhaft erachtet, wie dies in Deutschland, wo die großen Bauernwirtschaften vorherrschen, überall der Fall ist.“

Die Gegenüberstellung, Deutschland – Preußen ergibt sich aus der Tatsache, daß Ost- und Westpreußen, staatsrechtlich gesehen, damals nicht zu Deutschland gehörten. A. von Harthausen ist Westfale und hat bei dem Vergleiche vor allem die Zustände seiner Heimat vor Augen. Von dem ostelbischen Teile Deutschlands konnte er nur die damalige Provinz Preußen. Von der Volk weiß aber mit Recht in seiner „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ darauf hin, daß die von Harthausen geschilderten Verhältnisse für ganz Nordostdeutschland gelten. Indem viele Bauern ihren Hof verkauften und die Stelle eines Instmannes oder Deputanten annahmen, sicherten sie sich ein sorgenloses Einkommen, das nicht geringer war als das zahlreicher Bauern in damaliger Zeit.

Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht etwa einen milderen Umstand für das liberale Bodenrecht, das den Boden zur Handelsware verfallachte,

ebensowenig wie es eine Entschuldigung für diesen bedeutet, die unter Ausnutzung dieses Bodenrechtes zahlreiche Bauern ihrer Scholle beraubten und Bauernland als Spekulationsobjekt mißbrauchten. Doch darf auch nicht übersehen werden, daß diese verheerenden Mächte nicht so verheerend hatten wirken können, wenn nicht das Bauerntum selbst unter dem jahrhundertelangen Druck, der nach dem Zusammenbruch der bäuerlichen Freiheitsbewegung sich ständig verstärkend einsetzte, vielfach das selbstlichere Bewußtsein seiner eingeborenen Art verloren hätte und dadurch erst der vollen Wirkung jener fremdartigen äußeren Einwirkung ausgelegt gewesen wäre. So betrachtet, offenbart sich uns das Bauernlegen im 19. Jahrhundert als eine letzte furchtbare Auswirkung des Zusammenbruches der bäuerlichen Freiheitsbewegung im Großen Bauernkriege.

Wenn daher die verhängnisvollen Folgen dieses Zusammenbruches auf die Dauer und von Grund aus überwunden werden sollten, so mußte zunächst und vor allem wieder die innere Kraft des deutschen Bauerntums entwickelt werden. In der eingeborenen Art deutschen Bauerntums mußten die Heilmittel gesucht werden, damit dieses und mit ihm das ganze deutsche Volk wieder gefunden konnte. Diese Erkenntnis ist es, die gerade den Steinischen Reformversuch auszeichnet und seine innere Verwandtschaft mit der nationalsozialistischen Agrarpolitik offenbart. Für Stein war die Bauernbefreiung keine Wirtschaftsfrage. Abzuleitete die Erkenntnis, wie er es immer wieder betont hat, daß auf einem tüchtigen Bauernstande allem Wehrhaftigkeit, Entschlossenheit und Tüchtigkeit jeder Art beruht. Daher ist ihm die „religios-moralische, intellektuelle und politische Vollkommenheit“ des Bauernstandes das Wichtigste. Dieser Grundgedanke seines Reformwerkes aber ging unter seinem liberalen Nachfolger völlig verloren. Für den Liberalismus bedeutete die Bauernbefreiung nur eine Teilmobilisierung der allgemeinen Mobilmachung des Geschäftseigens, die das liberale Zeitalter zum Verderben des deutschen Volkes auszeichnete.

8. Personen, so verkauft werden sollen, in Königsberg.

Es hat jemand folgende Personen zu verkaufen: 1) Einen Koch etw. 40. Jahr seines Alters, welcher wol kochen kan auch nicht nur die der Küche, sondern auch mit Garten gutem Bescheid weiß und zur Aufwartung und auf Reisen sehr wol zu gebrauchen. 2) Ein Weib eben von etliche 40. Jahren, welche gut Zinnen werden kan. 3) Eine Tochter von 13 Jahren. 4) Eine Dien von 12. Jahren und 5) Eine Dien von 9. Jahren, welche alle zu Diensten gebräuchlich. 6) Noch ein Mensch von 20 Jahren, welcher was zur Jagd gehört bey einem Königl. Förster lernet. Wer nun die vorbeschriebt 6 Personen an sich zu kaufen Willens ist, der selbe wolle sich bey dem Kangelier-Boten bey der diengen gedachten Kangelier Abraham Ernst Müller, so Vor- und Nachmittage daselbst zu treffen ist, deliclig melden, und wegen des Preises der Leute zu einigen.

Diese peim die Verkaufsanzeige eines Herrn von Soller der bankrott war und „400 Taler“ herausich open mo te, trich en 1744 im „Königsberger Intelligenzwerk“ vom 8. Mai 1744. Nach 1787 wurden aus dem Archive Leob. d. h. 44 Le b. eigene an ein Rittergut bei Kofel verschachert.

(Bernhard Semmelrod „Aus der Dantekammer der Leibelgenchaft“, Bielefeld.)

Der tragische Kampf Gustav Ruhlands

Immer wieder hat das deutsche Bauerntum, dem Lebensgebot seiner Art folgend, aus sich heraus Kräfte entwickelt, die sich der liberalen Entwicklung entgegenstellten, weil sie erkannten, daß ihr Sieg die endgültige Vernichtung deutscher Bauernart bedeutete. In diesem Zusammenhange sei nur an den tragischen Kampf eines Gustav Ruhland erinnert, dessen Lebenswerk von der Stunde an, da er, von der Not des deutschen Bauerntums getrieben, den Pflug mit der Feder vertauschte, dem Bauern galt, die „soziale Funktion des Grund und Bodens im deutschen Volke wiederherzustellen“. Daher sah er auch zunächst seine Aufgabe darin, „an der Freiheit des Grundeigentums jenen Punkt zu bestimmen, von dem aus sie zum Nachteil der Gesamtheit wirkt“. Dieser entscheidende Punkt aber war für Ruhland von seiner ersten Jugendarbeit an derjenige, „auf dem die Freiheit des Grundeigentums beginnt, der Arbeit zugunsten des Kapitals ungerechterweise von ihrem Lohn zu rauben und sie unter dem Schein und Schutz des Rechtes tributpflichtig zu machen“. Auch Ruhland, der nimmermüde Kämpfer, mußte nach einem Leben der Enttäuschungen einsehen, daß Vorbedingung für einen Sieg keines Kampfes die „Erziehung zur Mitverantwortung und Mitleidschaft durch Erziehung zum sozialen Bewußtsein“ war.

Die Verfälschung des Anerbenrechtes durch den Kapitalismus

Es zeugt nun von der fast unverwundlichen alterhaltenden Kraft des deutschen Bauerntums, daß sich das alte deutsche Anerbenrecht als Sitte nicht nur im Nordwesten Deutschlands behauptet hat, wo es dem Bauerntum gegolten war, allen Stürmen zum Trotz seine Freiheit wenigstens in beschränktem Umfange zu behaupten, sondern daß sich die Anerbensitte auch in den Gebieten als eine dem Bauern angeborene Selbstverständlichkeit durchsetzte, wo im Zeitalter der Leibeigenschaft das freie Bauerntum fast völlig ausgerottet worden war. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, daß das deutsche Bauerntum der Gefahr der Entwurzelung infolge der Verfälschung des Grund und Bodens zur beliebig handelbaren Ware im Zeitalter des Liberalismus so weitgehend widerstanden hat. Doch wäre es eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn man die kapitalistische Verbildung der Anerbensitte, die unter dem Einfluß des Liberalismus in vielen Gegenden Deutschlands eingetreten ist, übersehen wollte. Nicht überall, wo das Anerbenrecht sich als Sitte erhalten hat und später durch Landesgesetz gestuft worden ist, hat das deutsche Bauerntum wirklich sein germanisch-deutsches Rechtsempfinden unverfälscht behauptet.

Man muß daher zwei Entwicklungsformen der Anerbensitte im Zeitalter des Liberalismus scharf unterscheiden

1. Die Vererbung des Hofes wird unter dem Einfluß kapitalistischen Gelddenkens nicht mehr von dem Standpunkt aus geregelt, daß der Hof als geschlossener Besitz unter allen Umständen der Familie erhalten

bleiben müsse. Vielmehr wird der Hof im Erbganze dem Kapitalbesitz gleichgestellt. Damit tritt der Gedanke schematischer Gleichberechtigung aller Kinder an dem väterlichen — beweglichen wie unbeweglichen — Vermögen in den Vordergrund, und der Kerngedanke germanisch-deutschen Bodenrechtes, das Lebensgebot der Erhaltung des Hofes in der Hand eines leistungsfähigen Erben, tritt zurück.

2. Dieser Kerngedanke des germanisch-deutschen Bodenrechtes ist noch lebendig. Dann geht das allgemeine Bestreben dahin, den Hof auf alle Fälle der Familie zu erhalten und ihn einem leistungsfähigen Nachfolger zu übertragen, selbst für den Fall, daß die reichenden Erben nur eine sehr geringe Abfindung erhalten. Nur in diesem Falle ist man berechtigt, von einer wirklichen Bewahrung des germanisch-deutschen Erbhofrechtes zu sprechen. Im ersten Falle ist zwar die äußere Erbform geblieben, ihr Inhalt aber ist längst entwichen.

Diese saubere Scheidung ist notwendig, weil in gewissen Interessentengruppen noch immer die durchsichtige Neigung besteht, bevölkerungs- und sozialpolitische Erscheinungen, die sich aus der Verbildung der Anerbensitte unter dem Einfluß des Liberalismus ergeben haben, als Vergleichsgrundlage einer Beurteilung der angeblich zu erwartenden Auswirkungen des Reichserbhofgesetzes auszuwerten. Aber selbst im zweiten Falle, wo sich das Anerbenrecht unverfälscht erhalten hat, ist eine Vergleichbarkeit noch nicht ohne weiteres gegeben; denn es darf nicht übersehen werden, daß das Reichserbhofgesetz nur ein — wenn auch ein entscheidender — Bestandteil des Gesamtwerkes der nationalen altnativen Bauerneuerung ist, während das Anerbenrecht im liberalen Zeitalter, selbst wenn es sich unverfälscht behauptete, nur eine letzte Insel war, die der kapitalistisch-liberalen Flut trohete. Die Auswirkungen, die von dieser vereinzelt Stelle ausgehen konnten, waren daher naturgemäß durch die allgemeine Entwicklung äußerst beengt und ständig bedroht.

Die zum Teil erfolgte Verbildung des Anerbenrechtes unter dem Einfluß des Wirtschaftsliberalismus hat zu Folgen geführt, welche die lebensgefehlte Wirkung des Erbhofrechtes nicht nur aufgehoben, sondern vielfach geradezu in ihr Gegenteil verkehrt haben. Die Behandlung des Grund und Bodens als Kapitalbesitz unter äußerlicher, rein formaler Aufrechterhaltung des Anerbenrechtes führte vielfach zu einer überhöhten Ver schuldung der bäuerlichen Höfe durch die Abfindung der reichenden Erben, die den Bestand dieser Höfe gefährdete. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Verschuldung ist auf Verpflichtungen aus Erbschafts- und Erbkaufverträgen zurückzuführen. Nicht selten sind auch die Fälle, wo eine Einigung infolge der aus dem Grundsatz der schematischen Gleichberechtigung sich ergebenden hohen Ansprüche der reichenden Erben bei den Erbschafts- und Erbkaufverträgen nicht zustande kam und auf diese Weise der Hof zur Versteigerung kommen mußte. Diesen zerstörenden Wirkungen der Verfaßung des Grund und Bodens zum Kapitalbesitz

versuchte das Bauerntum an anderen Orten dadurch auszuweichen, daß es in immer stärkerem Maße zum Zwer-, ja zum Einkinderstern überging. Welche Gefahr diese Entwicklung für den deutschen Volkseinstand bedeutete, braucht wohl kaum erörtert zu werden.

Angesichts dieser Folgen ist es geradezu unerfindlich, wie von Kreisen, die den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden, gerade die liberalistisch verbildete Form des Auerbennrechtes mit besonderer Vorliebe zum Ausgangspunkt einer Kritik genommen wird, die wegen der Wiederherstellung eines den Hof erhaltenden Verhältnisses der Ansprüche der weichen Erben an den Auerben dem Reichserbhofgesetz den Vorwurf macht, daß es gegen das germanisch-deutsche Gerechtigkeitsgefühl verstoße. Wirkliches Recht hat sich noch immer im deutschen Volke nach den Lebensnotwendigkeiten des Ganzen gerichtet, denen sich die einzelnen unbedingt unterzuordnen hatten.

Bäuerlichem Denken entspringt der Rechtsgrundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Ihm entspricht es, wenn bäuerliches Lebensgefühl bekundet: „Der einzelne ist nichts, das Geschlecht ist alles.“ In diesem Volkennutz liegt der unbegriff echter bäuerlicher Gerechtigkeitsbedürfnisse. Daher konnte sich das nationalsozialistische Reichserbhofgesetz keineswegs darauf beschränken, das Auerbennrecht in einer der überlieferten Formen zu übernehmen. Es mußte es vielmehr an entscheidender Stelle weiterbilden oder, wie gelehrter Liberalismus gern mit schamheiligem Augenaufschlag beklagt, „veredeln“. Diese Weiterbildung aber bedeutet nichts anderes als die Wiederherstellung der lebensgesetzlichen Funktionen des germanisch-deutschen Erbhofrechtes nach seiner Verbildung durch den Liberalismus.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen aber sollte doch von den liberalistischen Kritikern schließlich nicht die Tatsache übersehen werden, daß es bis in die letzte Zeit zahlreiche Gegenden gegeben hat, wo sich der alte Sinn des germanisch-deutschen Erbhofrechtes in der Form der Brüder- und Schwösterntaxe, der Wertentschätzung unter Brüdern, zu behaupten versuchte. Wir haben bereits gesehen, daß die Brüder- und Schwösterntaxe unter Anpassung an die äußeren Formen der Geldwirtschaft versuchte, die Unentbehrlichkeit der Bauernhöfe zu sichern und ihre Belastung auf ein noch erträgliches Maß herabzudrücken. Es ist kein Zufall, daß gerade in Grenzgebieten, die besonders stark unter fremdvölkischem Druck stehen, und auf den Inseln des Auslandsdeutschtums sich diese Sitte besonders häufig erhalten hat.

Gerade in diesen Gebieten muß sich jedem die Erkenntnis aufdrängen, daß die Erhaltung des Hofes als Lebensgrundlage der bäuerlichen Familie Selbsterhaltung schlechthin bedeutete. So setzte sich z. B. in den österreichischen Alpenländern trotz entgegenstehender Gesetzgebung des Staates die Behandlung des Bodens als Kapitalbesitz nur in den Fällen

häufiger durch, wo wegen Vorhandenseins minderjähriger Erben der Vormundschaftsrichter ein entscheidendes Wort mitzureden hatte. Wo, so fragen wir, kommt echtes deutsches Gerechtigkeitsgefühl wirklich zur Geltung: bei der schematischen Gleichsetzung aller Erben ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Hofes oder bei der oft sehr niedrigen Brüder- und Schwösterntaxe um der Erhaltung des Hofes willen? Die Antwort, so glauben wir, kann nicht zweifelhaft sein.

Wiederherstellung des alten deutschen Bodenrechtes durch den National- sozialismus

Prüft man das Wesen der Brüder- und Schwösterntaxe näher, so zeigt sich bei ihrer Festlegung das Bestreben, den weichen Erben eine standesgemäße Ausbildung, Ausstattung oder Aussteuer zu sichern, stets unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Hofes, aber auch der für ihn geleisteten Arbeit. So wird Anspruch gegen Anspruch, Recht gegen Recht gewogen, nicht durch eine schematische Teilung errechnet. Diese durch die Brüder- und Schwösterntaxe anerkannten Ansprüche der weichen Erben an den Auerben gewährleistet auch das nationalsozialistische Reichserbhofgesetz als solche in jeder Beziehung, aber gleichzeitig schaltet es die Mißbrauchsmöglichkeiten, die in der kapitalistisch infizierten Form der Brüder- und Schwösterntaxe gegeben sind, wieder aus, indem es das Anrecht der weichen Erben auf Ausbildung, Ausstattung oder Aussteuer in direkter Form versiebt und gewährleistet. Indem es diese Ansprüche zum gültigen Recht erhebt, unterstellt es seine Durchführung der Kontrolle der ständischen Gerichtsbarkeit der Auerbengerichte.

Durch Einführung des Zufluchtsrechtes der weichen Erben geht es sogar noch einen entscheidenden Schritt im Interesse ihrer Sicherung weiter als die Sitte der Brüder- und Schwösterntaxe. Gleichzeitig aber verhindert das Reichserbhofgesetz, daß das Anrecht auf Ausbildung, Ausstattung und Aussteuer kapitalistisch verfaßt wird, indem es eine Geldabfindung aus der Substanz des Hofes unmöglich macht.

Es ist übrigens kennzeichnend, daß die liberalistischen „Gerechtigkeits“-Fanatiker diese Tatsache mit Vorliebe dadurch zu verkleinern suchen, daß sie jetzt auf einmal über den angeblich unausrottbaren Egoismus der Bauern klagen. Dieser Egoismus — so prophezeien sie — wird die Anrede der weichen Erben so herabdrücken, daß ihre Proletarisierung unausweichbar sei, während in gleichem Atemzuge das ebenso unausrottbare bäuerliche Gerechtigkeitsgefühl mit Rücksicht auf die „Entrechtung“ der weichen Erben zum Einkinderstern übergehen soll. Diese Doppelungsschlag schlägt sich selbst. Sie enthält zugleich die wahren Absichten jener Kritiker: Nicht um die Erhaltung der lebensgesetzlichen Funktionen des Bauerntums innerhalb des deutschen Volkseinstandes geht es ihnen, sondern um Schutz und Erhaltung des sankt Kapitalismus.

Die unter der Herrschaft des Wirtschaftsliberalismus entstandene Freiverkauflichkeit des Bodens und die damit in ursächlichem Zusammenhang stehende kapitalistische Vererbungsweise hatte zu einer zweiseitigen Bedrohung des deutschen Volksbestandes geführt. Durch zunehmende Landflucht wurde der bauerliche Teil des deutschen Volkes, dessen Zeugungskraft Quell der Volksvermehrung war, ständig geschwächt. Zugleich aber führten die Abwehrversuche der wirtschaftlichen Folgen der Verfallung des Grund und Bodens zur Warte zu einer unmittelbaren Vahmung dieser zur Wahrung des Volksbestandes so notwendigen bauerlichen Zeugungskraft. Indem das Reichserbhergesez mit dem Reichsnabristandsgesez das Bauerntum aus seiner verbananisierten Verstrickung in das kapitalistische Wuchersystem befreit und auf diese Weise die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der deutschen Bauernschaft sichert, bezeugt es zugleich die hauptsächlichsten Gründe, die zur Landflucht und zum Rückgang des ländlichen Geburtenüberschusses führten. Das Reichserbhergesez schafft also — das ist sein tiefster Sinn — die notwendigen Voraussetzungen, um das Bauerntum wieder zum Blutquell des deutschen Volkes zu machen. Es ist wichtigstes Werkzeug einer Bevölkerungspolitik, die die Lebenskraft des deutschen Volkes zu neuer Entfaltung bringen wird.

Diese freudige Gewissheit entspringt nicht abstrakter Spekulation, sondern gründet sich auf eine eingehende Kenntnis der schicksalbestimmenden Kräfte deutscher Geschichte. Das Reichserbhergesez ist, wie wir gesehen haben, tief verwurzelt im germanisch-bauerlichen Weien. Es stellt die lebensgesetzliche Funktion des germanisch-deutschen Erbhergeseztes wieder her und führt damit eine Entwicklung fort und vollendet sie, die durch den Einbruch des Kapitalismus zum Ver-

hangnis des deutschen Volkes unterbrochen wurde. Die Kräfte des deutschen Volkes waren solange schier unerlöschlich, als es sich der schicksalhaften Verbundenheit mit Blut und Boden bewußt blieb. Der Erbhergesezgedanke, wie er in dem Odaerrecht der germanischen Bauern von Urbeginn an zum Ausdruck kam, im Anerkenrecht weiter fertlebte und im nationalsozialistischen Reichserbhergesez nach Überwindung des Wirtschaftsliberalismus seine neue Prägung fand, ist der höchste Ausdruck für die schicksalhafte Verbundenheit mit Blut und Boden und bildet so den Schlüssel zum Verständnis germanisch-deutscher Weltanschauung.

So ist das Reichserbhergesez ein Tragpfeiler der nationalsozialistischen Bodengesetzgebung, ohne den diese in sich zusammenbrechen müßte. Am Zusammenwirken mit dem Reichsnabristandsgesez sichert es die Lebensfähigkeit der bauerlichen Erbherge. In Verbindung mit dem nationalsozialistischen Siedlungswerk ist es die beste Triebkraft zur Neubildung deutschen Bauernums und gleichzeitig bester Schutz dieser Neubauern; denn es macht energisch Schluß mit dem bisherigen kapitalistischen Siedlungssystem und gewährleistet die Bodenständigkeit der siedelnden Bauern. Diese gegenseitige Bedingtheit und die daraus sich ergebende enge Wechselwirkung der nationalsozialistischen agrarpolitischen Einzelmaßnahmen offenbar ausgleichend den organischen Aufbau der nationalsozialistischen Bauerngesetzgebung, der bei einer Betrachtung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen nie übersehen werden darf. Er ist die beste Gewähr dafür, daß der Bauer wieder das Fundament des Staates wird und so das Wort unseres Führers Adolf Hitler in die Tat umgesetzt wird.

„Das Deutschland der Zukunft wird ein Bauernreich sein oder — es wird nicht sein.“

Schwarz, rot und weiß war die Fahne, die Hans Müller von Bulgenbach trug, als er in Waldshut die blutige Kirchweih begann; bald wehte sie siegreich in Schwaben. Die Herren mußten sich beugen, und wer sich nicht beugte, den sagten die Bauern durch ihre Spieße. Da fiel die Furcht der Vergeltung in reiche Gemäcker. Fürsten und Bischöfe schworen, die zwölf Artikel zu halten; als auch in Franken die schwarzrotweiße Fahne von den Kirchen und Rathäusern wehte, stand hinter dem Aufzuge ein neues Reich, auf den Willen des Volkes statt auf die Willkür der Fürsten und Herren gegründet.“

Aus Wilhelm Schäfer „Die dreizehn Bücher der deutschen Seele“; Verlag A. Langen, München 1934

Nationalsozialistische Agrarpolitik

Vielen Deutschen würden im Weltkrieg Hunger und Elend erspart geblieben sein, wenn um die Jahrhundertwende maßgebende Stellen die Bedeutung der Ernährungswirtschaft in nationalpolitischer Hinsicht voll erkannt und aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen gezogen hätten.

Damals war der Liberalismus in Reinkultur am Werk. Männer wie der Professor Luzzo Brentano und die sogenannte „Nationalökonomie“, die in Wirklichkeit teilweise die Propagandaabteilung der internationalen Hochfinanz war. Die ganze Engstirnigkeit des auf große wirtschaftspolitische Fragen übertragenen Privatgeschäfts des Denkens tritt besonders klar in einer Arbeit eines Schülers von Luzzo Brentano zutage, in der es heißt: „Der rechnende, und zwar richtig rechnende Landwirt wird sein Kapital unter Berücksichtigung der natürlichen Verhältnisse stets zur Ausdehnung und Intensivierung derjenigen Wirtschaftszweige verwenden, die nach den jeweiligen und voraussichtlichen Konjunkturen am besten rentieren.“ Derartige Anschauungen führten um die Jahrhundertwende nun dazu, daß landwirtschaftliche Kulturen, deren Bewirtschaftung nach dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung im Auslande billiger erfolgen konnte, aus Deutschland ausgewanderten. So konnte Brentano frohlockend anrufen: „Deutschland hat aufgehört ein Agrarkulturstaat zu sein und muß nach dem Vorbild Englands den Übergang zum Industriestaat versuchen. Und wenn auch bei der allgemeineren Nachfolge der Kulturstaaten auf dieser Entwicklungsbahn später einmal ein Mangel an Vorräte zu erwarten wäre, so liegt in dieser Entwicklung um deswillen kein besonderes Bedenken, weil die chemisch-technische Herstellung der menschlichen Nahrungsmittel mit einem Überflüssigwerden der landwirtschaftlichen Getreideproduktion bann sicher zu erwarten ist.“

Charakteristisch für die Auffassungen der Vorkriegszeit sind auch die Ausführungen, die noch im Jahre 1912 ein freimüthiger Abgeordneter machte: „Das patriotische Gesehrei, daß für den Kriegsfall die heimische Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volkes decken müsse, ist eitel Humbug, ist nur das patriotische Mäntelchen für eigenrühige Zwecke.“ Diese eine von zahlreichen dergleichen Äußerungen ist ein Zeichen dafür, in welchem Maße sich damals die Kreise, die den Maßstab des ökonomischen Prinzips auf die Wirtschaft einer Nation anwandten, verirrten.

Angeichts dieser Tendenzen hatten die agrarischen Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts auch in der Nachkriegszeit nicht vermocht, bis

1933 den fortschreitenden Verfall der Landwirtschaft aufzuhalten. Der Staat hatte im Zeitalter des Liberalismus weder den Willen noch die Macht, dem Bauern und der Landwirtschaft ernstlich zu helfen. Es war es nicht weiter erstaunlich, daß die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Wirtschaft immer mehr zerfiel und dem deutschen Volke damit die Nahrungs- und Rohstofffreiheit genommen wurde. Verminderung der erzeugten Güter, Anbaubefchränkung für lebenswichtige Kulturen, zunehmende Zwangsversteigerungen deutscher Bauernhöfe und landwirtschaftlicher Betriebe im Umfange von rund 2,8 Millionen Morgen Fläche, Schuldverpflichtungen des deutschen Bauernstandes in der unglaublichen Höhe von rund 13 Milliarden Reichsmark, die damit die jährlichen Einnahmen um das Doppelte überstiegen, mehr als eine Milliarde Reichsmark Zinsen, die nahezu 14 v. H. der Einnahmen beanspruchten, mindestens 60 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe, die von ihrer Substanz lebten, das waren die typischen Kennzeichen der festgelaufenen Landwirtschaft.

Auf den Trümmern dieser Katastrophe baute 1933 der Nationalsozialismus auf. Er löste sich von der Idee der Weltwirtschaft und stellte ihr die Rückkehr auf die natürlichen Grundlagen der Lebensgemeinschaft des deutschen Volkes entgegen. Damit wurde wieder an das organische Wachstum einer geschlossenen Volkswirtschaft angeknüpft, die der Liberalismus unterbrochen hatte. Der Erreichung dieses Zieles dienten die beiden Grundgesetze der nationalsozialistischen Agrarpolitik: das Reichserbhofgesetz vom 1. 10. 1933 und das Reichsnährstandsgesetz vom 13. 9. 1933. Das Reichserbhofgesetz erfaßt die große Zahl der Bauernhöfe, sichert sie für alle Zeiten der bäuerlichen Familie, schützt sie vor Überschuldung und Zwangsversteigerung sowie vor Zersplitterung im Erbgang. Im Zusammenhang mit dem Erlass des Reichserbhofgesetzes wurde ferner durch eine großzügige Entschuldung und Zinssenkung die Landwirtschaft um jährlich fast 400 Millionen Reichsmark entlastet.

Die Senkung der Lasten und Kosten wurde ergänzt durch die Wiederherstellung eines ausgewogenen Preisgefüges für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Voraussetzung hierfür schuf das Reichsnährstandsgesetz und die auf diesem Gesetz aufgebaute Organisation der landwirtschaftlichen Marktordnung. Zweck dieser Marktordnung ist die Absichrerung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu tragbaren Preisen. In der bewußten Rücksichtnahme auf das Einkommen der breiten Schichten unseres Volkes wurden trotz steigender

der Nachfrage nach Lebensmitteln und trotz steigenden Arbeitseinkommens die Preise gegen alle früheren liberalistischen Grundzüge und Gesetze stabil gehalten.

Wir können heute somit feststellen, daß die nationalsozialistische Ordnungsidee, die bisher allein in der Ernährungswirtschaft verwirklicht wurde, eine sichtbare Mehrleistung zugunsten der Gesamtwirtschaft ermöglichte. Es ist ferner festzustellen, daß getreu nach dem ungeschriebenen Gesetze, nach dem wir angetreten sind, die Ernährungswirtschaft, an dem Gebot der echten Mehrleistung ohne preiswichtigen Konjunkturschlag festgehalten hat, auch da, wo diese Gemeinschaftsleistung offensichtlich Opfer erforderte.

Aufbauend auf dieser Gesetzesgrundlage begann der Kampf um die deutsche Nahrungsfreiheit, wurde also die Voraussetzung für eine Mehrerzeugung und damit für eine möglichst weitgehende Eigenversorgung geschaffen. Bereits auf dem 2. Reichsbauerntag 1934 in Goslar konnten durch den Reichsbauernführer Darré die Aufgaben der Erzeugungsschlacht dem deutschen Bauerntum und der deutschen Landwirtschaft gestellt werden, die, auf eine kurze Formel gebracht, lauten: Mehr erzeugen und das Erzeugte sparsamer verwerten.

Um die ganze Größe dieses Vorhabens zu erkennen, ist es aber nicht nur notwendig, sich die trostlose Lage des deutschen Bauerntums vor der Machübernahme vor Augen zu halten, sondern auch die besonderen Schwierigkeiten, die der Durchführung dieser Aufgabe entgegenstanden und entgegenstehen. Sie ergeben sich vor allem aus der Enge des deutschen Lebensraumes. Deutschland hat durch das Versailler Diktat rund 4,69 Millionen Hektar, das sind 14,3 v. H. seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche, eingebüßt, ein Verlust, der um so schwerwiegender war, als es sich um landwirtschaftliche Überschussgebiete handelte, die mehr als ein Drittel ihrer Erzeugung an das übrige Reich abgeben konnten. Darüber hinaus hat sich die landwirtschaftliche Nutzfläche seit 1933 durch Inanspruchnahme für die Wehrmacht und für Verkehrswege und andere öffentliche Aufgaben um rund 650 000 Hektar vermindert. Insgesamt handelt es sich dabei um ein Gebiet, das nahezu der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Staates Oldenburg entspricht.

In diesem verkleinerten Reichsgebiet leben heute aber rund sieben Millionen Menschen mehr als im Jahre 1913. Hinzu kommt, daß die Rückführung von sieben Millionen Arbeitslosen in die Wirtschaft und die damit verbundene Steigerung des Arbeitseinkommens um 54 v. H., nämlich von 26 Milliarden Reichsmark im Jahre 1932 auf nahezu 40 Milliarden Reichsmark im Jahre 1937, einen Mehrverbrauch an Lebensmitteln auslöste, der in den letzten Jahren sinnig im Zunehmen begriffen ist und auch im Jahre 1937 weiter anhielt.

In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der deutsche Lebensstandard auch in der Ernährung infolge der starken körperlichen und geistigen Arbeit der deutschen Volks-

genossen ein außerordentlich höher ist. Der deutsche Mensch braucht mengenmäßig fast das Doppelte wie der Japaner. Aber auch im Verhältnis zur Ernährung anderer europäischer Völker, wie der Italiener oder Polen, ist die deutsche Kost erheblich anspruchsvoller.

Bei Betrachtung der Ernährungsfrage muß ferner auch die Änderung der Alterszusammensetzung des deutschen Volkes mit berücksichtigt werden. So waren im Jahre 1913 etwa 66 v. H. der Bevölkerung älter als 15 Jahre, 1937 dagegen etwa 75 v. H. Diese Tatsache hat für die Ernährungsbilanz eine erhebliche Bedeutung, denn bei der Umrechnung auf Vollverbraucher waren im Jahre 1937 innerhalb des gleichen, um 4,69 Millionen Hektar oder 14,3 v. H. verkleinerten Reichsgebietes 8,4 Millionen Vollverbraucher mehr vorhanden als im Jahre 1913.

Es ist notwendig, hier die Frage der Preisschere in Anbetracht ihrer außerordentlichen Wichtigkeit für die Fortführung der Erzeugungsschlacht anzusprechen. Schon einmal war in der Nachkriegszeit das Preisscherenproblem unserem Landvolk zum Verhängnis geworden, und zwar in der Zeit des unanhörlichen Preisverfalls. Der Agrarstoffindex lag im Jahre 1933 um 13,2 v. H. niedriger als vor dem Kriege. Demgegenüber konnte sich die durch Kartelle und Preisconventionen geschützte Industrie einen Preisstand sichern, der immerhin 12,8 v. H. über der Marktkriegshöhe lag. Diese Kluft war damals mit der ersten Anlaufpunkt für die nationalsozialistische Agrarpolitik, die mit Hilfe der Marktordnung in allmählicher Entwicklung und weitgehender Rücksichtnahme auf die Kaufkraft der breiten Masse unseres Volkes das landwirtschaftliche Preisniveau an die Hundertgrenze herangebracht hat.

Ein Blick auf die heute noch bestehende Preisschere zeigt, daß im Interesse der Fortführung der Erzeugungsschlacht eine Überprüfung des gesamten Preisgefüges sehr erwünscht erscheint. Wenn nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung die Verkaufserlöse der Landwirtschaft von 8,7 Milliarden Reichsmark im Jahre 1934/35 auf 8,9 Milliarden Reichsmark im Jahre 1936/37, die Betriebsausgaben jedoch von rund 6 auf 6,3 Milliarden Reichsmark gestiegen sind, so zeigt diese Entwicklung der Gesamtbilanz die ernste Tatsache, daß die Erhöhung der Verkaufserlöse durch Mehrerträge und Marktregelung nicht mehr mit den zur Erzielung hoher Leistung notwendigen Aufwendungen im Einklang steht.

Besondere Schwierigkeiten liegen auch in der
Landflucht,

unmal in den nächsten zehn Jahren infolge des verhängnisvollen Geburtenrückganges der letzten Jahrzehnte Arbeitskräfte der deutschen Wirtschaft fehlen werden. Bereits im Rechnungsjahr 1936/37 konnten von rund einer Million offenen Landarbeiterstellen

Handwritten text in a cursive script, likely a letter or a page from a manuscript. The text is dense and fills the upper left portion of the page.

Handwritten text in a cursive script, continuing from the previous page. It includes a small circular diagram or seal in the center.

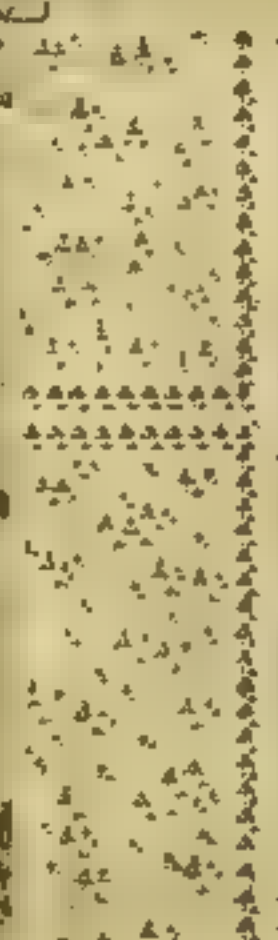


**Wirkliche Staatsmänner
mehrten
und stärken
ihre
Bauernthüm.**

Handwritten text in a cursive script, likely a letter or a page from a manuscript. The text is dense and fills the upper right portion of the page.

Handwritten text in a cursive script, likely a letter or a page from a manuscript. The text is dense and fills the upper right portion of the page.

CHARLOTTENBURG



Freiburg			
1. 1. 1700	2. 1. 1700	3. 1. 1700	4. 1. 1700
5. 1. 1700	6. 1. 1700	7. 1. 1700	8. 1. 1700
9. 1. 1700	10. 1. 1700	11. 1. 1700	12. 1. 1700
13. 1. 1700	14. 1. 1700	15. 1. 1700	16. 1. 1700
17. 1. 1700	18. 1. 1700	19. 1. 1700	20. 1. 1700
21. 1. 1700	22. 1. 1700	23. 1. 1700	24. 1. 1700
25. 1. 1700	26. 1. 1700	27. 1. 1700	28. 1. 1700
29. 1. 1700	30. 1. 1700	31. 1. 1700	32. 1. 1700



Bild 1
Friedrich der Große
gründet Clausdorf
bei Jüterbog
(Verfügung von 1752)
Bild 2
Die von Kanan. Hol
vertriebenen Salz-
burger wurden 1733
von Friedrich Wil-
helm I. angesiedelt
Bild 3
Prinz Eugen geht
sofort nach der Ver-
treibung der Tür-
ken deutsche Bau-
ern in die Ostmark
Von den neu gesin-
deten Dorfen Char-
lottenburg (in Banat
in d. K. d. S. Engelbrun-
n 1748)
Bild 4
Plan der Siedlung
Clausdorf (1748)
Bild 5
Friedrich der Große
veranlassen über-
wachte den An-
bau der Kartoffel
An n. H. storiaFoto(1)
Hohenz. Museum(1)
Karlshagen(1)



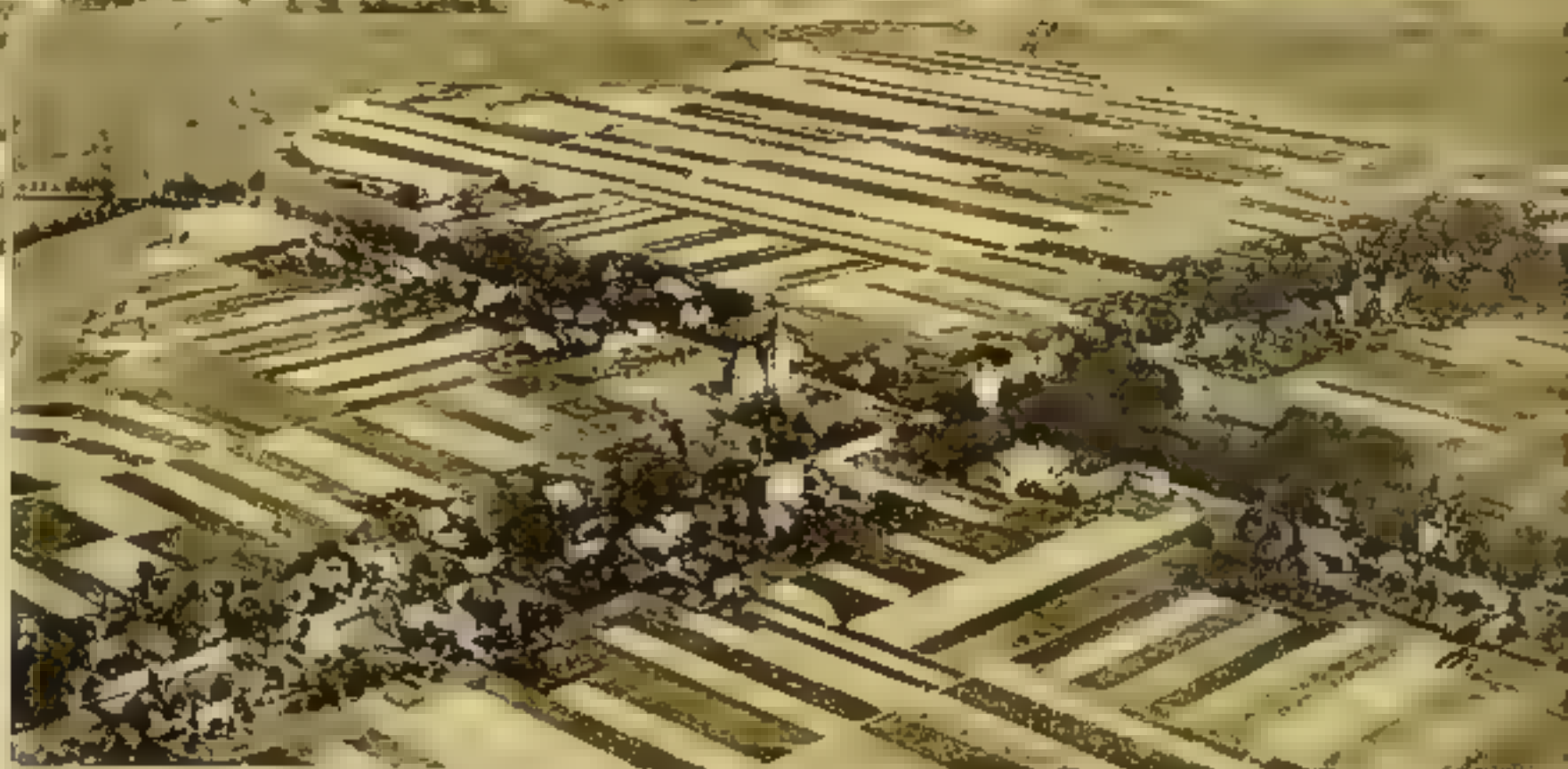
Blut ringt um Boden

Bild 1
Wohl einzig auf
der Welt ist die
Treue des Hallig-
bauern zur ange-
kommenen Scholle

Bild 2
Das Molat der
deutschen Landnot
Ein mährisches
Dorf

Bild 3
Und bis hinauf zu
den letzten Mög-
lichkeiten ist der
deutsche Ackerbau
entw. d. w. m. w.
den weiß der deut-
sche Lebensraum
zu klein wurde

Aut. n. S. Becker (1.
Deutscher Verlag 1911),
H. n. a. P. h. o. d. l.



Die land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche des Reiches (1937, ohne Österreich) beträgt rd. 41,6 Mil-
lionen ha, 29,8 Millionen ha sind im Besitz von Bauern, Landwirten, Großgrundbesitzern der Rest mit 5,8 Millionen ha
gehört öffentlich-rechtlichen Körpern (Staat, Gemeinden, Kreis, Schulverwaltung, Reichsbahn u. a. m.)



Der von der Reichs-
regierung verpachtete Boden
beträgt rd. 65000 ha. Hinzu kommen
231000 ha aus Stiftungsbesitz. Die Fest-
stellung, daß der gesamte Reichliche Besitz in Deutsch-
land (1937, ohne Österreich) etwa 1,1 Millionen ha
beträgt dürfte aber zu niedrig als zu hoch sein. Ein
Bauernhof kann zur Lebensfähigkeit im Durchschnitt
77,3 ha groß sein (Durchschnittsgröße der 1935 aufgesch.
alten Neubauernstellen), dann würden aus rd.
65000 selbständige Bauernstellen ergeben

nur rund 600 000 Vermittlungen vorgenommen werden. Das bedeutet einen Fehlbetrag von 400 000 männlichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Wenn auch durch die Errichtung von 26 000 neuen Landarbeiterwohnungen seit 1934, durch die Verbesserung von 120 000 und den Bau von weiteren 16 000 Landarbeiterwohnungen die Lage der Landarbeiter erleichtert werden soll, wenn auch von den bis zum Jahre 1933 bezogenen bayerischen Erhebungen 35 v. H. von Landarbeitern befragt wurden, und sich hier weitere Aufstiegsmöglichkeiten ereignen, so müssen wir uns trotz allem darüber klar sein, daß der Mangel an Arbeitskräften eines der wichtigsten Probleme ist, das nur durch Beseitigung der Ursachen gelöst werden kann.

Eines der Hauptziele der Ernährungsfrage ist die Steigerung der Hackfruchternte zwecks Erhaltung unserer Viehbestände. Denn Kartoffeln und Rüben sind die Früchte, die je Flächeneinheit die höchsten Nährwerte liefern. Ihre Verwertung über den Tiermagen ermöglicht eine weitere Schließung der Fett- und Eiweißlücke, und bedeutet somit einen wertvollen Beitrag zu dem wichtigsten ernährungswirtschaftlichen Problem Deutschlands.

Für die Gebiete im Westen und Südwesten des Reiches, in denen der Anteil kleiner, nicht lebensfähiger Betriebe zu hoch ist, ist die Umlegungsordnung Grundlage der Herbeiführung gesunder Besitzverhältnisse. Der Weg zur Schaffung einer gesunden Besitzverteilung im Osten führt über die Neubildung deutschen Bauerntums. Um die Wichtigkeit dieser Aufgabe zu bekräftigen, sei darauf hingewiesen, daß z. B. in der Grenzmark Posen Westpreußen nur 43 Einwohner auf ein Quadratkilometer bei der doppelten Zahl jenseits der Grenze und einem Reichsdurchschnitt von 140 kommen. Jedoch wird ein wirklicher Erfolg nur durch Verschreitung neuer Wege bei der Landbeschaffung und Finanzierung erzielt werden können. Trotz dieser Entwicklung gelang es jedoch insofern glänzende Ergebnisse zu erzielen, als durch die Vergrößerung der Anbaufläche der einzelnen Siedlung wirklich lebensfähige Bauernsiedlungen geschaffen werden konnten. So wurde die durchschnittliche Siedlerstellengröße der Jahre 1919 bis 1932 von 10,5 Hektar auf 18,2 Hektar im Jahre 1936 gesteigert. Während in den Jahren 1919 bis 1930 nur 41 v. H. der Siedlerstellen größer als zehn Hektar waren, sind es 1936 80 v. H. Es ergibt sich also in dieser Hinsicht ein sehr erfreuliches Bild. Es ist auch ein Irrtum, zu glauben,

der Großgrundbesitz

ist der Hauptträger unserer Ernährungsicherheit. Einige Zahlen mögen das beweisen. Der Bauer nutzt 79 v. H. unseres deutschen Bodens und beliefert 83 v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung, der Großgrundbesitz besitzt 21 v. H. und beliefert nur 17. v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung. Der Bauer ernährt

bei 9 v. H. genutzter Fläche 95 v. H. der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Großgrundbesitz bei 21 v. H. genutzter Fläche nur 5 v. H. der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Daß der Bauer trotz dem Gutsbetrieb in der Erzeugung von Fleisch, Milch, Schmalz und Eiern, also in den Erzeugnissen, bei denen wir auf die Auslandseinfuhr angewiesen sind, weit überlegen ist, wird von niemandem bestritten. Für die Getreidemehrablieferung des Großgrundbesitzes je Flächeneinheit sind nicht etwa betriebswirtschaftliche, sondern vor allem historische und natürliche Gründe ausschlaggebend. Denn der Großgrundbesitz liegt zu 70 v. H. in Ostdeutschland, also in einem Gebiet, das aus Gründen der Klima- und Bodenbeschaffenheit ausgesprochen für den Getreidebau geeignet ist. Man kann, daß sich der Großgrundbesitz durch das Bauernlegen im vergangenen Jahrhundert die besten Boden aneignete, also sehr leicht mehr Getreide erzeugen konnte, als die durch ihn auf die leichten und ertragsärmeren Boden abgedrangten Bauern. Bei einer Gegenüberstellung der Marktablieferung von einer bestimmten Fläche vor und nach der Besiedlung zeigt sich die Überlegenheit des Bauerntreibes auch als Getreideablieferer. Er zeigte bei gleichen Bodenverhältnissen - die Gesamtleistung des Großbetriebes vor Besiedlung = 100 gesetzt - nach der Besiedlung die Siedlungsbetriebe bei Getreide eine Steigerung von 121 v. H., bei Kartoffeln von 122 v. H., ganz zu schweigen von der Vergrößerung des Viehbestandes und der tierischen Produktion. Diese Ergebnisse seien noch durch Untersuchungen in Ostholstein ergänzt. Nachfuhrgesamtergebnisse von rund 500 Bauernhöfen und 175 Großbetrieben ergaben hier, daß der Bauernhof bei Winterroggen über zwei Doppelzentner je Hektar, bei Winterweizen über drei Doppelzentner je Hektar, bei Sommergerste nahezu drei Doppelzentner je Hektar mehr erzeugte als der Großbetrieb. Obwohl es nicht bestritten werden kann, daß zahlreiche Bauernhöfe in ihren Erträgen noch zurückstehen. Das gleiche gilt aber ebenso für zahlreiche Güter, besonders im Osten Deutschlands. Immer bleibt aber als Tatsache bestehen, daß der dauerliche Betrieb dank großen Arbeitseinzahles der Bauernfamilien höhere Roherträge, insbesondere an Veredelungserzeugnissen, aus der Scholle herauszuholen vermag.

Das deutsche Landvolk wird seine volle Kraft bei der Erreichung des Zieles für den Vierjahresplan auch weiterhin einbringen. Der endgültige Erfolg wird aber davon abhängen, ob es gelingt

1. den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft wieder wegzumachen;

2. das Verhältnis zwischen Aufwand und Einnahmen, das sich in dem letzten Jahr zugunsten des Bauerntums entwickelt hat, wieder auf das Verhältnis zurückzuführen, das bei Beginn der Erzeugungsphase bestand;

3. die Neubildung deutschen Bauerntums tatkräftig voranzutreiben.

Die deutsche Erzeugungsschlacht

Was heißt Erzeugungsschlacht?

Die Erzeugungsschlacht stellt die Gesamtheit der Maßnahmen dar, die durchgeführt werden müssen, um eine allgemeine Steigerung der landwirtschaftlichen Bodenerzeugung zu erzielen. Durch zweckmäßige Fütterung und richtige Haltung der Nutztiere keine Fehlleitung der Ackererzeugnisse eintreten zu lassen. Sie stellt dem deutschen Bauernstand die Aufgabe, alle auf Grund der natürlichen Produktionsbedingungen gegebenen betriebswirtschaftlichen Umstellungs- und Verbesserungsmöglichkeiten auszunutzen, um diese Erzeugungssteigerung zu erreichen. Jede Einseitigkeit verbietet sich daher von selbst. Es kommt vielmehr darauf an, die Vielseitigkeit der gegebenen Produktionsbedingungen voll auszunutzen und der Bedarfsdeckung des deutschen Volkes dienstbar zu machen.

Warum Erzeugungsschlacht?

Über dreiviertel Million Tote geben auf diese Frage die erschütternde Antwort. Diese dreiviertel Million starben im Weltkriege infolge der feindlichen Hungerblockade an Unterernährung. Sie mußten dafür büßen, daß es die deutsche Wirtschaftspolitik der Vorkriegszeit veräußert hatte, rechtzeitig für Sicherung der deutschen Ernährungsgrundlage zu sorgen, obwohl sich die Kriegswollen um die Jahrhundertwende immer mehr am politischen Horizont zusammenballten. Die furchtbare Erfahrung des Weltkrieges zeigt uns also mit warnender Eindringlichkeit, daß Nahrungsfreiheit die Voraussetzung politischer Freiheit ist. Soll die Lehre des Weltkrieges umsonst gewesen sein? Das kann und wird niemand wünschen; aber — so wird bleier oder jener einwenden — stellt nicht der Weltkrieg einen Ausnahmezustand dar, der hoffentlich dem deutschen Volke für immer erspart bleiben wird? Gewiß, unser Führer bietet uns die sichere Gewäße dafür, daß alles getan werden wird, um dem deutschen Volke den Frieden zu erhalten und ihm die schweren Opfer eines neuen Krieges zu ersparen. Trotzdem muß sich jeder darüber klar sein.

Auch im Frieden gilt die alte Wahrheit: In dem Maße, als die eigene Scholle aufhört, Grundlage der Brotversorgung des Volkes zu sein, liegt die Zukunft des Staates im Ungewissen.

Aber selbst dann, wenn friedliche Verhältnisse herrschen, entsteht doch die Frage: Soll das Ausland den deutschen Brotpreis diktieren oder wir selbst?

Die Abhängigkeit von fremden Lebensmitteln einführen hat doch zum mindesten die Folge, daß das Ausland diese Abhängigkeit ausnützt, um die Preise für die eingefuhrten Lebensmittel nach seinen Bedürfnissen zu bestimmen. Erst wenn das Ausland weiß, daß seine Lebensmitteleinfuhren zusätzlicher Natur sind, daß also das deutsche Volk notigenfalls auch auf sie verzichten kann, erst dann besteht für das Ausland ein zwingender Grund, als Gegenleistung die deutsche Industrierausfuhr anzunehmen. Die Erzeugungsschlacht, die die Unabhängigkeit des deutschen Volkes von fremden Lebensmitteleinfuhren sichern soll, wirkt also nicht ausfuhrhemmend, sondern im Gegenteil ausfuhrfördernd.

Die deutsche Industrie ist in weitgehendem Maße von ausländischen Rohstoffeinfuhren abhängig. An der Schaffung von Ersatzrohstoffen wird zwar eifrig gearbeitet. Vorläufig aber gebietet die herrschende Devisenknappheit sorgsamstes Haushalten mit den vorhandenen ausländischen Zahlungsmitteln, um der Beschaffung der notwendigen industriellen Rohstoffe willen. Gerade auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, liegt eine Steigerung der deutschen Selbstversorgung mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen im dringendsten Interesse der deutschen Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiter. Die steigende Selbstversorgung mit Lebensmitteln hat im Jahre 1933 im Vergleich zu 1928 eine Verringerung der landwirtschaftlichen Einfuhren und damit eine Devisenersparnis von über vier Milliarden Reichsmark ermöglicht. Die Erzeugungsschlacht aber soll im Interesse der industriellen Rohstoffversorgung, d. h. im Interesse von Millionen deutscher Arbeiter, für weitere Ersparnismöglichkeiten sorgen.

Die Rolle des Herzens im Blutkreislauf nimmt in der Volkswirtschaft die Landwirtschaft ein. Wie das Herz das Blut durch alle Adern treibt und dadurch dem Körper Leben bis in das letzte Glied verleiht, so belebt eine gesunde Landwirtschaft alle Glieder der Volkswirtschaft in Stadt und Land. Die Landwirtschaft ist also die wichtigste Arbeitsbeschaffungsquelle für die gesamte Volkswirtschaft. Sie ist die Grundlage der Binnenwirtschaft. Verstärkte Tätigkeit in der Landwirtschaft bedeutet daher verstärkte Tätigkeit in der gesamten Volkswirtschaft, neue Arbeit, neues Leben für alle ihre Glieder. So bildet die Erzeugungsschlacht einen belebenden Antriebe für die gesamte Volkswirtschaft.

Die Erzeugungsschlacht ist also eine unbedingte Notwendigkeit,

1. um die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes zu sichern,
2. um die industrielle Rohstoffversorgung und damit Arbeit und Brot für Millionen deutscher Arbeiter zu gewährleisten,
3. um damit wiederum die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie zu fördern, und
4. um neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten innerhalb des deutschen Lebensraumes zu schaffen.

Zu einem möglichst großen und nachhaltigen Erfolge der Erzeugungsschlacht mit allen Kräften beizutragen ist daher nationale Pflicht der gesamten Landwirtschaft.

Wird sich der Erfolg der Erzeugungsschlacht nicht gegen den Bauern selbst wenden?

Wird er nicht, wenn die erhoffte Produktionssteigerung erreicht wird, durch Preisstürze um den Lohn seiner Arbeit betrogen werden? Früher wäre das zweifellos der Fall gewesen, heute macht die nationalsozialistische Agrarpolitik eine solche unerwünschte Auswirkung der Erzeugungsschlacht unmöglich. Festpreise bewahren den Bauern vor Preisdruck und geben ihm die Gewähr, daß er auch für die geforderte Mehrerzeugung auskömmliche Preise erhält. Die nationalsozialistische Marktregelung aber leitet die landwirtschaftliche Erzeugung an diejenigen Stellen, wo sie sicheren Absatz findet. Zeitweilige Produktionsüberschüsse werden durch eine großzügige Vorratswirtschaft aufgenommen und bilden die Reserve für Fälle vorübergehenden Mangels. Der früher die Landwirtschaft so schwer schädigende ausländische Konkurrenzdruck wird durch eine Einfuhrregelung, die sich nach dem tatsächlichen Bedarf richtet, ausgeglichen. So sorgen Marktregelung, Vorratswirtschaft und Einfuhrregelung dafür, daß über die Festpreise die Mehrerzeugung dem Bauern zu Gute kommt. Das Gelingen der Erzeugungsschlacht, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, birgt also keine Gefahren für den Bauern in sich, sondern verheißt ihm sogar eine seiner Mehrleistung entsprechende Einnahmesteigerung.

Allerdings kommt es dabei darauf an, daß eine einseitige Produktionssteigerung sorgfältig vermieden wird. Festpreissystem und Marktregelung haben die Preise der verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse so aufeinander abgestimmt, daß, auch privatwirtschaftlich betrachtet, eine einseitige Produktionssteigerung dem Bauern keinerlei Vorteil bietet. Im Gegenteil: die nationalsozialistische Staatsführung hat nie einen Zweifel darüber offen gelassen, daß sie keine Gewähr für die Abnahme solcher

Überschußmengen übernimmt, die lediglich um des privatwirtschaftlichen Vorteils willen ohne Rücksicht auf den wirklichen Bedarf des deutschen Volkes erzeugt werden (sind). Sie kann ihrerseits nur dann die Gewähr für auskömmliche Preise und sicheren Absatz übernehmen, wenn der Bauer seinerseits seine Erzeugung nach den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen einrichtet. In den bürlichen Sprechstunden im Winter dieses Jahres wird von beiderseitiger Seite auf die sich aus dieser Verpflichtung für den Bauern ergebenden Einzelaufgaben gründlich eingegangen.

Die Versorgungslage Deutschlands erfordert eine Produktionssteigerung auf fast allen Gebieten. Wird daher jede Einseitigkeit vermieden und die vielen verschiedenen Möglichkeiten ausgenutzt, die fast jeder Betrieb bietet, so ist eine Überproduktion einzelner Erzeugnisse ausgeschlossen. Durch die geforderte Vielseitigkeit der Maßnahmen wird also eine Ausgeglichenheit des Betriebes erzielt, die dem Betriebe nur zugute kommt.

Durch Festpreissystem und Marktordnung, Vorratswirtschaft und Einfuhrregelung hat die nationalsozialistische Staatsführung die Landwirtschaft gegen alle denkbaren schädigenden menschlichen Einflüsse geschützt und die Voraussetzung für volle Entfaltung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geschaffen. So bleibt für den Bauern, wenn er seine Pflicht tut, nur noch ein Risiko, die Unberechenbarkeit des Wetters. Daher ist es wichtig, zu erkennen, daß eine gleichmäßige Ausnutzung aller gegebenen Produktionsmöglichkeiten für jeden Betrieb die beste und verlässlichste Versicherung gegen die unberechenbaren Einflüsse des Wetters bildet.

Jeder Bauer hat in seinem Leben die Erfahrung gemacht, daß gleiches Wetter auf die verschiedenen Kulturarten und Früchte des Acker verschieden wirkt. Es ist daher kein Zufall, daß zu jeder Zeit gerade diejenigen Betriebe am günstigsten dastehen, deren Verhältnisse einen vielseitigen Ackerbau gestatten. Aus dieser Erkenntnis gilt es die notwendige Folgerung durch denkbar größte Vielseitigkeit im Rahmen der gegebenen natürlichen Voraussetzungen der Erzeugungssteigerung zu ziehen. Im liberalistischen Zeitalter ist die notwendige Einnahmesteigerung der Landwirtschaft lediglich durch eine einseitige Preispolitik erstrebt worden. Jede Preissteigerung findet aber ihre Grenze in der Kaufkraft der Bevölkerung. In einem armen Lande wie Deutschland ist diese Grenze besonders eng. Jetzt bietet die nationalsozialistische Staatsführung dem deutschen Bauern die Möglichkeit, die notwendige Einnahmesteigerung durch eine Leistungssteigerung zu erreichen, die vor allem die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten besser ausnützt als vorher.

Fragen und Antworten

Frage: Muß ein Parteigenosse, der 4 Monate freiwillig bei der Luftwaffe dient und in dieser Zeit keinerlei Gehalt bekommt, für diese 4 Monate Parteibeitrag bezahlen?

Antwort: Die Mitgliedschaft von Parteigenossen, die Soldaten der Wehrmacht sind, ruht ohne Rücksicht auf die Dauer des aktiven Wehrdienstes. Die Mitgliedschaft ruht daher auch während der Dauer der Übungen. Das Ruhen der Mitgliedschaft bedeutet grundsätzlich ein Ruhen der Beitragspflicht.

Laut Vereinbarung mit dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht ist festgesetzt, daß Angehörige der Reserve, Ersatzreserve und Landwehr bei Ableistung des aktiven Wehrdienstes bis zu 8 Wochen ihre Beiträge weiterzahlen. Da die Reservierungsübungen für die Angehörigen der Luftwaffe und der Kriegsmarine sich z. T. auf einen längeren Zeitraum als 8 Wochen erstrecken, ist es zweckmäßig, daß die zum Wehrdienst einkaufenden Parteigenossen bzw. Parteimänner bis zu einem Zeitraum von 4 Monaten ihre Mitgliedsbeiträge und Hilfslosenbeiträge bezahlen.

Frage: Erhalten ehemalige Freikorpskämpfer, die an den Kampfhandlungen 1919 bis 1923 im Grenzland teilgenommen haben und später der NSDAP beigetreten sind, eine Anrechnung ihrer Kampfszeit auf die Dienstzeit in der NSDAP?

Antwort: Eine Anrechnung der Freikorpszeit 1919 bis 1923 auf die Dienstzeit in der NSDAP erfolgt nicht. Sie kann nicht erfolgen, da auf Grund einer Anordnung des Reichswehrministers vom 27. September 1933 auch nicht die Mitgliedschaft zur NSDAP für die Zeit vor der Neugründung am 27. Februar 1925 angerechnet wird.

Frage: Ist das NS-Fliegerkorps eine Gliederung der Partei oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts?

Antwort: Das NS-Fliegerkorps ist keine Gliederung der Partei. Es untersteht dem Reichsminister der Luftfahrt. Die Führung obliegt dem Korpsführer.

Das NS-Fliegerkorps ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das NS-Fliegerkorps hat dieselben Vergünstigungen und Berechtigungen für ihre Angehörigen, wie sie den Angehörigen der Gliederungen der NSDAP gewährt werden.

Frage: Ist die Mütze der DJV als Dienstbekleidung einer Parteigliederung anzusehen und auf Grund dessen beim Singen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes nicht abzunehmen?

Antwort: Wenn die Mütze der DJV zur Uniform der Werkschule oder eines NSBO-Mannes getragen wird, dann ist sie ein Bestandteil einer Uniform. Die Mütze muß dann aufbehalten werden. Wenn die DJV-Mütze jedoch zum Zivilantrag getragen wird, muß sie abgenommen werden.

Schrifttum zur Geschichte der Bewegung in den Bauen

(Siehe „Schulungsbrief“ Folge 59 Seite 325)

Dr. Joseph Goebbels: „Kampf um Berlin“
Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. GmbH,
München-Berlin 1934. Preis in Leinen 4,50 RM.

Wolfgang Rader: „Die SA erobert Berlin“
Ein Tatsachenbericht. Verlag Knorr & Hirth, München
1934. Preis 2,50 RM, in Leinen 2,90 RM.

Auflage der August/September-Folge 3,7 Millionen

Monatlich, auch ausnahmsweise, nur mit Genehmigung des Verlags und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter — Hauptbildungsamt. Hauptverleger: Reichsorganisationsleiter Franz S. Wimmer, WMA, München, Barenstraße 15, Fernruf 59 76 21; verantwortlich für Druckkosten: Hauptorganisationsamt der NSDAP, München. Verlag: Franz Eher Nachf. GmbH, Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstr. 87-91 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 00 22. Druck: H. Müller & Sohn AG, Berlin SW 68.

Franz Eher Nachf.: „Kamerad, halt aus!“

Aus der Geschichte des Kreises Starnberg der NSDAP. Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. GmbH, München-Berlin 1938. Preis in Leinen 4,50 RM.

Verlag Ehrenreich: „Marine-S.A.“

Das Buch einer Formation. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1935. Preis 1,— RM, in Leinen 3,80 RM.

Aus persönlichem Erleben gezeichnete Darstellung, die historisch den Kampf und das Werden der Marine-SA in Hamburg bis zum 31. Januar 1933 schildert.

Arno Schröder: „Hitler geht auf die Dörfer...“

Der Aufstieg zur nationalen Revolution. Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe. Verlag Lippsche Staatszeitung, Detmold 1938. Preis in Halbleinen 1,50 RM.

Ein Bild von der Wende des deutschen Schicksals in Tagebuchform.

„Sturm 33 Hans Mailowitz“

Herausgegeben auf Veranlassung des Sturms 33. NS-Druck und Verlag, Berlin. Preis 1,50 RM, in Leinen 2,50 RM.

Kurt Schmalz: „Nationalsozialisten ringen um Braunschweig“

Verlag Westermann, Braunschweig. Preis 2,50 RM.

Wenn das Wort im ganzen gesehen auch nur einen Kampfabschnitt aus der Zeit des Ringens um die Macht in Braunschweig enthält, so kommt ihm doch eine allgemein gültige Bedeutung zu. Die in diesem Buch geschilderten Erlebnisse, Kämpfe und Vorgehensweisen sind auch im übrigen Reich für den Kampf und den Sieg unserer Bewegung von grundsätzlicher Bedeutung.

Hermann Wolke: „Hitler-Jugend in einem Jahrzehnt“

Verlag Westermann, Braunschweig. Preis 2,85 RM.

Das Werk ist von einem alten Kämpfer der Hitler-Jugend und lehrreichen Kreisleiter der NSDAP geschrieben. Der Verfasser schildert in lebendiger und gründlicher Weise den Kampf und den Glaubensweg der nationalsozialistischen Jugend des niedersächsischen Landes Südbraunschweig-Braunschweig.

„Das Buch der deutschen Bauen“

Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauarbeit. Mit Geleitwort von Dr. Otto Dietrich. Bauverlag Weyerhase & Co., Wuppertal, Wuppertal 1938. Preis 4,85 RM.

J. K. von Engelbrechten: „Eine braune Armee entsteht“

Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. GmbH, München-Berlin 1937. Preis in Leinen 7,80 RM.

Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA.

Hermann Oster: „Hamburg bleibt rot!“

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. Preis 4,80 RM.

Das aus eigenem Kampferleben entstandene, ausgezeichnete Werk eines bewährten Kampfschreiters und SA-Führers hat eine über Hamburgs Grenzen hinausgehende grundsätzliche Bedeutung.

Zu unseren Aufsätzen:

Der Hauptartikel bietet Folge von Günther Fackend ist eine Neubearbeitung aus Aufsätzen in „Das Buch der deutschen Bauen“, bearbeitet von Friedr. Wilh. Runge, 1935, Berlin.

Die Zeichnungen und Bildtexte sind teils Spezialauftragungen für den „Schulungsbrief“, teils aus dem einschlägigen Schrifttum zusammengestellt, sowie zum Teil auch aus agtopographischem Aufklärungsmaterial bearbeitet worden.

„Kampfsieger gegen die Verlogenheit“ ist eine Spezialbearbeitung für den „Schulungsbrief“ aus „Wernher Sommerfeld: Die dunkle Seite des Kampfes mit der Verlogenheit“, Blut und Boden Verlag GmbH, Götting.

Ein Schrifttumsverzeichnis zum vorliegenden „Schulungsbrief“-Thema bzw. zum Programmpunkt 17 des Parteiprogramms befindet sich im nächsten „Schulungsbrief“.

Das Bild auf der letzten Umschlagseite ist ein Holzschnitt von Hans Weidig.

Kleine Handbücherei

für den

Politischen Leiter

aus dem

Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf. GmbH., Berlin

Bouhler, Kampf um Deutschland

Die Geschichte des 14-jährigen harten und opfervollen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung um die Macht, ausgezeichnet durch den Chef der Kanzlei des Führers.

In Ganzleinen: RM. 1,-

Männer um den Papst

Eine Darstellung der Politik des Vatikans, seiner Methoden und der geistigen Haltung der Männer, die ihn vertreten.

brochiert: RM. -,40

Schriftenreihe der NSV.

Heft 1: Führerreden zum Winterhilfswerk 1933-36 RM. -,30

Heft 2: Idee der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege RM. -,30

Heft 3: Aufgaben der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege RM. -,80

Heft 4: Leistungen der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege RM. -,70

Heft 5: Die NS-Volkswohlfahrt als Kulturträgerin RM. -,40

Heft 6: Die rechtliche Stellung der NS-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes RM. -,40

Die Reihe wird fortgesetzt!

Deutsche Volkskunde im Schrifttum

Ein Leitaden für die Schulungs- und Erziehungsarbeit der NSDAP., der die 484 aufgenommenen Titel in positiver wie auch negativer Hinsicht wertet.

kartiert: RM. 1,80

Schrifttum über Familie, Volk und Rasse

Dieses 1. Beheft der NS-Bibliographie bringt eine zuverlässige Zusammenstellung des Schrifttums über Erb-, Familien- und Rassenkunde bzw. -pflege.

brochiert: RM. -,80

Wandlungen unseres Kampfes

SS-Gruppenführer Heydrich, der Chef des Sicherheitshauptamtes SS, gibt hier eine knappe, aber klare Begründung für die Wandlungen des Kampfes gegen die Gegner des Nationalsozialismus.

brochiert: RM. -,80

Schwarz, Angriff auf die nationalsozialistische Weltanschauung

Eine Auseinandersetzung mit all den Konstruktionen und Gedankengängen, die von den verschiedensten Seiten her das geistige Gut des Nationalsozialismus für sich auswerten oder unterhöhlen möchten.

brochiert: RM. -,25

Moskau - Der Henker Spaniens

Ein erschütternder Bildbericht über Spanien, das Land, das jetzt infolge seines blutigen Bürgerkrieges mit im Blickpunkt der ganzen Welt steht.

brochiert: RM. -,50

Wichtige Neuererscheinungen!

Schwarz, Die Freimaurerei

Auf Grund authentischen Materials aus den Archiven des Sicherheitsdienstes des RF, SS und der Geheimen Staatspolizei wird hier der unheilvolle Einfluß der Freimaurerei innerhalb der letzten Jahrhunderte klar und deutlich aufgezeigt.

brochiert: RM. -,70

Schwarz, Die große Lüge des politischen Katholizismus

Alle Lügen, die der Katholizismus über seine Unterdrückung uhm. seit 1933 in die Welt hinausstreut, finden in dieser Broschüre in Tatsachenberichten, unterstützt durch reichhaltiges Bildmaterial, ihre Widerlegung.

brochiert: RM. -,80

Bezug durch alle Buchhandlungen!



Titelfeite: Die Odalurung, das germanische Symbol des freien Grundbesitzes, in einer Einfassung, die als Fries eines Nürnberger Flugblattes gegen den Bauernmißbrauch gedient hat (17. Jahrhundert)

Fragen und Antworten

Frage: Muß ein Parteigenosse, der 4 Monate fechtend und in dieser Zeit keinerlei Monats-Parteibeitrag bezahlet?

Die Mitgliedschaft von Parteigenossen, die fechtend, ruht ohne Rücksicht auf die Anzahl der Abgaben. Die Mitgliedschaft ruht aber grundsätzlich ein Ruhen der Mitgliedschaft.

Dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht gehörige der Reserve, an Abwehr bei Ableistung des bis zu 8 Wochen zu zahlen. Da die Reservisten der Luftwaffe und der Kriegsmarine längeren Zeitraum als 8 Wochen, daß die zum Wehrdienst einberufenen Parteimitglieder bis zu einem halben Monatsbeitrag und Hilfsbeiträge.

malige Freikorpskämpfer, die aus dem Jahr 1923 im Grenzland teilgenommen haben, der NSDAP. beigetreten sind, auf die Dienstzeit in der NSDAP.

Rechnung der Freikorpszeit 1919 in der NSDAP. erfolgt nicht. Auf Grund einer Anordnung vom 27. September 1933 auch nicht für die Zeit vor der Dienstzeit 1925 angerechnet wird.

Fliegerkorps eine Gliederung des öffentlichen Rechts?

Fliegerkorps ist keine Gliederung des öffentlichen Rechts, sondern dem Reichsminister der Luft liegt dem Korpsführer.

ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Fliegerkorps hat dieselben Verordnungen für ihre Angehörigen, wie die Gliederungen der NSDAP. ge-

der DNJ. als Dienstbekleidung tragen und auf Grund dessen beim Hosi-Werkzeug nicht ab-

Mühe der DNJ. zur Uniform der NSDAP. getragen wird, einer Uniform. Die Mühe muß wenn die DNJ-Mühe jedoch abgenommen werden.

Leichte der Bewegung

"Leichte" Folge 59 Seite 333)

"Kampf um Berlin"

Dr. Franz Eber Nachf. GmbH, Preis in Leinen 4,50 RM.

"Leichte Berlin"

Verlag Knorr & Hirth, München Preis in Leinen 2,90 RM.

Franz Buchner: "Kamerad, halt aus!"

Aus der Geschichte des Kreises Starnberg der NSDAP. Zentralverlag der NSDAP., Franz Eber Nachf. GmbH, München-Berlin 1938. Preis in Leinen 4,80 RM.

Bernhard Ehrenreich: "Marine-S.A."

Das Buch einer Formation. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1935. Preis 3,- RM., in Leinen 3,80 RM.

Aus persönlichem Erleben gestaltete Darstellung, die historisch den Kampf und das Werden der Marine-S.A. in Hamburg bis zum 30. Januar 1933 schildert.

Arno Schröder: "Hitler geht auf die Dörfer..."

Der Aufstieg zur nationalen Revolution, Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe. Verlag Lippsche Staatszeitung, Detmold 1938. Preis in Halbleinen 3,50 RM.

Ein Bild von der Wende des deutschen Schicksals in Tagebuchform.

"Sturm 33 Hans Mailowski"

Herausgegeben auf Veranlassung des Sturms 33. NS-Druck und Verlag, Berlin. Preis 1,50 RM., in Leinen 2,50 RM.

Kurt Schmalz: "Nationalsozialisten ringen um Braunschweig"

Verlag Weidemann, Braunschweig. Preis 2,50 RM.

Wenn das Werk im ganzen gesehen auch nur einen Kampf schildert aus der Zeit des Ringens um die Macht in Braunschweig, so kommt ihm doch eine allgemein gültige Bedeutung zu. Die in diesem Buch geschilderten Erlebnisse, Kämpfe und Siege haben auch im übrigen Reich für den Kampf und den Sieg unserer Bewegung von grundlegender Bedeutung.

Hermann Helm: "Hitler-Jugend in einem Jahrzehnt"

Verlag Weidemann, Braunschweig. Preis 2,85 RM.

Das Werk ist von einem alten Kämpfer der Hitler-Jugend und jetzigen Kreisleiter der NSDAP. geschrieben. Der Verfasser schildert in lebendiger und gründlicher Weise den Kampf und den Glaubensweg der nationalsozialistischen Jugend des niederrheinischen Landes Südhannover-Braunschweig.

"Das Buch der deutschen Bauern"

Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauarbeit. Mit Geleitwort von Dr. Otto Dietrich. Gauverlag Bayerische Ostmark, Bayreuth 1938. Preis 4,85 RM.

J. K. von Engelbrechten: "Eine braune Armee entsteht"

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eber Nachf. GmbH, München-Berlin 1937. Preis in Leinen 7,80 RM.

Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA.

Hermann Otfelt: "Hamburg bleibt rot!"

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. Preis 4,80 RM.

Das aus rühmendem Kampferlebnis entstandene, ausgezeichnete Werk eines bewährten Kampfschlichters und SA-Führers hat eine über Hamburgs Grenzen hinausgehende grundsätzliche Bedeutung.

Zu unseren Aufsätzen:

Der Hauptartikel dieser Folge von Günther Varona ist eine Neubearbeitung aus Aufsätzen in "Das Buch der deutschen Bauern", bearbeitet von Friedr. Wlth. Runge, 1935, Berlin.

Die Zeichnungen und Bildtexte sind teils Spezialanfertigungen für den "Schulungsbrief", teils aus dem einschlägigen Schrifttum zusammengestellt, sowie zum Teil auch aus agrarpolitischen Auswertungsmaterial bearbeitet worden.

"Kampfer gegen die Weibseigenschaft" ist eine Spezialbearbeitung für den "Schulungsbrief" aus "Herzard Gometz: Was ist der Dunkelkammer der Weibseigenschaft", Blut und Boden Verlag GmbH, Goslar.

Ein Schrifttumverzeichnis zum vorliegenden "Schulungsbrief"-Thema bzw. zum Programmpunkt 17 des Parteiprogramms erscheint im nächsten "Schulungsbrief".

Das Bild auf der letzten Umschlagseite ist ein Holzschnitt von Hans Weidig.

Abdruck der Folge 59/September-Folge 3,7 Millionen

Kostenlos, auch auszugeweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter - Hauptbildungsamt, Hauptverwaltungsamt und verantwortlich für den Gesamtbau: Reichsorganisationsleiter Franz H. Sauer, NSDAP., München, Biederstraße 15, Telefon 59 76 21, verantwortlich für den Textteil: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München, Verlag: Franz Eber Nachf. GmbH, Verlagsabteilung Berlin SW 68, Zimmer 17-19 (Zentralverlag der NSDAP.), Telefon: 41 60 22, Druck: H. Knorr & Sohn AG, Berlin SW 68.